

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljahr 3.20 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Wochenschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Verstärkt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Zeile
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Dezember 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Große Lüge?“

Wie in Essen hat auch der Kaiser in Breslau eine Bahn-
hofrede gehalten. Er hat im „Fürstenzimmer“ eine von einigen
Großindustriellen sorgsam einstudierte „Arbeiterdeputation“ empfangen
und ihr dann eine Ansprache gehalten.

Wir haben vor zwei Tagen erzählt, wie diese „Arbeiter-
deputation“ zu stande gekommen sind. Scrupellose Unternehmer
haben den schlechtesten Geschäftsgang benutzt, um „ihre“ Arbeiter durch
die Furcht der Entlassung zur Beteiligung an einer Demonstration
zu zwingen, von der ihr Herz nichts wollte, und man hat dadurch
bei Wilhelm II. den Eindruck hervorgerufen versucht, als ob hinter
den ausstaffierten 16 Parade-Arbeitern der guten Gesinnung das
Proletariat Breslaus stünde.

Wir verstehen nicht viel von der Seelenbeschaffenheit der
echten und wahren Monarchisten. Aber wir können uns nicht
recht vorstellen, daß es zu den Pflichten eines künftigen Unter-
nehmeriums gehört, den Monarchen so frech anzulügen und in die
Irene zu führen, wie es die Regisseurs des Breslauer Nummels
gewagt haben. In Essen ist einstweilen nur ein Bruchteil der
Arbeiterchaft zu Socialdemokraten gereift, da können die Unter-
nehmer also noch mit der sonst aussterbenden Klasse der „patriarchali-
schen“ Arbeiter Theater spielen, aber in Breslau ist das
Proletariat längst mündig geworden und schwört zur Social-
demokratie. Muß es nicht da einen ernsthaften Monarchisten
betreiben, daß es jene Breslauer Industriellen in der That erreicht
zu haben scheint, daß der Kaiser jetzt überzeugt ist, die Arbeiter-
schaft Breslaus sei über Nacht abtrünnig geworden?

Breslau gehört der Socialdemokratie seit langer Zeit. Breslau-
Ort ist seit 1878 mit einer einzigen Ausnahme stets von einem
Socialdemokraten vertreten gewesen. Breslau-West ist seit 1881
socialdemokratisch; nur 1890 in der Stichwahl unterlag unser Genosse
mit ein paar Stimmen dem Freisinn. Im März d. J. siegte in
Breslau-West Eduard Bernstein mit 14 700 Stimmen im ersten
Wahlgang; das Kerikal-konservative Bündnis brachte es nur auf
4474 Stimmen. Wir gesehen zu: Jene 16 Arbeiter, zu denen
Wilhelm II. sprach, mögen wirklich Arbeiter sein, wie sie der Kaiser
liebt und wünscht, bleiben in Breslau immer noch — den letzten
Wahlergebnissen zufolge — 14 700 + 15 694 — 16 = 30 398 Arbeiter,
die socialdemokratisch sind.

Und ist das etwa infolge der Durchreise des Kaisers anders
geworden? Um das zu beurteilen, dafür giebt es einen Beweis.
Unmittelbar vor der Ankunft des Kaisers fanden in Breslau Ge-
meinde- und Stichwahlen statt. In allen großen industriellen Establish-
ments war die Essener Rede angehängen. Und die Wirkung? Trotz
öffentlicher Stimmabgabe erhielten die socialdemokratischen
Kandidaten 70 bis 120 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl!
Wie antimonarchisch, daß die Macher der Breslauer „Arbeiter-
deputation“ dieses kleine Stimmungszeichen ihrem Fürsten verwichen
haben! Sicherlich hätte der Kaiser seine Rede dann wesentlich anders
gehalten, als er sie — getäuscht durch die Industriebossen — ge-
halten hat.

Die von dem Kaiser auf dem Bahnhof empfangene Deputation
bestand, wie Wolff telegraphiert, aus sechs Arbeitern der alten
Eisenbahnfabrik, aus vier Arbeitern der Eisenbahn-Wagenbau-
Anstalt, zwei Arbeitern der Hoffmannschen Wagenbau-Anstalt
und aus je einem Arbeiter von Demna, Dauber, Reinecke,
Freckenbergs, Endow und Hedmann. Die Ansprache, welche der
schon mehr als 25 Jahre in der Eisenbahn-Wagenbau-Anstalt beschäftigte
Federführer Karl Glanum hielt, lautet:

„Mehrere Tausend Arbeiter der Breslauer Waggonfabriken
und Maschinenbau-Anstalten bitten Eurer Majestät die unter-
thänigsten Glückwünsche darbringen zu dürfen. Das Vertrauen,
welches Eure Majestät in der Essener Rede den deutschen Arbeitern
schenken, hat uns mit tiefempfundenem, ehrfurchts-
vollem Dank erfüllt. Wir geloben Eurer Majestät unentwegt
Eure und bitten zu Gott, er möge Eurer Majestät segnen und
schützen immerdar!“

Nach diesem Eidschwur der Sechzehn antwortete der Kaiser:
„Daß die Arbeiter Breslaus sich entschlossen haben, zu mir,
ihrem Könige und Landesvater zu kommen, hat mich mit freudiger
Befriedigung erfüllt und, das in zweifacher Weise. Zum ersten
habt Ihr meine in Essen ausgesprochenen Erwartungen nicht ge-
täuscht, zum andern habt Ihr dadurch das Andenken meines
seligen Freundes Herrn Krupp davorwärtigsetzt wahren helfen.“

Von Herzen danke ich dem Sprecher für seine warm
empfundenen, patriotischen Worte. Sie zeugen davon, daß ehren-
hafte Gesinnung und Anhänglichkeit an König und Vaterland
unter Euch fest wurzelt. Euer Stand ist stets Gegenstand
meines eingehenden Interesses und meiner Fürsorge gewesen,
denn mit Stolz konnte ich im Auslande beobachten, wie der
deutsche Arbeiter vor allen andern angesehen wird, und mit Recht.

Ihr dürft freudig an Eure Brust schlagen und Eurer Arbeit
und Eures Standes froh sein. Durch die herrliche Götterkraft des
großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die sociale
Gesetzgebung weitergeführt, durch die

**für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung
geschaffen worden**

bis ins Alter hinein
unter Aufertigung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber.
Und unser Deutschland ist das einzige Land, in welchem diese
Gesetzgebung bereits in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden
Klassen fortentwickelt ist. Auf Grund dieser von Euren Königen
Euch zugewendeten großen Fürsorge bin ich berechtigt, auch ein
Wort auffällender Mahnung an Euch zu richten

Jahrelang habt Ihr und Eure deutschen Brüder Euch
durch die Agitatoren der Socialisten in dem Wahn erhalten lassen,
daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehörtet oder Euch zu ihr be-
kenntet, Ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet,
Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung
Eurer Lage. Das ist eine

große Lüge

und ein schwerer Irrtum.
Statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch
aufzuheben versucht gegen Eure Arbeitgeber, die andern Stände,
gegen Thron und Altar, und Euch zugleich
auf das rücksichtsloseste ausgedeutet, terrorisiert und gepochet,
um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht ge-
braucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Euch
zu säen zwischen den Klassen und zur

Ausstreuerung feiger Verleumdungen,
denen nichts heilig geblieben, und die sich schließlich am
Gehirne vergriffen, was wir hienieden besitzen, an der deutschen
Mannesehre! Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehre-
liebende Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von
ihnen Euch leiten lassen.

Rein!
Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte,
den einfachen schlichten Mann aus der Werkhall,

der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der siehe ein für
Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn will-
kommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes,
nicht als Socialdemokraten. Mit solchen Vertretern des Arbeiter-
standes, so viele ihrer sein mögen, werden wir gern zusammen-
arbeiten für des Volkes und des Landes Wohl, und wird so für
Eure Zukunft gut gesorgt sein, zumal da sie natürlich fest stehen
werden auf der Königstern, auf der Achtung vor dem Gesetze und
dem Staate und vor der Ehre ihrer Mitbürger und Brüder,
getreu dem Schriftwort: „Fürchtet Gott, habt die Ehrer lieh,
ehret den König.“

Hätte die Essener Rede Weile gegen den sicheren Versich der
Redaktion des „Vorwärts“ gerichtet, so verdammt die Breslauer An-
sprache die gesamte Socialdemokratie und insbesondere alle Männer
und Frauen, die in der socialdemokratischen Bewegung eine leitende
Thätigkeit ausüben, und von den 2/3 Millionen socialdemokratischen
Wählern sind der größte Teil in der einen oder der andern Weise
„Führer“, „Agitatoren“; jeder rechte Socialdemokrat ist ein Führer und
Agitator und die Schamacherpreise beleidigt so oft das deutsche
Proletariat, so oft sie von einer dummen, blinden Herde
schreibt, die von ein paar Leuten geführt wird. Die Wortwucherer
des Reichstages glaubten am Donnerstag besonders schlaue zu sein,
wenn sie durch die Nachsichtigung der socialdemokratische Fraktion
hinderten, in den 27 Berliner Volksversammlungen zu erscheinen. Nun,
die grobartigen Kundgebungen sind demnach erfolgt. Wenn der
Kaiser folglich Führer und Arbeiter in Gegenwart bringt, so beruht
das auf einer falschen Auffassung von dem innersten Wesen der
Socialdemokratie. Seine Angriffe gegen die Führer treffen somit
die ganze Socialdemokratie.

Wilhelm II. behauptet, daß es eine große Lüge sei, wenn die
Socialdemokratie die Anschauung des Klassenkampfes vertritt: die
Befreiung des Proletariats könne nur das Werk des Proletariats
selbst sein. Er erklärt, daß die 58 deutschen Reichstags-Abgeordneten
der Socialdemokratie, die zahlreichen socialistischen Vertreter in den
Landtagen und Gemeindevertretungen und alle andern „Führer“, deren
Mannesehre in ihrem selbstlosen Kampf für das Proletariat
besteht, deshalb verächtliche Leute seien, die das Vertrauen
ihrer Auftraggeber schändlich verraten und in Wirklichkeit die
Arbeiter nur „auf das rücksichtsloseste ausbeuten, terrorisieren
und hochen“. Und er rät den Arbeitern mit der Vertretung
ihrer Interessen lieber königstreue Leute von der Art der 16 Breslauer
zu betrauen.

Wir gehören zu denjenigen, die behaupten, daß die Arbeiter
für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würden, ihren
berechtigten — und sie haben nur berechnigte — Interessen Gehör
zu verschaffen, wenn sie nicht Socialdemokraten wären. Wir haben
um untrer Ehre willen zu beweisen, daß das keine „große Lüge“
ist, daß der Kaiser irrt.

Den Beweis bildet die Geschichte der letzten 40 Jahre, die auf
jedem Blatt zeigt, daß die Arbeiter alles, was sie den herrschenden
Klassen abgerungen haben, lediglich der Socialdemokratie verdanken.
Auch die ganze staatliche Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung ist einzig
und allein der Socialdemokratie geschuldet.

Freilich der Kaiser überschätzt in gewissem Sinne auch die
socialistische Bewegung; denn leider ist es uns bisher noch nicht ge-
lungen, eine Socialreform zu ertroyen, die so aussieht, wie sie der
Kaiser schon vorhanden glaubt: daß sie für die Arbeiter eine „ge-
sicherte und gute Existenz“ schafft „bis ins Alter hinein“. Wir
kennen kein Gesetz, das den Arbeitern eine auch nur ge-
sicherte, geschweige eine gute Existenz schafft. Das Recht auf Arbeit
gehört nicht zu den Verpflichtungen, die der monarchische Staat auf
sich genommen. Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit allein beweist,
wie groß der Irrtum des Kaisers über die Socialreform ist.
Alles, was die deutsche Socialpolitik leistet, sind geringfügige Ver-
sicherungen gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter. Gegen
Krankheit ist etwa nur die Hälfte der Arbeiter versichert. In
Krankheitsfällen wird durchschnittlich täglich 1 Mk. Krankengeld bezahlt.
Der durchschnittliche Betrag der Jahresrenten aus der Invaliden-
versicherung bleibt unter 150 Mk., nicht höher ist der Durchschnitt der
Unfallrenten.

Und ist es richtig, daß während die Arbeiter eine gute und ge-
sicherte Existenz haben, die Unternehmer für die Versicherungsgefehe

„bedeutende Opfer“ bringen? Die Leistung der Unternehmer für die
Arbeiterversicherung beträgt für den Arbeiter und den Tag genau
sechs Pfennige, etwa 1—1 1/2 Proz. des Produktionswertes. Das ist
alles, und auch dieses Wenige verdankt das Proletariat seiner
eigenen, socialdemokratisch gestifteten Kraft!

Wilhelm II. fordert durch seine Rede die Arbeiter geradezu auf,
zwischen seiner Auffassung und socialdemokratischer Lüge zu wählen.
Wir scheuen die Wahl nicht und wissen die Entscheidung.

Das Proletariat kennt aus dieser und früheren Reden die persön-
lichen socialpolitischen Meinungen des Monarchen: „Rücksichtslose
Niederwerfung jedes Umsturzes, und die schwerste Strafe dem,
der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger
Arbeit zu hindern“. . . . „Das Gesetz naht sich seiner Vollendung
und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder,
er möge sein, wer er will, oder heißen, wie er will, der einen
deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran
zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Justizhaus
bestraft werden soll“ usw.

Das deutsche Proletariat kennt auch die Leistungen der
Regierung des neuen Kaisers: Justizhausvorlage, Umsturzvorlage,
das Reichliche Vereinsgesetz, Zolltarif. Der deutsche Arbeiter weiß, daß
das ländliche Proletariat gar keine und das industrielle
Proletariat ein verflämertes und ewig bedrohtes
Koalitionsrecht hat. Er kennt die Hemmungen der Versammlungs- und
Vereinsfreiheit. Er ist sich bewußt, daß er in Preußen durch ein
elendes Wahlsystem in Staat und Gemeinde politisch fast rechtlos ist. Er
erfährt tausendfach die Wirkungen der Zweierlei-Recht-Anschauung.
Er ist sich klar darüber, daß er von seinen paar Pfennigen, die er
erarbeitet hat, den Junkern den Brod- und Fleischezehnten — durch
die Regierungspolitik gezwungen — entrichten muß. Dieses und
noch unzählig andres Unrecht wird ihm Tag für Tag fühlbar.

So kommt es, daß er die Thaten und die Forderungen der
Socialdemokraten für keine groben Lügen hält und sich für uns ent-
scheidet.

Und dies Bewußtsein untrer guten Sache und unfres endlichen
Sieges ist uns das sicherste Versteck, in dem wir unverwundbar sind

Macht!

In den wenigen Tagen ihrer lächerlichen Schredenherbeijagd
hat die Zollwucher-Mehrheit des Reichstages Jahre socialistischer
Aufklärungsarbeit verrichtet. Die letzte Illusion ist geschunden,
die herrschenden Parteien stehen nackt vor allem Volke. Es be-
währt sich wieder, was Friedrich Engels 1896 anlässlich der deutschen
Umsturzvorlage schrieb: „Die Fiktion der Weltgeschichte stellt alles
auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre“, die „Umstürzler“, wir ge-
belien weit besser bei den gesetzlichen Mitteln, als bei den
ungefährlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie
sie sich nennen, gehen zu Grunde an dem von ihnen selbst
geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzwweifelt mit Odilon
Barrot: la logique nous tue, die Gesetzmäßigkeit ist unser Tod.“
Während wir bei dieser Gesetzmäßigkeit pralle Muskeln und rote
Waden bekommen und aussehen wie das ewige Leben. Und wenn
wir nicht so wahnwütig sind, ihnen zu Gefallen und in den
Strohkampfen treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts
andres, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzmäßigkeit zu durch-
brechen.“

Mit der Reichstagserei fing es an, dann kam Kardoff, und jetzt
soll am nächsten Dienstag folgender Antrag Gröber beraten
werden, der von 219 starken Männern, 43 Konservativen, 20 Reichs-
parteilern, 90 Centrallern, 44 Nationalliberalen (N), 9 Antisemiten
und 13 Wilden unterzeichnet ist:

„Der Reichstag wolle beschließen: den ersten Tag des § 44
der Geschäftsordnung durch folgende Bestimmungen zu ersetzen:
Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freier Ermessen
des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugeordnete Be-
merkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von fünf Minuten
nicht übersteigen.“

Die geltende Geschäftsordnung enthält folgende Bestimmung:
„Sofortige Zulassung zum Worte können nur diejenigen Mit-
glieder verlangen, welche über die Vertreibung zur Geschäftsordnung
reden wollen.“

Damit ist statt der Geschäftsordnung die Diktatur des
Präsidenten proklamiert. Man denke, ein Präsidium erhält
diese Vollmacht, statt der Geschäftsordnung frei zu schalten, in dem
die größte Partei des Landes und die zweit-
stärkste Fraktion des Parlaments gar nicht vertreten ist.

Indessen, die Mehrheit des Zollwuchers hat ja nicht nur Ver-
fassung und Geschäftsordnung vandalisch verworfen, sondern auch dem
Präsidium Bedeutung und Würde genommen. Der Präsident hat
nicht mehr selbständig das Recht des Hauses zu wahren, sondern er
hat sich der Mehrheit des Hauses zu fügen. Die Mehrheit hat die
Besugnis erhalten, selbst die Zulässigkeit des todsüchtigen Reichsbruchs
sich selbst zu genehmigen. Damit wird aus der formellen Diktatur
des Präsidenten eine Diktatur der Reichstagsmehrheit.

Wonach soll der Präsident entscheiden, ob er jemand das Wort
zur Geschäftsordnung erteilen soll oder nicht, da er vorher gar
nicht weiß, wozu der Redner sprechen will?

Man denke sich den Fall: Die Mehrheit beantragt, daß der An-
trag Kardoff ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung sofort an-
genommen werden soll. Ein Redner der Minderheit will zur
Geschäftsordnung ausführen, daß das geschäftsordnungsmäßig un-
zulässig sei. Aber er erhält nicht das Wort und auch niemand sonst.
Es ist nicht einmal eine Gegenrede möglich.

So kann kraft des Antrags Gröber die Mehrheit thun und
lassen, was sie will, sie braucht nicht einmal zu befürchten, daß

irgend ein Einspruch erhoben werden kann. Die Fasanenjäger des Bollwächers sind Gesetzgeber, Richter, Genet in einer Person.

Das parlamentarische Standrecht ist proklamiert!

Das ist keine Revolution, die auch in ihren blutigsten Formen die Ehrfurcht vor dem Recht niemals verloren hat, das ist die „Politik“ des Schinderhannes.

Trotzdem — die Geschlichkeit tötet, die wir verteidigen.

Auch in der linksstehenden bürgerlichen Presse ist man sich klar darüber, was der neueste Streich der Mehrheit zu bedeuten hat. „Die jetzt vorgeschlagene Aenderung“, schreibt die „Post“, „ist eine Ungeheuerlichkeit ohne Gleichen. Wenn der Präsident sich irrt, wenn er die Geschäftsordnung falsch anwendet, wenn er geschäftliche Vorschläge macht, die unzumutbar erscheinen, wenn Meinungsverschiedenheiten über einen Abstimmungsmodus bestehen, so braucht er in Zukunft niemand das Wort zu geben, denn er es nicht erteilen will. Die ganze Geschäftsführung wird also in die Willkür des Präsidenten, des jeweilig amtierenden, gestellt. Die Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten ist nur ein Abergwitz. Die Proklamierung der Diktatur des Präsidenten aber ist eine Gewaltthatigkeit, wie sie in der Geschichte des Parlamentarismus ohne Beispiel ist. Ob wirklich Graf Vellestem geneigt ist, eine solche Aenderung oder vielmehr Aufhebung der Geschäftsordnung zu dulden und nach ihrer Durchführung den Vorschlag zu behalten? Es ist weit mit den Nationalliberalen gekommen, daß sie solche Organe der Reaktion mitmachen unter dem Vorwande, den Parlamentarismus zu schützen.“

Ähnlich meint das „Berliner Tageblatt“: „Wird dieser Antrag angenommen — und daran ist ja wohl nach Lage der Dinge nicht zu zweifeln — dann sind wir bereits bei der parlamentarischen Präsidialdiktatur angelangt. Weitere Versuche der Einschränkung der parlamentarischen Redefreiheit werden nicht ausbleiben.“

Und die „Berliner Zeitung“ wirft die gewichtige Frage auf: „Wird aber auch der Präsident Graf Vellestem sich in diesem Antrage an das Präsidium gestellte Zustimmung, ein Willkürregiment zu Gunsten der Mehrheit zu etablieren, gefallen lassen?“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember.

Im Jagdweiser.

Mit 188 gegen 68 Stimmen hat das hohe Haus am Freitag erklärt, es sei ungebührlich, irgendwelche Ausführungen, die im deutschen Reichstage gemacht werden, als „unpassend“ zu bezeichnen. Und wenn es gar einem Mitgliede des Hauses einfällt, diesen Ausdruck gegen ein Mitglied des hohen Bundesrats zu gebrauchen, so geschieht ihm ganz recht, wenn es zur Ordnung gerufen werde. Es giebt nicht bloß Abgeordnete erster und zweiter Güte, sondern die Mehrheit erklärt sich selbst und ihre Mitglieder minderen Rechts als die Mitglieder des Bundesrats. Der geistreiche Ordnungsruf, den der Graf Stolberg am Donnerstag dem Genossen Vebel erteilte und seine noch geistreichere Begründung, sind durch Beschluß des Hauses sanktioniert worden.

Das ist nicht wichtig, aber es ist komisch. Der ganze Blödsinn des parlamentarischen Mehrheitsprinzips, wie es diese Mehrheit handhabt, spiegelt sich in dieser lustigen Beschlusfassung. Ein Denk- oder Jüngensfehler eines der Ihren wird von der Mehrheit zum Beschluß erhoben. Es ist beschloffen, zweimal zwei ist fünf; wer das ferner bezweifelt, rüttelt an den Grundlagen des Parlamentarismus.

Als dies vollbracht war, setzte die würdige Hüterin des Parlamentarismus ihre Thätigkeit vom Donnerstag fort, die bekanntlich darin besteht, die Beratung des Zolltarifs vor jeder Sachlichkeit zu immunisieren. Man spielt mit verteilten Rollen. Herr Stodmann beantragt, die behandelten Positionen an die Kommission zurückzuweisen, Herr Spahn beantragt über den Antrag seines Freundes zur Tagesordnung überzugehen. So soll der Linken jede Möglichkeit zur sachlichen Beratung genommen werden. Aber mitteilungslos zerstört die Linke das Spiel der parlamentarischen Bauernfänger. Sie unterläßt es, Anträge auf Rückverweisung zu stellen und beschränkt sich darauf, von den Referenten nähere Aufklärungen über einzelne Punkte zu fordern. Wie wenig sich die vielen fremden Leute, die jetzt auf der Rechten bei allen Abstimmungen zu sehen sind, für die sachliche Behandlung interessieren, beweist die Leere des Hauses und die Ueberfüllung des Restaurants. Die beschlußfähige Mehrheit schart sich nicht um die Reichstagstribüne, sondern um das Reichstagsbuffett. Die vorgeschobenen Posten dieses agrarischen Heerlagers liegen oder sitzen schlafend in den Ecken.

Herr Deumer brachte es fertig, zwölf Minuten über Jarden, Jagdwaren, Jirnisse, Lade und Rüte alles zu sagen, was er für erforderlich hält. Natürlich bleibt die Reugierde der Linken ungestillt, aber auf alle ihre sachlichen Fragen weiß er nichts zu antworten. Ähnlich war es schon zuvor mit dem Referate des Herrn Müller. Meinungen gegangen. Erst Genosse Antrick als Referent über die Positionen 368—388 (Glühstrümpfe, Leim, Arofosol, verdichtete Gase, Chloroform, künstliche Süßstoffe, Balsame, Arzneiwaren und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse, Geheimmittel) zeigte, wie ein gewissenhaftes Referat beschaffen sein mußte. In lebenswürdigster Weise erklärte er sich bereit, seine Ausführungen entsprechend den Anregungen, die er aus dem Hause erwarte, zu ergänzen.

Der Präsident schlug, Wünschen der Mehrheit entsprechend, vor, die nächste Sitzung erst auf den Dienstag anzusehen. Dem widersprach die Linke: sie will sachlich arbeiten und die Zeit nützen. Aber alle ihre beweglichen Bitten, die Herren sollten doch im Interesse der Sache für diesen Sonntagabend auf ihre Vergnügungen verzichten, prallten ab wie Erbsen von der Wand.

Am Dienstag soll ja der Antrag Gröber angenommen werden, der allen Sorgen ein Ende machen und zeigen soll, wie man zwischen zwei Fasanenjägern das Reich regieren kann. Jedesmal, wenn sie verloren hat, wirft die Mehrheit das Schachbrett um. Die Partie vom Dienstag soll beweisen, ob diese neuesten Korrekturen des Glucks die Mängel ihres Verstandes aufzuwiegen im Stande sind.

Ein Schredsschuh?

Durch einen Teil der konservativen Presse geht die Nachricht, daß die Regierung beschloffen habe, die Handelsverträge mit Ostreich, Ungarn und Rußland rechtzeitig aufzulösen und unbedünnet um den Verlauf der Beratungen des Reichstages sogleich beim Beginn des nächsten Jahres in neue Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten.

Daß die Nachricht begründet ist, erscheint ausgeschlossen. Wie niedrig man auch immer das Geschick und Verantwortlichkeitsgefühl

der Regierung veranschlagen mag, so ist es doch mehr als unwahrscheinlich, daß sie, ohne das immer wieder verlangte „Mittelzeug“ eines neuen Tarifs erhalten zu haben, sich jetzt, nach allem, was vorgefallen ist, selbst in die Zwangslage versetzt, auf Grund des bestehenden Zolltarifs mit den bisherigen Vertragsmächten in Unterhandlungen eintreten zu müssen. Das hätte früher geschehen können; heute, nach all' den Kämpfen der letzten Zeit wäre es nicht nur die schlimmste Selbstentwertung, sondern auch eine Selbstauslieferung an die Gnade der Vertragsmächte, die, podend auf die in diesem Fall für die deutsche Regierung bestehende Notwendigkeit, unter allen Umständen Handelsverträge zu stande bringen, selbstverständlich die Situation nach Möglichkeit zu ihren Gunsten auszunützen würden.

Die Frage kann nur sein: was soll mit der Sanjierung der Notiz in die Presse bewandt werden? Soll dadurch auf den Reichstag oder richtiger auf die Mitglieder der freisinnigen Vereinigung ein Druck ausgeübt werden, ihre bisherige Opposition aufzugeben, damit nicht etwa nach Ablauf der jetzigen Handelsverträge das Reich ohne neue Verträge bleibe? Das hieße bei den Rath-Gotheln usw. ein Maß von Raketat voraussetzen, das nach den jüngsten Erfahrungen wohl bei einem Teil der Rechten vorhanden sein mag, das aber bei den Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung vergeblich gesucht werden dürfte. Oder soll die Notiz nur erneut der Regierung einen wiederholt von den Agrariern geäußerten Wunsch ausdrücken in der Hoffnung, daß sich nachträglich die Regierung doch noch zu seiner Erfüllung bequemen werde? Dann müssen die Herren eine Meinung von der Einsicht der Regierung haben, die an Selbstidigung grenzt.

Aufreizung zur Revolution.

Die Schleichstein-Presse bekundet den ungeheuersten Eifer, für neue Ausnahm- und Zuchthausgesetze Stimmung zu machen. Allen voran die ebendem von Stumm ausgeschaltene „Post“, die gleich in zwei aufeinanderfolgenden Nummern starke Männer zur Revolution von oben anzufeuern sucht. Das Blatt macht die ganz neue Entdeckung, daß die Socialdemokratie im Grunde ihres Dergens revolutionär sei, da sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen beabsichtige. Eine Rede Vebels auf dem Erfurter Parteitag wird citiert, um diese epochale Entdeckung zu beweisen. Vebel habe sich damals zwar gegen die „Jungen“ gewendet, um ihre lospflöse Putsch-Taktik zu bekämpfen, allein er habe gleichzeitig betont, daß die „Alten“ nur in der Taktik von den Jungen abweichen, daß die „Prinzipien“ und „Ziele“ sich jedoch mit denen der „Jungen“ vollständig deckten. Nicht genug damit, beruft sich die „Post“ auf den bekannten Artikel von Engels in der „Neuen Zeit“, um die niederträchtigen revolutionären Absichten der Socialdemokratie zu entlarven.

Danach ist der „Post“ das Erfurter Programm vollständig unbekannt, denn aus dieser Principienerklärung, die für die Partei bindend ist, wäre mit ungleich geringerem Aufwand nachzuweisen gewesen, daß die Socialdemokratie in der That revolutionär ist und nichts Geringeres erstrebt, als das Privateigentum in Kollektivbesitz zu verwandeln, die Monarchie zu beseitigen usw.

Die Citierung des Engelschen Artikels ist um so genialer, als dieser Artikel die bändige Absage an alle Putsch-Taktik bedeutet, die überhaupt gedacht werden kann. Sagt doch Engels selbst in der von der „Post“ citierten Stelle:

„Wie oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmefesetz gefallen, das gemeine Recht wieder hergestellt ist für alle, auch für die Socialisten. Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu thun. Was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir es sind, die die Geschlichkeit kaput machen. Im Gegenteile, sie arbeitet so vorstrefflich für uns, daß wir Karren wären, verlegten wir sie, so lange dies noch so vorangeht.“

Also Engels erklärt sich genau so wie Vebel für eine legale Kampfesweise der Socialdemokratie. Freilich weist Engels darauf hin, daß gerade diese Gesetzmäßigkeit unsre Gegner tötet. Aber gerade weil die „Post“ der Ueberzeugung ist, daß die Socialdemokratie in dieser Auffassung recht hat, und von ihr deshalb gar nicht abweichen kann, macht sie den Vorschlag, die Revolution von oben zu etablieren, um die Socialdemokratie von dem Wege des gesetzlichen Kampfes abzuwenden. Sie verlangt, daß die verfassungsmäßigen Rechte des Reichs-Versammlungs- und Vereinsrechts aufgehoben werden, um der Socialdemokratie die Möglichkeit der legalen Agitation zu rauben. Denn geschehe das nicht, so werde, wie Engels hoffe, die Socialdemokratie zu einer derartigen Macht heranwachsen, daß es dann zu dem Staatsstreich zu spät sei, da dann auch der letzte Schutzwahl der Bourgeoisie, die Armee, zerbröckeln und die Revolution von oben der zermalnenden Gegenrevolution des Volkes erliegen werde. Also sei es höchste Zeit und schon jetzt den Staatsstreich auszuführen.

Diese Gedankengänge sind so alt, als sich die ausbeuterische Minorität durch das politische Erwachen der ausgebeuteten Majorität bedroht fühlt. Wir haben uns längst mit ihnen vertraut gemacht, auch mit der Eventualität, daß einmal starke Männer an ihre Realisierung denken könnten. Unsre heitere Siegeszuversicht wird dadurch nicht im mindesten beeinträchtigt. Ein neues Socialistengesetz würden wir ebenso erfolgreich übersehen wie das Schandgesetz vom Jahre 1878. Der Verlesungsprozess im Volke — auch im Volk in Waffen — würde durch die selbstbrütalste Anebelungspolitik nur beschleunigt werden.

An sich also lohnt es wirklich nicht, von dem wütenden Scharfmachergeheul unsrer Staatsstreichler Notiz zu nehmen. Innerhalb oder mag es zur Verhinderung der durch die schamlosen Gewaltthaten der beutegierigen Parlamentsmajorität aufgewählten Gemüter des mit dem Hungertarif bedrohten Volks beitragen, dergleichen Anregungen zur Revolution von oben, zur Escamotierung des Wahlrechts, der Press- und Koalitionsfreiheit niedriger zu hängen.

Reform der Strafprozess-Ordnung.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht nunmehr authentisches über die Kommission zur Reform des Strafprozesses, die demnächst im Reichs-Justizamt zusammentreten soll. Die Kommission besteht aus einundzwanzig Mitgliedern, unter ihnen sechs Reichstags-Mitglieder (Wasserburg, Gröber, Hünburg, Lenzmann, Opfergelt, Antelen). Von sämtlichen Mitgliedern gehören zehn dem Richterstande, vier der Staatsanwaltschaft, fünf der Rechtsanwaltschaft an, zwei sind Univeritätslehrer.

Der „Reichs-Anzeiger“ versichert, diese Kommission sei nicht so zusammengesetzt, daß in ihr die Anschauungen der Regierung zum Ausdruck gelangen. Die Berufung von Mitgliedern des Reichstages soll, den parlamentarischen Parteien die Möglichkeit bieten, sich davon zu überzeugen, daß eine ernste und umfassende Prüfung in Frage steht.

Die socialdemokratische Fraktion, die zweitstärkste des Reichstages, ist aber vollständig ausgeschaltet worden.

Aus den zahlreichen Fragen, die der Kommission vorgelegt werden sollen, verdienen die folgenden hervorgehoben zu werden:

Ist das Verlangen gerechtfertigt, den Reklamaturen und dem übrigen Personal der periodischen Presse die Befugnis zur Verweigerung des Zeugnisses über Verfasser und Einsender von Artikeln einzuräumen? (Zeugnis-Zwangverfahren.)

Erscheint es nach den praktischen Erfahrungen geboten, die Vorschriften über die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen im Sinne der gesetzgeberischen Versuche von 1895 (Druck. des Reichst. 1895/96 Nr. 73) und von 1899 (Druck. des Reichst. 1899/99 Nr. 200) einer Aenderung zu unterwerfen?

1. Ist die Beeidigung der Zeugen einzuschränken:
 - a) bei unglaubwürdigen Aussagen?
 - b) bei unerheblichen Aussagen?
 - c) in geringfügigen Sachen?
 - d) bei Zustimmung der Parteien und des Gerichts?
2. Sind für das Verfahren vor den Schwurgerichten Abweichungen von den Bestimmungen zu 1 erforderlich?
3. Ist der Eideid zu befeitigen?
4. Empfiehlt sich eine Umgestaltung der Eidesformel und des Verfahrens bei Abnahme von Eiden?
5. In welchem Abschnitt des Verfahrens ist die Beeidigung der Zeugen zu bewirken?
6. Soll im Zusammenhange mit der Einschränkung der Zeugen-eide (zu 1) die Strafbarkeit unechter falscher Aussagen eingeführt und wie soll sie im einzelnen gestaltet werden?
7. Abgrenzung hinsichtlich der Behörden, vor denen die Aussage abgegeben wird:
 - a) Verurteilung fahrlässiger falscher Aussagen?
 - b) Strafmaß?
 - c) Straflosigkeit bei Widerruf?

Ist eine besondere Regelung der Frage geboten, ob bei der Untersuchung solcher strafbaren Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, die Beschlagnahme vor Stellung des Straf-antrages statfinden kann?

Wie ist das Verfahren zu regeln?

Sind die Voraussetzungen für Erlassung und Aufhebung des Haftbefehls zu ändern?

Erscheint namentlich geboten:

- I. eine Bestimmung dahin, daß die Thatfachen, welche den Verdacht begründen, offenkundig zu machen seien?
- II. eine Aufhebung der Sondervorschrift, nach welcher bei Verbrechen der Verdacht der Flucht keiner weiteren Begründung bedarf?
- III. eine Verlängerung der Fristen, innerhalb deren, falls die Haft aufrecht erhalten werden soll, die Erhebung der öffentlichen Klage erfolgen muß?

Soll das Legalitätsprinzip befeitigt oder soll es wenigstens eingeschränkt werden, um Strafverfolgungen entgegenzuwirken, die durch das öffentliche Interesse nicht geboten sind?

Empfiehlt es sich im Falle einer Befragung der Frage zu I die subsidiäre Privatklage zu gewähren?

Welche Maßnahmen sind gegebenenfalls zum Schutze gegen einen Mißbrauch der Privatklage zu treffen?

I. Bedarf das Vorverfahren, insbesondere im Interesse des Beschuldigten, einer Umgestaltung?

Insondere:

a) Ist eine genauere Prüfung der Frage der hinreichenden Belastung des Angeklagten nach der thatsächlichen und nach der rechtlichen Seite hin durch eine Aenderung des Verfahrens zu sichern?

b) Ist eine genauere Bezeichnung (Individualisierung) der dem Angeklagten zur Last gelegten That zu verlangen?

Sollen die Vorschriften über das Kreuzverhör geändert werden?

Kann auf diese Einrichtung überhaupt verzichtet werden, oder sind die Voraussetzungen, unter denen das Kreuzverhör statzufinden hat, zu erweitern?

Empfiehlt es sich, vorzuschreiben, daß die Urteilsgründe die nähere Darlegung zu enthalten haben, weshalb diejenigen That-fachen, in welchen die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden, für erwiesen erachtet worden sind?

Ist für das die Wiederaufnahme betreffende Verfahren die eidliche Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen vorzuschreiben?

Bedürfen die Vorschriften der Strafprozess-Ordnung über die Strafprohredung einer Aenderung?

Welchen Erfahrungen darauf hin, die Oeffentlichkeit auszuschließen oder einzuschränken im Verfahren wegen Verleidigungen?

Im übrigen beschäftigen sich die der Kommission vorgelegten Fragen hauptsächlich mit der Zuziehung von Laien zur Reichspflege (Erweiterung oder Beschränkung der Schöffengerichte), der Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte, der Berufung und der Revision.

Die Zusammenfassung der Kommission bildet trotz allen Selbstlobes in der Amtspresse wenig Gewähr dafür, daß diese zum Teil auch für politische und Prozedurprobleme sehr wichtigen Fragen angemessene Erledigung finden. —

Deutsches Reich.

Auf die mittlere Linie gefallen ist nun auch, wie selbstverständlich, der Deutsche Landwirtschaftsrat. Sein Vorsitzender ist bekanntlich derselbe Graf Schwerin-Löwitz, der am Donnerstag durch Verweigerung seines Referates dergleichen Obstruktion zu treiben versucht hat. Dazu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Daß wir in der Auffassung der Sachlage einen ganz andren Standpunkt einnehmen, ist bekannt; wir bedauern diese Entschlieung des händigen Ausschusses aufs tiefste, wollen uns aber eine polemische Auseinandersetzung vorbehalten.“

Der Standpunkt der Bündler besteht bekanntlich darin, zu nehmen, was man kriegt, und zu schimpfen, was man kann.

Die Handbewegung des Grafen Stolberg. Wir haben gestern das Nötige über die Schwindelereien gewisser parlamentarischer „Stimmungsbildner“ ein Wort gesagt. Dieselben Blätter, die in ihrem nach stenographischer Aufnahme hergestellten Parlamentsberichte die Vorgänge korrekt schildern, erfinden in ihren „Stimmungsbildern“ die absurdesten Lügen. Auch eine parlamentarische Korrespondenz unterzieht sich der Aufgabe, eine dieser Schwindelnotizen zu veröffentlichen:

Mit einer deutlichen Gebärde soll nach den Berichten einiger Blätter Präsident Graf Stolberg die Unterredung, die er mit dem Abgeordneten Singer nach der Ausschließung in der Pause hatte, abgedruckt haben. Die „Germania“ spricht von einer bezeichnenden Handbewegung des Präsidenten, der man den Verzicht angesehen habe, diesen Leuten Karren beizubringen“.

Der thatsächliche Vorgang wird uns von einem Augen- und Ohrenzeugen ganz anders geschildert. Die kurze Unterredung, die auf beiderseitigen Wunsch erfolgte, verlief in durchaus höflichen Formen. Da mischte sich der Abgeordnete Dr. Hahn mit den lauten Worten in die Unterredung: „Herr Präsident, Sie sprechen mit einem Ausgeschlossenen!“ und der gleichfalls hinzutretende Abgeordnete Graf v. Roon wiederholte diese Bemerkung in der schärferen Form: „Herr Präsident, Sie dürfen doch nicht mit einem Ausgeschlossenen sprechen!“

Die Handbewegung des Grafen Stolberg bezog sich auf diese beiden Herren und sollte wohl bedeuten, daß diese Einmischung als überflüssig empfunden werde.

Der Fall Plade, der in der gestrigen Abend Sitzung des Reichstages so großes Aufsehen erregt hat, wurde auch heute noch in Reichstagskreisen lebhaft erörtert, und es erscheint vielleicht angezeigt, den Hergang, wie er sich thatsächlich zugetragen hat, näher zu schildern. Der Abg. Heine hatte seine Rede gegen den Abg. Stodmann eben beendet, als Herr Plade aufstand und die Worte: „Kann man dem Herr nicht ein paar hinhauen?“ rief. Der Abg. Dr. Radnide hörte diese Aeußerung, drehte sich empört um und sagte: „Ein solcher Ruf wird aus der nationalliberalen Partei laut. Es ist empörend!“ Auch der Abg. Köstke-Desau war Ohrenzeuge der Aeußerung. Auch er wandte sich zu Herrn Plade und rief ihm laut zu: „Herr Plade, so weit sind wir glücklicherweise in deutschen Reichstag noch

nicht! Herr Blade versuchte Herrn Köfide gegenüber eine unglückliche Entschuldigung. Er meinte: „Ihnen würde ich ja am allerwenigsten so etwas anbieten.“ Der Vorfall wurde auf der äußersten Linken bemerkt, und die Mitglieder der freisinnigen Vereinigung wurden um nähere Auskunft gebeten. Es entstand begreiflicherweise große Erregung, und es wäre vielleicht zu bedauerlichen Ausbrüchen der Leidenschaft gekommen, wenn Herr Blade es nicht vorgezogen hätte, schleunigst den Saal zu verlassen. Nach einer ganzen Weile trat Herr Blade, wie uns erzählt wird, an den Abg. v. Bollmar heran und stellte sich ihm mit den Worten vor: „Mein Name ist Blade. Ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung.“ Abg. v. Bollmar nahm diese Entschuldigung mit gutem Humor zur Kenntnis, ohne Neigung zur Martellträgererei zu bekunden.

Das Blatt des Reichert v. Hammerstein will bestreiten, daß unsere geistige Darstellung des Zwischenfalls Singer korrekt gewesen und beruht sich auf den Oldenburgerischen Parlamentsberichten. Wir acceptieren diese Quelle; denn selbst dieser Bericht — wir citieren nach der „Post“ — stellt die Thatsache fest, daß das wüste Gestrüß von den Vätern der Mehrheit ausging. Man lese:

Vizepräsident Graf Stolberg: Es ist ein Antrag Köfide-Deffau eingegangen, Position 184 (Wier, Kalzextrakt usw.) zur nochmaligen Beratung an die Kommission zu verweisen. Ich halte den Antrag nicht für zulässig. (Abg. Singer: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! Zurufe bei den Socialdemokraten. Stürmischer Lärm rechts. Rufe: Oh! links.) Meine Herren, es liegt mir ein Antrag Spahn vor, über diesen Antrag Köfide-Deffau zur einfachen Tagesordnung überzugehen. (Zurufe von allen Seiten — Ungeheurer Lärm. — Die Rechte rufen dem Abg. Singer, der auf der Treppe steht und auf den Präsidenten einprüdelt, zu: Nummer, runter! Aus den Reihen der Socialdemokraten erschallen fortgesetzt Rufe: Ruhe! Ruhe! Ungeheurer tosender Lärm.) Der Antrag ist zulässig, es hat ein Bedner für und gegen zu sprechen. Erneuter großer Lärm rechts. Rufe rechts: Nummer, runter! Abg. Singer steht vor dem Präsidenten und redet fortgesetzt auf ihn ein, bleibt aber in dem ungeheuren Lärm vollkommen unverständlich.)

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ unter Berufung auf den Oldenburgerischen Bericht, der mit unserer Darstellung und der Wahrheit in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt, behauptet, daß unsere Darstellung „die Wirklichkeit völlig entstellt“ habe, so ist das also eine bewusste Lüge.

Das Blatt der Hammerstein-Kropatschek bemängelt auch, daß wir behauptet haben, die Geschäftsordnung verwehre die Ausweisung eines Abgeordneten. Wir beschränken natürlich nur das Recht der Exekutive. Es kann kein Abgeordneter aus dem Saale entfernt werden. Der Präsident hat — nach § 61 der Geschäftsordnung — nur das Recht, die Sitzung auszuschieben, wenn ein Abgeordneter einen Ausschluß, weil unbeschäftigt, nicht respektiert.

Die freisinnige Richterei. Die „Freisinnige Zeitung“ bringt den Antrag Gröber gegen die Geschäftsordnung als bloße Notiz — ohne ein Wort der Kritik. Dafür leitartikelt sie über — die Wahlen für das Aeltestenkollegium.

Das Blatt kam also getrost jetzt von dem Schemel angekauft und mit dem „Lokal-Anzeiger“ verschmolzen werden.

Als „socialdemokratische Hausen“ beschimpft Eugen Richter die Besucher der socialdemokratischen Protestversammlungen vom Donnerstag.

Der reime Reid! Wenn er die Hausen hätte.

Kavallerie-Parademärsche hat Wilhelm II. in Reudel selbst dirigiert. Kurz nach dem großen Festessen, erzählt die „Tägliche Rundschau“, erschien der Kaiser bei der Musik, ließ sich von dem Kapellmeister Stabstrompeter Schall den Taktstock geben und leitete mehrere Märsche selbst. Nachdem der letzte Ton verklungen, gab der Kaiser den Taktstock an den Grafen Wittke ab mit den Worten: „So, lieber Wittke, jetzt dirigieren Sie mal!“

Auf der Jaganenjagd. In Reudel auf dem Gute des Fürsten Hendell v. Donnersmard vergnügte sich die Hofgesellschaft in diesen Tagen auch mit einer Jaganenjagd, wobei Wilhelm II. 925 Jaganen (sch. Auf der Jagd von Sucholohna erlegte der Kaiser 750 Jaganen, macht zusammen 1675 Stück. Im ganzen wurden auf beiden Jagden neben Hasen, Kaninchen und „Diversen“, 6644 Jaganen geschossen. Dabei feierte Wilhelm II. die Erlegung des 50.000. Tieres, das vor seine Jagdstinte gekommen ist. Wunderbarerweise war das gerade ein weißer Jagan, der zu den größten Seltenheiten gehört.

So erzählt die gut erzogene, die wohlinformierte, die bürgerliche Presse.

Finanzminister in Preußen. Auf eine neue große Pleite in Preußen bereitet Schwindel sich schonend vor. Er schreibt:

Das charakteristische und zugleich das ungünstige Resultat verurteilende Moment des nächstjährigen Etats liegt darin, daß unter der Leitung der Verhältnisse die in erster Linie ausgeführten staatlichen Betriebsverwaltungen, namentlich die Eisenbahnverwaltung und die Bergverwaltung erhebliche Mindereinnahmen aufweisen. Diese Mindereinnahmen durch eine weitere Herabsetzung des schon in diesem Jahre reduzierten Extra-Ordinariums voll zu decken, dürfte nicht möglich sein, und es wird daher wohl auch in Preußen mit einer erheblichen Anleihe zur Valanzierung des Etats zu rechnen sein.

Die Finanzverlegenheiten Preußens bieten aber wieder für die Reichsfinanzverwaltung den mächtigsten Anreiz, die Patrimonialbeiträge möglichst niedrig zu bemessen. Dadurch wird aber die verfassungsmäßige und selbstmörderische „Zusuhnanleihe“ größer.

Es ist Zeit, daß dem Reichstag der Etat vorgelegt wird!

Herrn Wassermann ins Stammbuch. Aus Baden wird uns geschrieben: Herr v. Gerlach, einer der hervorragendsten Führer der Nationalsozialen, befindet sich zur Zeit auf einer Agitationstour bei uns und hat bisher in den Städten Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe stark besucht Verammlungen abgehalten. In dem zuletzt genannten Orte nahm er Veranlassung, die Meinung seiner Parteigenossen über den Staatsstreich der Vollmehrheit darzulegen, und insbesondere war es der nationalliberale Führer Wassermann, mit dem er sich dabei auseinandersetzte. Diese letzteren Ausführungen v. Gerlachs gewannen dadurch an Bedeutung, daß es die Nationalsozialen waren, die bei der Reichstags-Stichwahl vom 26. Juni 1898 im Wassermannschen Kreise Jena-Weida mit ihren 4218 Stimmen gegen die Socialdemokraten den Ausschlag gaben und damit dem nationalliberalen Führer mit 10.406 gegen 8073 Stimmen zum Siege verhalfen. Für den Fall, daß es dem Herrn Wassermann befallen sollte, im Jenaer Kreise nochmals sich um das Reichstags-Mandat zu bewerben, stellte ihm der national-social Führer die folgende Wahlprognose:

„In Jena haben die Nationalsozialen in der Stichwahl zwischen den Nationalliberalen und Socialdemokraten das Vöglein in der Hand, und von ihnen hängt es ab, ob sie es in den Reichstag flattern lassen oder zerdrücken wollten. Den Fehler, Herrn Wassermann nochmals in den Reichstag zu verhehlen, würden die Nationalsozialen in Jena nicht mehr machen. Man sollte ihm entgegenhalten: Herr Wassermann, gehen Sie nach Stallpöten! Dort werden Sie mit Freuden empfangen. Wer die Verfassung des Reichstages bricht — fuhr Herr v. Gerlach mit erhobener Stimme fort —, dem traue ich auch zu, daß er anderen Verfassungsbrüchen zustimmt. Vor einem solchen Manne ist auch das Reichstags-Wahlrecht nicht mehr sicher. Wer zweimal die Geschäftsordnung des Reichstages bricht, bricht sie auch zum drittenmal, und Herren, die solche Gewaltmittel brauchen, müssen dafür sorgen, daß sie der Born des Volkes nicht aus dem Reichstag hinaussetzt. Deshalb muß schließlich das jetzige Reichstags-Wahlrecht beseitigt werden.“

Wie bekannt sein dürfte, hat Herr Wassermann die Absicht, sich bei den nächsten Reichstags-Wahlen vor sich halber in dem badischen Residenzstreich Karlsruhe. Buchsal um das Reichstags-Mandat

zu bewerben und dort unsern Parteigenossen Adolf See zu verdrängen. Zur Kennzeichnung der Erbitterung, die gegenwärtig bis weit in die Kreise des liberalen Bürgertums hinein gegen Wassermann vorhanden ist, möge die Erwähnung der Thatsache genügen, daß selbst nationalliberale Parteiorgane Badens keinen Anstand nehmen, den von Wassermann unterzeichneten Antrag Kardorff offen als „Staatsstreich-Antrag“ zu bezeichnen.

Die „Frankfurter Zeitung“

gibt nunmehr Kleintaut zu, daß ihre berühmte Reapeler p.-Korrespondenz in der That aus der famosen Nachrichtenfabrik stammt, die vom Garda-See aus an zahlreiche deutsche Blätter — die „Magdeburger Ztg.“ mit der „Frankf. Ztg.“ in holdem Verein — verandt wird. Eine Korrespondenz, in der die banditenmäßige Knebelung der Presse für Fälle empfohlen wird, in der man ihr preisgesehlich nichts anhaben kann! Die „Frankf. Zeitung“ beschönigt ihren traurigen journalistischen Vetrug, ihren Lesern Reapeler Original-Korrespondenzen vorzuspiegeln, die fabrikmäßig am Garda-See hergestellt werden, mit folgender kläglichen Ausrede:

„Dann noch eine persönliche Bemerkung gegen den „Vorwärts“. Dieser kamert sich an allerlei Aeußerlichkeiten, die für die Thatsachen ohne Belang sind, so daß die von uns wiedergegebenen Reapeler Korrespondenzen auch andern Blättern zugegangen sind, und daß ihr Verfasser seinen Wohnort nicht in Reapel selbst hat — als ob man sich nicht auch ohne persönliche Anwesenheit an einem Ort zuverlässig von dort informieren kann.“

Wir konstatieren hier also nochmals, daß das Frankfurter „Vorwärts“ und Weltblatt den groben Unfug verübte, eine angeblich aus Reapel, also aus nächster Nähe von Capri, datierte Korrespondenz, in der alle möglichen Fabeleien über die Krupp-Affaire standen, zu veröffentlichen, die in Wirklichkeit von einem Zeilenreißer aus Modena am Garda-See zusammengeschnürt worden war. Eine schätzbare Täuschung, die offenbar zu den journalistischen Geshlogenheiten der „Frankfurter Zeitung“ gehörte, da ihre famosen „Originalnachrichten“ aus „Amalfi“, „Messina“, „Syracuse“, „Turino“, „Capri“, „Tarent“ etc. jedesmal der Feder des allgegenwärtigen Kurgasies am Garda-See entfloßen.

Die anscheinende Raibetät der „Frankfurter Zeitung“, daß es doch schließlich gleichgültig für die Zuverlässigkeit eines Verichts sei, von wo aus er geschrieben sei, wird durch die Fälscherthat der „Frankf. Ztg.“ selbst widerlegt, den Wohnort des Verfassers stets dahin zu verlegen, von wo aus eine gründliche persönliche Information möglich erschien. Es bleibt also schon dabei, daß die „Frankf. Ztg.“ ihre Leser und das Publikum groblich zu beschwindeln versucht hat.

Dieser Schwindel war um so unverantwortlicher, als die „Frankf. Zeitung“ in dem vorliegenden Falle den Anschein zu erwecken suchte, die von dem angeblich schlecht informierten „Vorwärts“ gebrachte, zu einer politischen Aktion ausgewachsene Angelegenheit Krupp durch eine lokal wohlinformierte Person klarzustellen. Und das Blatt, das den „Vorwärts“ schlechter Informationen und feiboler Standalndt bezichtigte, gab seinerseits eine Darstellung, die im günstigsten Falle aus allerlei gänzlich unkontrollierbaren Nachrichten italienischer Blätter zusammengestoppelt war!

Die „Frankf. Ztg.“ behält freilich trotz unserer Festsetzung ihrer dreifachen Schwindelmauer noch die Stirn, zu behaupten, daß „der „Vorwärts“ bisher nicht in der Lage gewesen ist, auch nur eine der thatsächlichen Mitteilungen unserer Korrespondenz zu widerlegen“. Die einzige „thatsächliche Mitteilung“ des famosen Reapeler p.-Korrespondenten in Modena bestand aber in der fündlichen Behauptung, daß „Krupp das Opfer einer der zahlreichen, gewohnheitsmäßigen Verbrecherbanden“ geworden sei, von denen Italien wimmelt. Sie bestand einzig darin, die „Propaganda“ als „neapolitanisches Standalndt“ auf eine Stufe mit dem Railänder „Gogna“ zu stellen, einem von Calabreser Industriern gegründeten Standalndt. Daß die „Frankf. Ztg.“ dadurch die ehemaligen Lobeshymnen ihres römischen Korrespondenten Dr. Zacher auf die Thätigkeit der „Propaganda“ in der Casale-Affaire schände desavouierte, kümmerte sie weiter nicht. Diese „thatsächlichen Mitteilungen“ soll der „Vorwärts“ nicht „widerlegt“ haben! Wir begnügen uns damit, diese aus den Fingern gezogenen „Thatsachen“ des „demokratischen“ Frankfurter Organs durch eine römische Korrespondenz der nationalliberalen Münchner „Allgemeinen Zeitung“ widerlegen zu lassen. Das nationalliberale Blatt läßt sich berichten:

„Ueber das neapolitanische Socialistenblättchen, auf das der Beginn der ganzen Campaigne gegen Krupp zurückgeht, ist von Deutschen und Italienern in den letzten Wochen sehr viel geschrieben worden, aber auch sehr viel Falsches. Mit dem Schlagwort „professionelle Verleumdung“ ist der Krupp ganz und gar nicht auf den Kopf getroffen; nur bei Unkenntnis des neapolitanischen Mikros konnte man das Gegenteil annehmen.“

Was der „Propaganda“ die Wichtigkeit verlieh, die ihre Artikel gegen Krupp zuerst in Rom, dann in Berlin wieder aussersehen ließ, das ist jener unglückliche Sensationsprojez Casale, in dem die „Propaganda“ nicht die Verleumdung und das Unrecht, sondern die Wahrheit und das Recht vertrat. Damals erhob das Blatt gegen den Abgeordneten Casale, einen ungetrübten König von Reapel, die allerhöchsten, infamierendsten Anklagen in 72 genau präcisierten Punkten. In ganz Italien herrschte gegen die „Propaganda“ eine große Empörung, der hochmögliche Casale klagte und die „Propaganda“ trat in jenem Mienenprojez einen Wahrheitsbeweis an, der in 69 von den 72 Punkten als völlig gelungen erklärt werden mußte. Casale fiel von seiner stolzen Höhe und die „Propaganda“ stand groß da! Seitdem ist das Blatt (obwohl der damalige Cefredalre Guarino kurz darauf starb) in Reapel als der Hort der Schwachen angesehen worden gegen die Korruption der Mächtigen, und dieser Zusammenhang hat es verhindert, daß man in Italien die Anklagen gegen Krupp a priori als Verleumdungen anzusehen geneigt war.

Die Lehre für Italien ist eine sehr klar erkennbare. Durch die Schuld der Mehrzahl unter den vielen Regierungen, die hier bisher einander ablösen, ist die politische Korruption straflos geblieben und die unpolitische desgleichen, wenn politische Motive das Ignorieren bequem erscheinen ließen. Der Abgeordnete, der Großwäppler, auch der einflußreiche Redakteur, mochten sie noch so forwärt sein, hatten zumeist auf die freundlichste Nachsicht der Regierung und der Behörden zu rechnen. Ging das doch so weit, daß man gemeine Verbrecher nicht verfolgte oder wieder freiließ, weil sie als Wahlgagenten fungieren sollten. Diese Zustände trieben in den letzten fünf Jahren die erstarkende Socialdemokratie in einen Kampf gegen die Korruption, den man nicht anders als sympathisch nennen konnte. Und nun bildete sich natürlich, da die Regierung noch immer zögerte, ihr System gründlich zu ändern, jener Zustand heraus, der die Erbitterung zeugt. . . . Es muß im Gegensch zu den Ansichten vieler Freunde Krupps, die die Verhältnisse der politischen italienischen Welt wenig kennen, ausgesprochen werden, daß man hier in den politischen Kämpfen ohne Unterschied der Parteifarbung trotz aller Schärfe in der Beurteilung der Campaigne gegen Krupp der

Propaganda die bona fides abzusprechen, im allgemeinen nicht geneigt ist. Die gehässigen caprischen Feinde des deutschen Großindustriellen, von denen das Gift herrührt, haben möglicherweise (!) mit dem neapolitanischen Raffinement, von dem in der deutschen Presse die Rede war, auch die „Propaganda“ dapiert.“

Von den „Thatsachen“ des am Gardasee weilenden Reapeler Original-Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ bleibt also auch nicht ein Atom übrig!

Trotzdem wird natürlich die „Frankfurter Zeitung“ in der Meute der Kruppianer auch fernerhin wacker mitheulen! —

Die Befehle der Fesselung. Der Justizminister und der Minister des Innern haben folgende allgemeinen Vorschriften über die Behandlung von Gefangenen und vorzuführenden Personen auf dem Transport erlassen:

Strafgefängene und in Korrektionshaft befindliche Gefangene dürfen auf einem Transport nur gefesselt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit ihrer Person, namentlich zur Sicherung anderer, oder wegen der Gefahr einer Selbstentleerung oder wegen Fluchtgefahr unerlässlich erscheint. Fluchtgefahr wird bei männlichen zu Juchthaus beurteilten Personen regelmäßig vorausgesetzt. Gefangene, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, sollen in der Regel mit anderen Gefangenen nicht zusammen gefesselt werden. Ist dieses nicht zu umgehen, so dürfen sie mit Gefangenen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen, nicht zusammen gefesselt werden. Bei Anordnung der Zusammenfesselung ist auf die Persönlichkeit, die Lebensstellung und die Straftaten der Gefangenen, soweit irgend thunlich, Rücksicht zu nehmen.

Die Entscheidung über die Fesselung und die Art ihrer Ausführung wird vom Vorstande der Anstalt, von welcher der Transport ausgeht, nach sorgfältiger Prüfung im einzelnen Fall getroffen. Der den Transport ausführende Beamte darf während des Transports ohne Anweisung die Fesselung nur vornehmen, wenn unvorhergesehene Umstände eintreten, welche die Anwendung der Maßregel aus den in Absatz 1 angegebenen Gründen unerlässlich erscheinen lassen.

Die vorstehenden Grundsätze finden auf Untersuchungsgefängene insoweit Anwendung, als nicht im einzelnen Fall der Richter über die Fesselung Bestimmung getroffen hat. Von der in Ermangelung einer solchen Bestimmung durch den Vorsteher des Gefängnisses angeordneten Fesselung ist dem Richter alsbald Mitteilung zu machen.

Den Untersuchungsgefängenen sind gleichzustellen diejenigen Personen, welche auf Grund der Befehle, insbesondere der Prozessordnungen, zwangsweise vorgeführt werden; soweit die Vorführung nicht von einem Richter angeordnet ist, steht die Entscheidung der die Vorführung anordnenden Behörde zu.

Auf Personen, die von der Polizei auf Grund eines Haftbefehls verhaftet oder vorläufig festgenommen sind, oder die sich in polizeilicher Schutzhast befinden, finden die in Absatz 1 ausgesprochenen Grundsätze Anwendung. Die Entscheidung über die Fesselung und die Art ihrer Ausführung wird von der Polizeibehörde, und so lange die Verhafteten dieser noch nicht haben vorgeführt werden können, von dem Polizeibeamten, dessen Verfügung sie unterliegen, getroffen. Dieser hat die etwa vorgenommene Fesselung unter Angabe der Gründe sofort nach der Vorführung zu melden.

Bei den nicht mit Juchthaus oder mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestrafte Personen hat die Transportbehörde die Frage, ob sie gesondert oder im Sammeltransport zu transportieren sind, mit Rücksicht auf ihre Persönlichkeit, ihre Lebensstellung und die Art der Straftat sorgfältig zu prüfen und etwa in dieser Beziehung geäußerte Wünsche nicht ohne weiteres abzulehnen.

Die Befehle der Selbstentleerung oder der Flucht zu ernennt, bleibt den Behörden überlassen. Die Zusammenfesselung eines Rebalteurs mit andern Gefangenen wird sich nach den neuesten Vorschriften allerdings nur dann ermöglichen lassen, wenn ein Standesgenosse oder vielleicht auch ein — verkränkter Kandidator mit von der Partie ist.

Die bayerischen Bauern und die Centrumpolitik. München, 4. Dezember. (Fig. Ver.) Die „Nöln. Volkszeitung“ läßt sich mit peinlichster Gewissenhaftigkeit berichten, wenn in Bayern irgendwo ein christlicher Bauernverein eine Resolution annimmt, die sich mit der Centrumpolitik einverstanden erklärt. Wertwürdigerweise schweigen aber alle Mägen, wenn sich die Bauern gegen das Centrum aussprechen. So haben in letzter Zeit wiederholt socialdemokratische Verammlungen stattgefunden (im Allgäu und zuletzt in Wolfratshausen, einer sicheren Centrumsdomäne), die zahlreich auch von Bauern besucht waren. Die beir. Referenten haben abstrakt sehr eingehend die Zollpolitik besprochen und erorteten dabei die rückhaltlose Anerkennung der Bauern, die auch einer, die Centrumpolitik verurteilenden Resolution zustimmten. Dabei herrschte in den socialdemokratischen Verammlungen vollkommene Redefreiheit auch für die Gegner, während in den Verammlungen der christlichen Bauernvereine nicht einmal die Mitglieder gefragt werden, ob sie etwas zu sagen haben. Natürlich müssen die Bauernvereine jetzt auch beschließen, daß sie mit den Kompromißhänden einverstanden sind, während sie vor wenigen Wochen noch sich für unbedingt festhalten an den Beschlüssen des Regensburger Bauerntages ausgesprochen haben. Der christliche Bauernverein in Bayern ist eben weiter nichts als ein willensloses Werkzeug in den Händen der ultramontanen Drahtzieher und seine Beschlüsse und Resolutionen haben genau so viel Wert wie ein Versprechen des Centrums.

Die sanitären Einrichtungen bei Krupp. Schon durch die Berichte der Krankenkasse wird konstatiert, daß es mit dem Santhe der Arbeiter gegen gesundheitsgefährdende Einflüsse schlecht bestellt ist. Die Zahl der Erkrankungsfälle bei den Mitgliedern der Kruppischen Kasse ist um 60—70 Proz. höher, als bei allen reichsgesehlichen Kassen zusammen. Bis vor zwei Jahren war zum allgemeinen Gebrauch nur eine Badeanstalt vorhanden — mit 8 Bädern. Das Bad löste 10 Pf. Einzelne Feuerbetriebe haben noch besondere Brausebäder, aber auch in so beschränkter Anzahl, daß zumeist zwei Arbeiter zu gleicher Zeit eine Brause benutzen. Im vorigen Jahre wurde eine Brausebadeanstalt eröffnet für den allgemeinen Gebrauch. Aber obwohl nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter die Anstalt aufsuchen, müssen auch hier vielfach zwei Mann zu gleicher Zeit eine Brause benutzen. Die meisten Arbeiter ziehen daher die Benutzung der städtischen Anstalten vor. In den meisten Betrieben ist von einer sanitären Einrichtung nichts zu finden — oder die Einrichtungen genügen nicht. Meist ist der von den Ärzten gefürchtete Wassereimer noch bei der Wohlfahrtsfirma in Gebrauch. Ventilation ist nur in wenigen Betrieben vorhanden, die meisten Werkstätten sind dummpe Räume, in denen die Luft von verduftetem Oel, vom Staub und durch schlecht brennende Gasflammen verpestet wird, oder die Leute stehen an der Arbeit allen Witterungseinflüssen schutzlos preisgegeben. In einigen mechanischen Werkstätten herrschten vergangenen Sommer Mäuse, Käfer und sonstiges Getier die Schränke der Arbeiter, Hüften und Kassen waren vor einer Ueberfüllung nicht sicher, sobald die Leute Mühe hatten, ihre Futterbrode vor den ungebildeten Gästen zu schützen. Erst nachdem in der Presse auf diesen standalndten Zustand hingewiesen worden war, wurde eine große Kazzia auf das Werk veranlaßt. Auf mehreren Abteilen wimmelte es von Ungeziefer. Auch dies mußte erst in der Öffentlichkeit erörtert werden, ehe Remedur geschaffen wurde. Manche Aborte können wegen Ueberfüllung oft wochenlang nicht benutzt werden. Die Benutzung eines Abortes an der Laborierwerkstatt vor lange Zeit direkt in höchstem Maße gesundheitsgefährlich, es drangen dort aus den anliegenden falscht abgeschlossenen Laborierräumen die giftigen Dünste herein. Erst nachdem zweimal öffentlich an den Gewerke-Vorstand die Aufforderung ergangen war, für Abänderung zu sorgen, wurde

dem Zustande ein Ende gemacht. . . . Diejenigen, welche all die Lobeshymnen über die herrlichen Krupp'schen Einrichtungen los-sprechen, ist anzuraten, sich mal persönlich von der Unrichtigkeit ihres Gesichtsfeils zu überzeugen.

Schweiz.

Bundesrätlicher Sturm auf den Arbeitersekretariat.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Die wadere Haltung des Genossen Sigg in Genf scheint den regierenden Herren in Bern schwer auf die Nerven gefallen zu sein. Sie verlangen vom Arbeiterbund die Revision seiner Statuten und Reglements für das Arbeitersekretariat und deren Genehmigung durch den Bundesrat. Nur unter dieser Bedingung soll der Kredit von 25 000 Fr. an den Arbeiterbund in das eidgenössische Budget eingestellt werden. Der leitende Ausschuss hat sich bereits, bereits auf den 14. Dezember eine Sitzung des Bundesvorstandes ein-zuberufen. Bei der ganzen Haupt- und Staatsaktion handelt es sich offenbar um nichts anderes, als um die Entlassung des Genossen Sigg in seiner Eigenschaft als Genfer Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats. Das Nachgefühlt des Bundesrats ist nicht befriedigt von dem draconischen Massenartikel des beabsichtigten Genfer Kriegsgerichts gegen Sigg, es fordert auch dessen Maßregelung. Dabei sind aber die Beamten des Arbeitersekretariats nicht die Angestellten des Bundes bzw. des Bundesrats, sondern des Arbeiterbundes, wie auch die Subvention von 25 000 Fr. der letztere und nicht das Arbeitersekretariat erhält. Für den Fall der Maßregelung Sigg's durch den Bundesrat empfiehlt der „Demokrat“ bereits seine Wahl als Parteisekretär bzw. Vereinstsekreter des Schweizerischen Genossenschaftsbundes. „Als Mitarbeiter für seine Ueberzeugung und unsern Ideen hätte er den ersten und besten Anspruch auf diesen Posten.“ Da Sigg die französische und deutsche Sprache beherrscht, würde er in der That für den Posten sehr gut passen.

Frankreich.

Die parlamentarische Kommission, welcher die Untersuchung über Ursachen und Wirkungen der Streiks im Vergleich obliegt, hat sich, wie schon berichtet, in drei Sub-kommissionen geteilt. Je eine derselben wird sich in den nächsten Tagen nach einem der drei großen Kohlengebiete, Norden, Centrum, Süden, begeben, um die Erhebungen zu beginnen. Zu diesem Zweck ist ein umfangreicher Fragebogen ausgearbeitet worden. Derselbe umfasst fünf große Abteilungen: die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter; Ursachen der Konflikte; Versicherungsfragen; allgemeine Betriebsverhältnisse der Bergwerke; allgemeine Ursachen der Konflikte. Die Untersuchungen beziehen sich auf Löhne, Arbeitszeit, Arbeitsmethoden und so weiter.

Zum Marceller Ausstand. Die Syndikatskammer der Meeder hat den Ausständigen nach einem Wolffschen Telegramm „amehnbare“ Vorschläge gemacht. Das Streikomitee hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt. In einer Versammlung der Abordnung der Arbeiter wurde ein Tadelvotum gegen die Regierung wegen der Entscheidung von Truppen angenommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, an die verschiedenen Arbeiter-korporationen einen Aufruf zu erlassen, um in Erfahrung zu bringen, ob sie sich mit den ausländischen Seeleuten solidarisch erklären.

England.

Zur äusseren Politik Englands.

London, 2. Dezember. Es scheint, daß England wieder einen unmaßigen und thatkräftigen auswärtigen Minister besitzt. Die äussere Politik Englands, die unter den schwächlichen Händen Lord Salisbury's wie paralysiert dalag, beginnt unter der Verwaltung Lord Lansdowne's neues Leben zu zeigen. Es ließe sich sogar so etwas wie ein festes Programm entwerfen. Das englisch-japanische Uebereinkommen, von dem man in Deutschland sehr überrascht wurde, ist Lansdowne's Werk. Jetzt wird ein weiterer Schritt gemacht. Englands Diplomatie ist in diesem Momente an der Arbeit, ihre Differenzen mit Frankreich zu be-seitigen, was wiederum in Deutschland sehr überraschend wird. Zu Anfang des Jahres 1896, nach dem Krüger-Telegramm, wurde von der deutschen Regierung der Versuch gemacht, Frankreich zu ver-anlassen, die Räumung Kegyptens von England zu fordern. Der An-schluß Deutschlands an die überseeische Politik des Zwei-bundes war im Jahre 1894 — aus Anlaß des japanischen Sieges über China — vorübergehend verurteilt worden. Daß dieser Anschluß kein dauernder wurde, ist der Abneigung Frankreichs geschuldet. Die französische Regierung sandte die ihr von Deutschland gemachten Vorschläge nach London. Aber Lord Salisbury in seiner bekannten Indolenz that nichts, um Frankreich zu ver-söhnen. Dann kamen die Jahre des Boerenkrieges, die für diplomatische Unterhandlungen nicht geeignet waren. Jetzt ist Eng-land an dem Ausbau seines Reiches beschäftigt und sucht sich vor allem mit Frankreich friedlich auseinander zu setzen. Beide Mächte schlossen kürzlich einen Handelsvertrag in Sairo ab. Der Vertrag, der 20 Jahre in Kraft bleiben soll, ist zugleich eine französische An-erkennung der britischen Herrschaft in Kegypten. Ferner werden gegen-wärtig zwischen beiden Mächten Unterhandlungen gepflogen über einen Ausgleich in Rußland. Der nächste diplomatische Schritt wird zweifellos in Nordafrika gemacht werden, um auch dort die Differenzen auf friedlichem Wege zu beseitigen.

Und die Differenzen zwischen Rußland und England in Vorder- und Zentralasien?

Die Vorgänge der letzten Jahre scheinen darauf hinzuweisen, daß die britische Diplomatie damit beschäftigt ist, Deutsch-land als einen Pufferstaat zwischen England und Rußland einzuführen. Je sicherer Deutschland sich im Oriente festsetzt, desto mehr gerät es in einen Gegensatz zur russischen Politik, desto mehr wird es in die Arme Englands getrieben. England will da-durch einen doppelten Zweck erreichen. Erstens gewinnt es die Hilfe einer europäischen Großmacht gegen Rußland. Zweitens lenkt es die weltpolitischen Energien Deutschlands von den britischen Besitzungen nach Vorderasien ab, wo England keine vitalen Interessen zu ver-teidigen hat.

Die Bewegungslinien der britischen Diplomatie sind hier wei-einfacher und klarer gezeichnet, als sie sich in Wirklichkeit gestalten dürften. Denn die britische Politik hat noch viele Traditionen zu überwinden, ehe sie sich entschließt, diesen Plan ohne Fäudern und ohne Rückschlüsse auszuführen. Nur die Richtung soll hier ge-geben sein. — nur ein Schlüssel zum Verständnis mancher welt-politischen Vorgänge.

Haus Industrie und Handel.

Der Handelsminister hat an die Kestler der hiesigen Kauf-mannschaft einen Erlaß gerichtet, in welchem er unter Anführung der betreffenden Gesetzesbestimmungen verfügt, daß die Wahrnehmung folgender rechtlicher Befugnisse der amtlichen Handelsvertretungen ausschließlich den Handelskammern zusteht:

1. Die öffentliche Ausstellung und Verteidigung von Markenrechten und solchen Gewerbetreibenden der im § 36 der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art, deren Thätigkeit in das Gebiet des Handels fällt;
2. die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und andern dem Handelsverkehr dienenden Bescheinigungen;
3. die Wahl von Mitgliedern der Bezirks-Eisenbahnräte;
4. die Verteilung der öffentlichen Ermächtigung, deren Handels-maller zu Verkäufen oder Käufen bedürfen;
5. das Vorschlagsrecht für die Ernennung von Handels-richtern;
6. die Bestellung von Revisoren zur Prüfung des Gergangs der

Verantwortl. Redakteur: Carl Reich in Berlin. Informativ

Gründung von Aktiengesellschaften und von Kommanditgesellschaften auf Aktien.

Dagegen wird vorläufig den Kestlern die Aufsicht über die Börse noch belassen. Es heißt darüber im Erlaß:

„Die unmittelbare Aufsicht über die Börse wollen Sie ein-stweilen weiterführen. Ich werde sie der hiesigen Handelskammer übertragen, sobald die in dieser Hinsicht noch schwebenden Ver-handlungen zum Abschluß gelangt sein werden.“

Der Morgansche Dampftrakt findet an der Londoner Börse, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, eine sehr ungünstige Beurteilung. Es wurde für die Aktien des Dampftrakts gestern ein Kurs von 8 Proz., für die preferred shares ein Kurs von 50 Proz. genannt. Besonders bemerkenswert ist hierbei, daß der Trakt, dessen eigene Aktien und Vorkaufaktien an der Londoner Börse so geringfügig beurteilt werden, für je 20 Millionen Mark Aktien der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd 8 Proz. Dividende garantiert hat. Für solide Fundiert scheint man nur die 4-prozentigen Bonds des Schiffahrtstrakts zu halten. Einiger-maßen wird allerdings bei der Beurteilung der an der Londoner Börse für die Werte des Schiffahrtstrakts genannten Kurse auch die Opposition in Betracht zu ziehen sein, die sich in England gegen den Morganschen Trakt bemerkbar macht.

Zur Lage der Elektrizitäts-Industrie. In der heutigen General-Versammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hielt Ge-heimrat Rathenau eine längere Rede über die Situation und die Aussichten der Elektrizitäts-Industrie, in der er u. a. ausführte: „Die Mitteilungen aller elektrischen Unternehmungen stimmen darin überein, daß unter der Krise die elektrische Industrie mit am meisten zu leiden hat. Noch scheint die Erkenntnis der Sachlage nicht weit genug gediehen zu sein, um die Wege vorzuzeichnen, auf denen man mit Sicherheit einer Gesundung entgegengehen erwarten kann. Wohl haben sich einzelne Gesellschaften zur Durchführung von Sanierungen entschlossen; doch muß die Zukunft zeigen, ob diese Operationen zu dauernder Heilung führen werden. Die Industrie in ihrer Gesamtheit kann sich von ihnen einen Erfolg nicht versprechen, denn zweifellos werden die zur Verfügung gestellten Mittel zur Fort-führung des erlittenen Konkurrenzkampfes dienen, während eine Besserung der wirtschaftlichen Lage die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Verbrauch zur ersten Voraussetzung hat. . . . Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft sei auch heute noch der Ansicht, daß die elektrotechnische Industrie nur gefunden könne, wenn die Löhnen verringert würden, und hierzu sei eben ein Zusammen-schluß der Werke nötig. Im Augenblick behänden solche Vereinbarungen wegen eines Zusammenstößes nicht. Aber sie können in Zukunft wohl wiederkehren. Ja, Redner würde es für einen großen Erfolg halten, wenn sie, etwa nach amerikanischem Muster, wieder aufgenom-men würden.“

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Tarifbewegung im Buchbindergewerbe. Die Tarifkommission in Stuttgart hat dieser Tage einen Aufruf erlassen, aus dem hervor-geht, daß der gegenwärtig bestehende, zwischen Prinzipalen und Ge-hilfen vereinbarte Tarif im nächsten Jahre abläuft. Wie es heißt, sollen die Kommissionen der Arbeitgeber in Berlin, Leipzig und Stuttgart die Absicht haben, für den neuen Tarif die Accord- sowie die Stundenlöhne um 10 Proz. herabzusetzen. Da die Löhne im Buchbinderberuf ohnehin nur niedrig sind, so dürften die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Lohnherabsetzung wohl nicht zustimmen, und es scheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß es, wenn die Arbeit-geber an ihrem Plan festhalten, im nächsten Jahre zu einem ernstem Konflikt kommt.

In der Stoffabrik Viehmeier Köln a. Rh. sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma versucht schlechtere Accordpreise einzu-führen. Da man schon verurteilt hat, besonders in Berlin und Damburg Stockdieger für Köln zu gewinnen, so seien die Kollegen hierauf aufmerksam gemacht. Der Jubel ist ferngehalten.

Schulmacher. In den Schuhfabriken von Gumbay u. Urban so-wie Jhls u. Paque in Birmanien sind die sämtlichen dort beschäf-tigten Jwider in den Ausstand getreten.

Ausland.

Die Bergleute von Carmauz, die letzten, welche sich im Streik be-fanden, sind nun ebenfalls zu einer Verständigung mit den Unter-nehmern gelangt. Ihr Fürsprecher, der sozialistische Abg. Bibiani, erreichte das Zugeständnis, daß vom 1. Januar 1903 bis 1. Januar 1904 eine Prämie von 5 Proz. weiter gezahlt werden soll. 14 Tage vor Ablauf dieser Frist haben sich die Unternehmer darüber zu äußern, ob der Kontrakt weiter bestehen soll. — Im Loiregebiet scheinen die Unternehmer, welche bekanntlich entgegen den Abmachungen einen Teil der Arbeiter, und zwar waren es die Führer derselben, nicht wieder eingestellt hatten, den Vorstellungen der Schiedsrichter nach-gesogen zu wollen.

Der Streik der Seelente in Marseille wird berichtet: Am Donnerstag hielt das Streikomitee der Seelente eine Versammlung ab, in welcher über die von den Gesellschaften gestellten Bedingungen beraten wurde. Es wurde beschlossen, auf dieselben nicht ein-zugehen; eine diesbezügliche Mitteilung wurde sofort an die Aus-ständigen erlassen.

Nach dem „Temps“ sind von Toulon gemäß dem Beschluß des Ministerrats die ersten Matrosen der Kriegsmarine nach Marseille abgegangen, um hier die Besatzung von sechs Pafesbooten zu über-nehmen. Eine Abordnung der Ausständigen hat sich nach Toulon begeben, um auch dort die Seelente zur Einstellung der Arbeit zu bewegen, was ihnen auch gelungen ist.

Der Steinhanerstreik in Kristiania hat mit einer Niederlage für die Arbeiter geendet. Die Unternehmer haben ihre Weigerung, die Streikbrecher zu entlassen, aufrecht erhalten, und da nun die Stellen größtenteils besetzt sind, hielten es die Streikenden nicht für aus-gebracht; einen neuen Tarif mit den Unternehmern auf Grund der reduzierten Löhne einzuführen. Die Streikenden haben übrigens größtenteils andern Orts Arbeit angenommen.

Sociales.

Kautskisches Anerkenntnis der Not.

Der „Reichs-Anzeiger“ giebt einen Auszug aus den Jahres-berichten der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Darin heißt es: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr ganz erheblich verschlechtert. Die Löhne sind im Laufe des Berichtsjahres fast durchweg beträchtlich gesunken. Die Lebens-haltung der Arbeiter hat dieser Ausfall an Verdiensten im allgemeinen um so ungünstiger beeinflusst, als die Lebensmittelpreise zugleich erheblich gestiegen sind.“

Während man von verantwortlicher reichsamtlicher Stelle konstatiert, daß die Löhne beträchtlich gefallen und die Lebensmittelpreise erheblich gestiegen sind, ist man drauf und dran, mit allen Mitteln der Gewalt den Wandertarif durchzudrücken, der die Preise der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel der Arbeiter abermals erheblich steigern muß. Und da überdies die Löhne noch weiter in fortwährendem Fall begriffen sind, kann man die Gewissenlosigkeit er-messen, die in dieser Politik liegt. Sie wäre verrückt zu nennen, wenn man nicht wüßte, daß ihre Triebfeder nur der nackte Egoismus ist.

Die Ausstellung für Arbeiter-Wohlfahrt, ein Reichs-Unternehmen, das dem Zwecke der Weiterbildung der Unfallversicherung und Gewerbe-hygiene dienen soll, wird in einigen Monaten eröffnet werden. Zur Förderung der Zwecke des Unternehmens ist ein „Beirat“ gebildet worden, der aus folgenden Herren besteht: Dr. Albrecht, Professor, stellvertretender Geschäftsführer der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrt-Einrichtungen; Bauer, Ingenieur, technischer Aufsichts-Beamter der Nahrungsmittel-Industrie-Verufsgenossenschaft

Verantwortl. Redakteur: Th. Glode in Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

zu Mannheim; Werner, württembergischer Gewerbe-Inspektor; Dr. Wittmann, Vorstand der badischen Fabrikinspektion; Doehmer, preussischer Gewerbe-Rat, Dypeln; Dr. Grund, Generaldirektor der badischen Kalk- und Sodafabrik; Dr. Vurf-hardt, Regierungsrat im kaiserlichen Gesundheitsamt; Engel, hessischer Gewerbe-Inspektor; Haber, Vorstandsmitglied der Süd-westdeutschen Holz-Verufsgenossenschaft zu Stuttgart; Felisch, Baumeister, nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts; Fischer, Weber, stellvertretendes nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts, Gera; Freudenberg, Ingenieur, Offen; Fria, vortragender Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe zu Berlin; Gerhardt, Architekt, stellvertretendes nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts, Oberfeld; Gutheit, Schlosser, nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts, Berlin; Happich, Former, stellvertretendes nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts, Stettin; Sobapp, Brauer, stell-vertretendes nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts, Weihenstephan bei Berlin; Kunze, sächsischer Regierungsrat zu Chemnitz; Dr. Lachmann, Justizrat, Vorsitzender der Norddeutschen Metall-Verufsgenossenschaft zu Berlin; Dr. Leh-mann, preussischer Gewerbe-Rat, Wiesbaden; Pfarrnus, Direktor im Reichs-Verufsgenossenschaftsamt; Rösicke, Generaldirektor der Schulküche Braueri; Sidel, Ingenieur, technischer Aufsichts-beamter der Rheinisch-Westfälischen Textil-Verufsgenossenschaft zu München-Gladbach; Simon, Gewerbe-Inspektor, Düsseldorf; Specht, Ingenieur, technischer Aufsichtsbeamter der Norddeutschen Eisen- und Stahl-Verufsgenossenschaft zu Berlin; Stügelmaier, Tischler, stellvertretendes nichtständiges Mitglied des Reichs-Verufsgenossenschafts, Berlin; Dr. Wolff, Gewerbe-Aufsichtsbeamter und technischer Referent der Ministerial-Abteilung des Innern zu Straßburg; Jervass, Steinbruchs-Besitzer, Vorsitzender der Stei-nbruchs-Verufsgenossenschaft zu Köln a. Rh.

In Kopfschmerzen bewilligten die Stadterordneten Dresden's 100 000 M. Es sollen Elbregulierungsarbeiten vorgenommen werden.

Der „freiwillige“ Bericht auf die Ruhezeit.

So wie die deutsche Gewerbe-Ordnung, so wie die Bundesrats-Bekanntmachung zum Schutze der Gastwirtsgehilfen, so bestimmt auch das Wirtschaftsrecht des Kantons Zürich, daß den Bediensteten eine Ruhezeit gewährt werden muß. Nach vielfachen Bestrafungen wegen Verletzung dieser Vorschrift verfielen, wie uns von unserem schweizerischen Korrespondenten geschrieben wird, auch die Wirte im Kanton Zürich auf die saule Anrede, daß sie nicht strafbar seien, wenn die Kellnerinnen während der Ruhepause freiwillig im Lokal bleiben. Das Züricher Obergericht hat ihnen jedoch diese Suppe versalzen, indem es entschied, daß die Wirtschaftsbediensteten während der Ruhepause die für die Gäste bestimmten Lokalitäten zu ver-lassen haben. Die Züricher Gastwirte sind an dieser verurteilten Entscheidung natürlich nicht zu Grunde gegangen.

Verfammlungen.

Kummelsburg. Der Bericht über die am Donnerstag ab-gehaltene Protestversammlung ging uns verspätet zu, wir tragen ihn deshalb nach: Die Versammlung tagte im Weigelschen Lokale und war sehr zahlreich, auch von Frauen, besucht.

Der Referent Stöckle legte in markigen Ausführungen dar, wie im Reichstage durch die Mehrheit das Recht und die Geschäfts-ordnung umgestürzt wurden, um einer Clique von Nachkommen der Maubritter und Wegelagerer durch das Wucherrecht die Taschen zu füllen. Der zweistündige Vortrag wurde mit großem Beifall auf-genommen.

Die allgemeine Resolution wurde mit folgendem Zusatz ange-nommen: „Außerdem protestieren die Anwesenden energisch gegen die Ausschließung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Singer von der Sitzung am 4. Dezember, und zwar deshalb, weil derselbe im Recht war, wenn er das Wort verlangte und erhalten hätte, was ihm vom Präsidenten Ballestrin auch zugesagt war. Jedoch schlug der Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode dem Recht ins Gesicht, gab dem Abgeordneten Singer das Wort nicht, sondern schloß ihn von der Sitzung aus.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Scharfmacherkurs.

Dresden, 5. Dezember. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Gegen die zum 13. Dezember geplanten 23 Protestversammlungen kündigt das amtliche „Dresdener Journal“ unerbittlichste Strenge gegen auf-rührerische Agitation im Lande an.

Die Brüsseler Jüdenkonvention.

Paris, 5. Dezember. (B. Z. V.) Die Deputiertenkammer nahm die Beratung der Vorlage betreffend die Jüdensteuer wieder auf und stimmte derselben mit 337 gegen 14 Stimmen zu.

Coutant befrwortet einen Antrag, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, eine Vorlage betreffend Monopolisierung der Massinierung des Jüdens durch den Staat einzubringen. Finanz-minister Rouvier spricht gegen den Antrag, der mit 297 gegen 223 Stimmen abgelehnt wird.

Die Kammer geht sodann zur Beratung der Brüsseler Kon-vention über. Finanzminister Rouvier tritt für dieselbe ein, ist jedoch im Zweifel darüber, ob hierdurch die Kartelle in Deutschland und Oestreich unterdrückt werden würden. Die Jüdenindustrie habe in diesen Ländern bessere Existenzbedingungen. Cailaux erklärt die Aus-führungen des Ministers für unzutreffend. Ribot fragt an, ob der französische Jüden auf dem englischen Markt mit dem Jüden aus den englischen Kolonien werde in Wettbewerb treten können. Es werde für die französische Jüdenindustrie verhängnisvoll sein, wenn ihre der englische und amerikanische Markt verschlossen sei. Auch werde die Konkurrenz Deutschlands und Oestreichs immer gefährlicher, man müsse daher den Konsum im Inlande heben und hierzu sei eine Herabsetzung des Jüdenpreises notwendig. Cailaux führt aus, er habe, als er die Brüsseler Konvention unter-zeichnete, geglaubt, daß der Jüdenindustrie und Oestreich hätten durch einen Dienst erwiese, denn Deutschland und Oestreich hätten durch die Gewährung von Prämien die Jüdenfrage völlig umgestaltet.

Cailaux fährt fort, die Brüsseler Konvention sei die erste Maß-nahme gegen die Kartelle und Trusts. Um sich gegen die Trusts zu wehren, müsse man die Zölle nach internationaler Verständigung herabsetzen. Meilme ruft dazwischen: Schaffen Sie doch die Zölle ab! Cailaux erwidert: Vor zehn Jahren hat Leon Say das aus den Zolltarifen entstehende Unheil vorausgesagt und Meilme dafür verantwortlich gemacht. Meilme entgegnet auf diese Bemerkung: Wenn ich schuldig bin, halte ich drei Viertel dieser Kammer zu Mit-schuldigen. Nachdem mehrere Redner die von ihnen eingebrachten Abänderungsanträge begründet haben, werden die Entwürfe, gleich-falls durch Handausheben, angenommen.

Holländische Vieheinfuhr nach Deutschland.

Haag, 5. Dezember. (B. Z. V.) Zweite Kammer. Auf eine Interpellation des Abg. Jers über die Einfuhr von Vieh nach Deutschland erwiderte der Minister, Deutschland widerstehe sich der Öffnung der Grenzen, er werde sein Möglichstes thun, um die Ansicht Deutschlands zu ändern. —

Gesetzlicher Minimallohn.

London, 5. Dezember. (B. Z. V.) Der sozialistische Abgeordnete Keit Hardy wird in der nächsten Unterhandlung einen Antrag einbringen, wodurch die Regierung ersucht wird, allen Arbeitern einen Minimallohn von 1 1/2 Pfd. Sterl. bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden und 6 Arbeitstagen in der Woche zu sichern.

Triest, 5. Dezember. (B. Z. V.) Seit voriger Nacht wüthet eine heftige Bora, die in den Morgenstunden noch bedeutend zu-genommen hat. Die Küstenschiffahrt ist unterbrochen. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahn ist eingestellt.

Diersen & Bellegen.

Reichstag.

230. Sitzung. Donnerstag, den 4. Dezember 1902, (Schluß der Donnerstags-Sitzung).

Am Bundesratsstisch: Graf v. Posadowski. Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird bei § 1, 1 fortgesetzt.

Abg. Gothein (fr. Vg.) beschwert sich, daß ihm keine Zeit gelassen sei, die Stenogramme zu korrigieren. Dazu müsse Zeit außerhalb der Sitzungszeit gewährt werden. Er habe das Recht, auf Verlegung.

Abg. Freiherr v. Heyl (natl.): Die Ungenauigkeit der Stenogramme hängt mit der Länge der Gothein'schen Rede zusammen. Ein und dasselbe Organ ermüdet die Stenographen.

Abg. Stadthagen (Soz.): In Zwischenrufen wird gerade auf Seiten der Mehrheit Empfindendes gesehelt. Dem Abg. Heine ist vorhin von einem nationalliberalen Abgeordneten zugerufen worden: Kann man denn da oben nicht eine hinbauen? (Wulff-Hufe links.) Wir selber ist zugerufen worden: Frecher Jude! (Liebermann v. Sonnenberg meldet sich zum Wort. (Heiterkeit.) Die Herren sind so feig, sich nicht zu melden, sie thun es im allgemeinen Gehör. Einen ehrlichen anständigen Menschen können diese Leute damit nicht beleidigen. (Bravo links.) Ich finde die Angriffe des Abg. v. Heyl gegen Herrn Gothein unerhört. Die Mitglieder der Mehrheit sind von den Herren der Mehrheit zur Uebernahme der Referate geradezu gedrängt worden. (Sehr richtig.) Der Redner verlangt möglichst schnelle Vorlegung der amtlichen Abstimmungslisten, damit man sehen könne, ob Abg. Stockmann für seinen eignen Antrag gestimmt habe.

Abg. Bebel: Auf allen Seiten des Hauses sind böse Ausdrücke in dieser erregten Debatte gefallen, das ist die Folge der Art und Weise, in der Sie jetzt gegen alle sonstige Ordnung die Verhandlungen führen. Aus der Mitte der Antisemiten sind Ausdrücke gegen meine Parteigenossen Sturm und Stadthagen gefallen, wie sie stärker und niedriger in diesem Hause noch nicht erlebt sind. Es ist so weit gekommen, daß ein Abgeordneter von der äußersten Rechten bis in unsere nächste Nähe gekommen ist und sich uns gegenüber an die Stirne gefaßt hat. Man sagt, er habe diese provozierende Handbewegung nur gemacht, weil er annahm, wir würden die Fassung vertieren und uns thätlich an ihm vergreifen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es war das ein Herr, der in seinem sonstigen Beruf stets über die Rechte der Sozialdemokratie ratiōniert.

Herr v. Heyl scheint noch nicht einmal zu wissen, daß die Stenographen nur zehn Minuten lang jede Stunde stenographieren, also ihnen ganz gleich sein muß, ob ein Abgeordneter zwei Stunden oder weniger spricht. Diese Unkenntnis liegt vielleicht darin, daß Herr v. Heyl so selten hier im Hause anwesend ist. Wenn selbst die amtlichen Stenographen des Abgeordnetenhauses vertragen, so beweist das, daß schon eine sechsstündige Sitzung so lang ist. Aber für sie keine Bezahlung. Gestern nahmen Sie jedenfalls an, daß wir heute durch die 27 Versammlungen verhindert sein würden. Ich kann Ihnen versichern, daß wir gestern noch nach 10 Uhr eine Plenarsitzung hatten und beschlossen haben, daß keiner von uns eine Einladung zu einer dieser Versammlungen annimmt. Wir sind also noch immer drei Rasenlängen voraus. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Böttig: teilt mit, daß das Resultat der Abstimmung vorliegt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Herr Stadthagen hat sich über Handbewegungen von der rechten Seite des Hauses getroffen gefaßt. Er darf nicht voraussetzen, daß die unmaßnahmlischen Gesten, die seine Rasie seit Jahrtausenden auszeichnen, auf die rechte Seite des Hauses übergegangen sind.

Vizepräsident Böttig: Von der Rasie eines hier anwesenden Abgeordneten haben Sie nicht zu sprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Herr Stadthagen hat das provociert, er durfte von der Erziehung im Pferdestall sprechen, ohne zur Ordnung gerufen zu werden.

Vizepräsident Böttig: Herr Stadthagen hat keinen Abgeordneten genannt, während Sie sich direkt gegen den Abg. Stadthagen wenden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Herr Stadthagen hat es damals als Feigheit bezeichnet, wenn sich der nicht melde, der Jude gerufen habe. Ich habe gerufen: Sehen Sie nun, daß die Juden unser Unglück sind, da kommt ein Jude nach dem andern. Herr Bebel hat von bösen Worten gesprochen, die von Antisemiten gerufen seien. Welche waren das denn, will Herr Bebel es nicht sagen? (Abg. Bebel: Nun, Juden runter!) Ja, Herr Bebel, Jude ist in der That ein böses Wort in Deutschland geworden. (Große Heiterkeit rechts.) Wenn man die Geschäftsordnung ändern will, muß man anfangen mit § 60, der dem Präsidenten das Recht erteilt, einen Abgeordneten aus dem Saale zu verweisen. Man hat angenommen, daß diese Bestimmung genügen würde. (Sehr gut! rechts.) daß ein Deutscher darauf ohne weiteres eingehen würde. Ich darf ein bestimmtes Wort nicht in den Mund nehmen, aber ich glaube, daß dies Wort die Erklärung zu dem Verhalten giebt, daß wir heute erlebt haben. (Sehr gut! rechts.) Darum soll man diese lex imperatoria, den § 60, zuerst ändern und dem Präsidenten die Vollmacht erteilen, wenn es nicht anders möglich ist, die Hinzuweisung so vollständig lassen zu können, wie man durch einen Hausdiener einen zudringlichen Hausierer hinauswirft. (Bravo! bei den Antisemiten und rechts.)

Abg. Heine (Soz.): Es ist mir berichtet worden, daß ein Herr von den Nationalliberalen, dessen Verion mir wegen seiner konstanten Schwelgerei aus diesem Hause, noch gar nicht bekannt war, eine Bemerkung über mich gemacht haben soll. Die allem was Ordnung und Sitte dieses Hauses erheischt, durchaus widerspricht. Ich habe auch erfahren, daß die eignen Parteigenossen dieses Herrn ihn schon vorgekommen haben. Ich will mir erklären, daß derartige Ausdrücke auf die zurückfallen, die sie anzuhören beabsichtigen und mich in keiner Weise berühren. Außerdem habe ich den Herrn näher gesehen und gehört und nach dem wie er sich da betragen hat, muß ich annehmen, daß er in einem Zustande war, wo er nicht mehr recht wußte, was er that und redete. (Sehr wahr! links.)

Abg. Dr. Kropatsch (L.): Herr Bebel hat vorhin offenbar mich gemeint, er hätte ruhig meinen Namen nennen können. Ich hätte vorgelesen, als die Stimmen gezählt wurden, das Bedürfnis, mit einem der Herren von der Linken, z. B. Herrn Fischel, zu sprechen, und als ich bei den Sozialdemokraten vorbeiging, hörte ich ein ganz wunderbares Getöse. Ich hörte, wie einige der Herren Sozialdemokraten fortwährend in rhythmischer Weise sagten: Debatte, Debatte, Debatte. Ich drehte mich um und mit der von Herrn Bebel erwähnten Handbewegung an die Stirn sagte ich: Sind Sie verrückt? (Große Heiterkeit rechts.) Wenn die Herren das mit Bewußtsein gethan haben, dann erlaube ich mir kein Urteil über ein solches Verhalten. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Herr. Heyl zu Herrnsheim (natl.): Ich habe nur behauptet, daß Herr Gothein sich an sehr heftigen Ausdrücken beteiligt hat. Man muß unterscheiden zwischen Zwischenrufen, die so gemacht werden, daß nur der Nachbar sie hört, und Zwischenrufen im Chor, wie sie die Linke gethan hat. Nach dem Zeugnis des „Vorwärts“ ist da im Chor gerufen worden: Räuberbande! Inhäler! (Aufrechter: Wulff!) Ich lasse mir das nicht mehr gefallen. (Stürmisches Bravo! bei der Mehrheit.) Wir müssen die Geschäftsordnung ändern (Stürmisches Bravo! bei der Mehrheit.) nach französischem Muster. Wenn ein Abgeordneter den andern beleidigt, muß er auf mindestens drei Tage von der Sitzung ausgeschlossen werden und dieser Beschluß muß auf seine Kosten bei allen seinen Wählern verbreitet werden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Bebel (Soz.): Wenn einmal die Herren die Geschäftsordnung ändern, empfehle ich Ihnen noch folgende Bestimmung: Wer in frivolster Weise den Sitzungen des Hauses fernbleibt, um seinen Vergnügungen nachzugehen, verliert sein Mandat, weil er in frivolster Weise seine Pflicht nicht erfüllt. (Stürmischer Beifall bei der Opposition.) Dazu gehören Sie, Herr Heyl zu Herrnsheim. (Stürmischer Beifall bei der Opposition.)

Vizepräsident Böttig ruft Bebel zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend): Herr von Heyl hat sich auf den „Vorwärts“ berufen; aber dieser hat festgestellt, welche Ausdrücke auf der rechten Seite des Hauses gefallen sind. Als vorhin die Herren drüben Singer im Chor: Jude runter! Jude raus! zurielen, hat Herr Kropatsch den Takt geschlagen, Herr Kropatsch, der durch sein lautes Riefen die Verhandlungen hier stört, wie ich es noch von keinem anständigen Menschen gehört habe.

Vizepräsident Böttig ruft Bebel zur Ordnung. (Stufe rechts: Zum zweitenmal! Auf links: Demuzianten!) Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache sie auf die Folgen aufmerksam. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Man hat wieder darauf verwiesen, daß Singer der Aufforderung des Präsidenten, den Platz zu verlassen, nicht Folge gegeben hat. Ich glaube, vom Abgeordneten Boeren ist die betreffende Bestimmung der Geschäftsordnung so ausgelegt worden, daß kein körperlicher Zwang, sondern nur ein verstärkter Ordnungsruf damit beabsichtigt sei. Singer ist der Aufforderung des Präsidenten nur darum nicht nachgekommen, weil er das Gefühl hatte, daß ihm das bitterste Unrecht geschehen sei. Da wir der gleichen Auffassung waren, haben wir ihn in seinem Verhalten bestärkt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Ulrich (Soz.) kommt auf einen Zwischenruf der Rechten zurück, der auf die Notiz der „Germania“ angeführt hatte, er sei in der bekannten Sitzung vom 27. November betrunken gewesen. Er sei über den Vorwurf, den die aus den Fingern geflossene Behauptung enthalte, für jeden, der ihn kenne, erhaben. Er wolle nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Die Herren mögen in sich gehen und sich fragen, ob ein solches Verhalten fair sei oder nicht. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.) erhält das Wort zu seinem Referat über die Positionen 245—202 (Wachs, Fettsäuren, Paraffin, Kerosinöl, Lichte, Seifen u.). Die Abgg. Kropatsch und Gothein hatten sich zur Geschäftsordnung gemeldet, ihre Meldung ist aber vom Vizepräsidenten Böttig überhört worden.

Vizepräsident Böttig schlägt nunmehr dem Hause die Vertagung vor. (Es erfolgt kein Widerspruch.)

Es folgen noch persönliche Bemerkungen zwischen dem Abg. Kropatsch und dem Abg. Bebel.

Abg. Kropatsch giebt zu, den Takt geschlagen zu haben, er will es aber zu den rhytmischen Ausdrücken der Linken „zur Geschäftsordnung!“ gethan haben.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. (1. Besprechung des Abg. Bebel über den Ordnungsruf in der Sitzung am 3. Dezember. 2. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 11 1/2 Uhr.

231. Sitzung.

Freitag, den 5. Dezember 1902. 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beschlußfassung über den Protest des Abg. Bebel gegen den ihm vom Vizepräsidenten Grafen Stolberg am 3. Dezember erteilten Ordnungsruf, weil er die Erklärung des Grafen Posadowski als „unpassend“ zurückgewiesen habe.

Die Beschlußfassung besteht in einer Abstimmung, die auf Antrag Singer (Soz.) eine namentliche ist.

Der Einspruch des Abg. Bebel wird mit 188 gegen 68 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen zurückgewiesen, der Ordnungsruf ist also vom Hause als berechtigt anerkannt.

Präsident Graf Ballestrem: Wir haben gestern das Referat gehört über die Positionen 245—202. Der Abg. Wolfenbühl beantragt, diese Positionen zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zu verweisen.

Abg. Wolfenbühl (Soz.) begründet ausführlich die Notwendigkeit, daß über die genannten Positionen (Zette, Oele, Wachs und unter Verwendung von Fetten, Oelen, Wachs hergestellte Waren) schriftlich berichtet werde.

Präsident Graf Ballestrem: Abg. Dr. Stockmann beantragt, dieselben Positionen zur nochmaligen Erörterung und schriftlichen Berichterstattung an eine Kommission zu verweisen. Abg. Dr. Spahn beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag.

Abg. Dr. Spahn (L.): Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Stockmann (Rp.): Mein Antrag bezweckt lediglich, zu verhindern, daß nachher noch von der Linken die Verweisung der Positionen „zur Erörterung“ — diese Worte fehlen im Antrag Wolfenbühl — beantragt wird. Ich selbst halte das Referat meines Freundes v. Kardorff für durchaus genügend, bitte aber die Herren, die durch die Ausführungen des Abg. Wolfenbühl überzeugt sein sollten (Sehr gut! rechts), gegen den Antrag Spahn zu stimmen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Singer (Soz.) eine namentliche; sie ergibt die Annahme des Antrages mit 207 gegen 71 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen.

In Vertretung des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) erstattet darauf

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.) den Bericht der Kommission über die Positionen 268—315 (chemische Grundstoffe, Säuren, Salze und sonstige Verbindungen chemischer Grundstoffe). Der Referent beginnt seinen Bericht um 11 Uhr 8 Min. und beendet ihn um 11 Uhr 50 Min.

Abg. Hoch (Soz.): So sehr ich die Nützlichkeit des Referates anerkenne, so ist es doch für einen Referenten ganz unmöglich, bei einer Zusammenfassung so zahlreicher wichtiger Positionen in einem mündlichen Berichte alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte darzulegen. Der Antrag v. Kardorff bezieht sich auf die „endgültigen“ Beschlüsse der Kommission. Die Beschlüsse der Kommission waren aber bei diesen Positionen gar keine „endgültigen“; man hat in der Kommission ausdrücklich auf eine ausführliche Beratung in zweiter Lesung verzichtet und sich die endgültige Stellung für die zweite Plenarsitzung vorbehalten. Um so notwendiger ist das Vorlesen eines schriftlichen Kommissionsberichts für das Plenum. Der Sodazoll insbesondere ist von der Kommissionsmehrheit nur provisorisch angenommen worden; das ist doch ein direkter Widerspruch mit dem Antrag v. Kardorff. Die Dringlichkeit hat ein Recht auf sachliche, materielle Behandlung dieser wichtigen Fragen, sie hat ein Recht auf Klarstellung dieser Verhältnisse. Die Soda-Weltproduktion liegt in den Händen einer einzigen Interessengruppe; eine einzige Firma, Solbay u. Co., produziert drei Viertel der gesamten Weltproduktion. Von den riesigen Profiten, die dieser Firma durch den Sodazoll zufließen, erhalten die Arbeiter nicht mehr als einen Hungerlohn. Ich bitte Sie deshalb dringend, meinem Antrag auf Zurückverweisung der Positionen 285 (Soda) und 290 (Chloralkali) zur schriftlichen Berichterstattung an die Vollkommission zuzustimmen. So viel an meiner Partei liegt, sind wir gern bereit, diese Fragen mit der Gründlichkeit zu behandeln,

die der Wichtigkeit der auf dem Spiele stehenden Interessen entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Während der Ausführungen des Abg. Hoch hat Staatssekretär Graf Posadowski am Bundesratsstisch Platz genommen, auch Staatssekretär Freierich von Thielmann läßt sich auf ein paar Augenblicke im Saale sehen.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Anger dem Antrag Hoch sind eingegangen ein Antrag Stockmann, die Positionen 268—315 zur nochmaligen Erörterung und schriftlichen Berichterstattung an eine Kommission zu verweisen und ein Antrag Dr. Spahn auf Uebergang zur Tagesordnung über beide Anträge.

Abg. Dr. Spahn begründet kurz seinen Antrag, Abg. Dr. Stockmann (Rp.) spricht ebenso kurz dagegen.

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Singer eine namentliche; sie ergibt die Annahme des Antrages mit 211 gegen 72 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Um 12 Uhr 35 Minuten beginnt

Abg. Dr. Wenner (natl.) das Referat über die Positionen 316 bis 344 (Farben und Farbstoffe, Firnisse, Lade, Rüte). Er beendet sein Referat um 12 Uhr 47 Minuten.

Abg. Dr. Stockmann (Rp.) stellt den Antrag auf Verweisung der Positionen an eine Kommission.

Abg. Dr. Spahn (L.) beantragt einfache Tagesordnung darüber. Vizepräsident Graf Stolberg: Wir kommen zur Abstimmung.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

(Das Haus ist fast leer, Vizepräsident Graf Stolberg wendet sich zu den Schriftführern und konferiert mit ihnen längere Zeit. Während dessen spielen die Glocken und die Abgeordneten kommen vom Mittagessen allmählich in den Saal. Die Sozialdemokraten fordern den Präsidenten durch lebhaftes Zurufe auf, sich über den Zweifel an der Beschlußfähigkeit zu äußern.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Das Bureau kann sich nicht einigen. (Als Schriftführer fungieren die Abgg. Hinzburg, Krebs, Giegelski und Dr. Hermes. Große Unruhe links und erneute lebhaftes Zurufe: Hammelsprung.) Endlich erklärt

Vizepräsident Graf Stolberg: Nachdem eine genügende Anzahl von Abgeordneten im Saale anwesend ist, sind die Schriftführer einig, daß das Haus beschlußfähig ist. (Unruhe links.) Die nunmehr erfolgende Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Spahn.

Abg. Gothein: Ich habe keinen Antrag auf Verweisung von Positionen an die Kommission gestellt, da mir doch bekannt war, daß Herr Stockmann das seinerseits thun würde. Ich halte aber doch das Referat des Herrn Dr. Wenner für ein sehr dürftiges und möchte ihn bitten, verschiedene Punkte aus den Kommissionsverhandlungen, die er übersehen hat, noch zu ergänzen. Redner geht ausführlich auf den Inhalt einzelner Positionen ein.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Frage der Zurückverweisung der Positionen an die Kommission bereits abgeschlossen ist. Sie können jetzt nur noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Referent seinen Bericht ergänzt.

Abg. Gothein: Das thue ich ja auch. Wenn ich dem Referenten klar machen will, daß sein Referat nicht ausreichend war, so muß ich doch auf die Punkte, die er übersehen hat, eingehen. Ich habe doch nicht die Verpflichtung, dem Herrn Referenten unter vier Augen ein Privatgespräch zu halten. (Sehr gut! links.) In seinen weiteren Ausführungen wird Redner dann nicht mehr unterbrochen.

Abg. Stadthagen (Soz.) weist ebenfalls eingehend auf verschiedene Punkte der Kommissionsverhandlungen hin, die der Referent in seinem Bericht übersehen habe, und ersucht den Referenten, diese Punkte in einem Nachtragsreferat ergänzen zu wollen.

Darauf erstattet

Abg. Burg (L.) den Bericht über die Positionen 345—367 des Tarifs (Weißer, Alkohol, ätherische Oele, künstliche Nahrungsmittel, Parfümerien und kosmetische Mittel, künstliche Düngemittel, Sprengstoffe, Schießbedarf und Rindboaren). Dies Referat währt von 1 Uhr 29 Minuten bis 1 Uhr 57 Minuten.

Abg. Dr. Stockmann (Rp.) beantragt Zurückverweisung dieser Positionen an eine Kommission, Abg. Dr. Spahn (L.) Uebergang zur Tagesordnung darüber.

Der Antrag Dr. Spahn wird in namentlicher Abstimmung mit 164 gegen 78 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Abg. Hoch (Soz., zur Geschäftsordnung) bemängelt die Unklarhaftigkeit des Referates und erwähnt verschiedene Punkte der Kommissionsverhandlungen, auf die der Berichtsteller nicht eingegangen sei. Er vermißt besonders eine genaue Wiedergabe der Kommissionsverhandlungen über den Zoll auf Superphosphat.

Vizepräsident Böttig: Sie haben sich zum Wort zur Geschäftsordnung gemeldet, um eine Bitte auszusprechen auf Vervollständigung des Berichtes. Das Wort zur Geschäftsordnung hat Ihnen erteilt werden müssen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß es vom Referenten abhängt, ob er geneigt ist, die gewünschte Vervollständigung zu geben. Daß Sie aber lange Auseinandersetzungen aus den Beratungen der Kommission geben, das halte ich meinerseits nicht für zulässig! (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch: Ich werde mich entsprechend Ihrer Anweisung verhalten. Wenn ich aber den Referenten um weitere Auskunft bitte, so muß ich doch natürlich klar machen, was ich meine.

Vizepräsident Böttig: Was zur Begründung der Sache, zu der Sie sich gemeldet haben, gehört, darüber muß ich mir allein das Urteil vorbehalten. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Hoch bittet den Referenten um weitere Vervollständigungen seines Berichtes speziell in Bezug auf Pulverböller.

Abg. Stadthagen (Soz.) äußert weitere Wünsche an den Berichtsteller um nachträgliche Darstellung einiger Vorgänge aus der Kommission.

Um 2 Uhr 32 Min. beginnt

Abg. Anrich (Soz.) sein Referat über die Positionen 368—388 (Glasfaser, Leim, Arcosol, verdichtete Gase, Chloroform, künstliche Süßstoffe, Balsame, Arzneiwaren und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse, Geheimmittel). Der Berichtsteller macht im Eingang folgende Bemerkungen: Ich gestehe nach dem Schicksal mehrerer meiner Vorgänger, daß ich die Tribüne mit einem gewissen Grauen betreten habe. (Heiterkeit.) Man wird das verständlich finden. Da auch diejenigen meiner Vorgänger, die ausführlicher berichtet haben, keine allseitige Rufbereitschaft erregt haben, so werde ich mich bemühen, die Verhandlungen der Kommission möglichst eingehend darzustellen. Wenn ich trotzdem etwas vergeffen sollte, so möchte ich diejenigen, die sich dafür interessieren, doch um alles in der Welt bitten, hier vorzutreten und ihre Vorschläge an meinem Referat vorzubringen. Ich bin im Gegensaß zu meinen Vorgängern sehr gern bereit, über alle Vorgänge Auskunft zu geben. (Bravo! links.) — Während des Referates setzen sich die Bänke der Mehrheit fast ganz.

Um 3 Uhr 30 Minuten sind anwesend 5 Nationalliberale, 10 Centrumsabgeordnete und etwa 15 Mitglieder der Rechten. Auf den drei Sofas, die sich im Saale befinden, liegen je zwei Abgeordnete im tiefen Schlaf. Ein besonders der Erholung bedürftiges Mitglied der äußersten Rechten hat sich lang ausgelehrt und zum Schutze gegen das elektrische Licht das Gesicht mit dem Taschentuch bedeckt.

4 Uhr. Die Präsenzliste der Nationalliberalen ist mittlerweile auf 20 gestiegen, dafür haben sich von den Konservativen 8 entfernt, das Centrum ist in unverminderter Schwäche vertreten.

Um 4 Uhr 15 Minuten schließt Abg. Anrich sein Referat mit folgenden Worten: Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn

mein Referat so kurz ausgefallen ist. Ich wurde seiner Zeit in der Kommission nur am Schlusse der Verhandlungen gebeten, doch über die Petitionen zu berichten, hatte mir also während der Verhandlungen keine ausführlichen Notizen machen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich war deshalb darauf angewiesen, den Bericht aus dem Gedächtnis zu machen, und konnte nur das sehr dürftige amtliche Protokoll benutzen, das bei dem Aufmarsch der Referenten, der jetzt hier erfolgt, auch fast immer vergiffen war. Ich bitte deshalb nochmals dringend, daß ich auf etwaige Mängel meines Referats aufmerksam gemacht werde, um das Fehlende ergänzen zu können. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Bod (Soe.): Wenn auch das Referat des Herrn Antragsführer das ausführlichste und beste Referat war, das wir gehört haben, so sehe ich mich doch genötigt, einige Fragen an ihn zu richten. Redner geht darauf in längeren Ausführungen auf einige Punkte der Kommissionsverhandlungen ein.

Präsident Graf Ballestrem: Es liegt mir ein Antrag auf Vertagung vor von den Abgg. v. Nordhoff (L.), Spahn (Centr.), Waffermann (natl.) und v. Kottmann (L.). Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung zu halten Dienstag, den 9. Dezember, mittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung: 1. Beratung des Antrages Gröber u. Gen. betreffend Abänderung der Geschäftsordnung. 2. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Köstke-Deffau: Ich nehme an, daß der Vorschlag des Herrn Präsidenten wohlwollender ist. Es wird mir daher sehr schwer, mich dagegen auszusprechen. Aber es ist doch in den nächsten Tagen so häufig von den Mehrheitsparteien der Minorität zum Wort geführt worden, daß sie beabsichtige, die Verhandlungen zu verschleppen, ein Vorwurf, der ganz unberechtigt ist (Widerspruch rechts, sehr richtig! links), weil wir nichts weiter wünschen, als den Rolltarif sachlich zu verhandeln. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir es bedauern, daß morgen wieder eine Sitzung ausfallen soll. Die Folge wird sein, daß in den wenigen Tagen der nächsten Woche die Herren, die nach Herrn v. Kröcher durch Fasanen- und Hasenjagden abgehalten werden, sich wieder bemühen werden, die Verhandlungen zu überstürzen und uns zwingen, hier Sitzungen von zehn und zwölf Stunden abzuhalten. (Sehr wahr! links.) Daß das auf die Dauer die Kräfte vieler Mitglieder sehr in Anspruch nimmt, werden Sie zugeben müssen. Und daher müssen Sie es auch als durchaus sachlich und gerechtfertigt anerkennen, wenn ich den Herrn Präsidenten bitte, eine Sitzung auf morgen anzuberaumen mit der heutigen Tagesordnung. (Beifall links.)

Präs. Graf Ballestrem: Abg. Köstke hatte durchaus Recht, wenn er meinen Vorschlag als einen wohlwollenderen bezeichnet. (Sehr gut! rechts.) Wir haben diese Woche sehr fleißig gearbeitet. Uebermorgen ist Sonntag, Montag ist ein Feiertag. Viele Herren, die von fern hergekommen sind (Ahal! links), haben den Wunsch, ihn zu Hause zu erleben. Thut man zur richtigen Zeit rasten, dann trägt man leicht die schwersten Lasten. (Große Heiterkeit.) Ich bleibe bei meinem Vorschlag und werde natürlich das Haus darüber entscheiden lassen.

Abg. Singer (Soe., zur Geschäftsordnung): Ich bin überzeugt davon, daß der Präsident uns wohlwollendere Vorschläge macht. Vielleicht ist die Mehrheit, wenn sie seinem Beschluß zustimmt, auch von der Erwägung geleitet, daß morgen kein beschlußfähiges Haus zusammenbleiben wird. (Zustimmung links.) Sie wollen sich den beschämenden Eindruck ersparen, vor aller Welt wieder einmal nicht anwesend hingestellt zu werden. Sie (zur Mehrheit) möchten ja am liebsten nur noch zu den Abstimmungen kommen. Daß wir die letzten Tage mit Referaten ausgefüllt haben, war jedenfalls nicht nach Ihrem Wunsche. Höchstwahrscheinlich werden diese Berichte aber das einzige Sachliche bleiben, was überhaupt zur Rolltarifberatung vorgebracht werden kann. Wenn wir erst bei dem berühmten Antrag Gröber selbst sind, wird von sachlicher Beratung nicht mehr viel die Rede sein, dann wird die Guillotine der Schlußanträge funktionieren. Wir wünschen, daß der Reichstag Tag für Tag eine angemessene Zeit, wie sie den geistigen und körperlichen Kräften der Abgeordneten entspricht, sachlich und gründlich über den Rolltarif berate, nicht aber, daß er 2-3 Tage Sitzungen von 10-12 Stunden abhält und dann wieder mehrere Tage verliert.

Noch eine Bemerkung. Ich verzichte darauf, eine längere Diskussion über den Vorschlag des Präsidenten zu eröffnen, den Antrag Gröber betr. Abänderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu stellen. Meine Freunde betrachteten es nach wie vor als einen Widerspruch gegen die Geschäftsordnung und als unzulässig, daß Initiativanträge außer der Reihe zur Beratung kommen. Das konnte nur geschehen, wenn niemand Widerspruch erhebt. Diesen Widerspruch erhebe ich hiermit. Danach ist es meiner Ueberzeugung nach nicht mehr zulässig, diesen jetzt auf eine Tagesordnung zu bringen. Von dieser grundsätzlichen Anschauung gehen wir nicht ab, trotz des gegenteiligen Beschlusses, den neulich das Haus gefaßt hat. Wir behalten uns vor, vor Eintritt in die Beratung dieses Antrages noch in längeren Ausführungen meine Bedenken gegen seine Zulässigkeit zum Ausdruck zu bringen. Zunächst will ich mich verhalten, daß später der Einwand gemacht wird, das Haus habe ohne Widerspruch die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung angenommen. Diesen Widerspruch erhebe ich, ohne zu verlangen, daß jetzt eine Entscheidung herbeigeführt werde. Die Herren wollen ja mit den Jagen verreisen, ich will sie nicht aufhalten. Ich behalte mir weitere Ausführungen für Dienstag vor.

Präs. Graf Ballestrem: Dem Herrn Abg. Singer möchte ich bemerken, daß für mich als Präsident die Frage, ob ein Antrag, wie der Antrag Gröber außer der Reihe auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, nachdem ein Beschluß des Hauses darüber vorliegt, so lange erledigt ist, bis dieser Beschluß etwa durch einen andern Beschluß des Hauses wieder abgeändert wird.

Abg. Bedel: Der Präsident hatte vorher die Freundlichkeit zu sagen, es sei wünschenswert, daß den Abgeordneten, die von weit hergekommen seien, Gelegenheit zur Heimreise gegeben werde. Die Sitte und die Verfassung verlangt, daß die Abgeordneten, gleichviel, ob sie nahe oder weit von Berlin wohnen, in den Sitzungen des Reichstags anwesend sein müssen. Hierzu kommt, daß ein großer Teil der Herren, die jetzt hergekommen sind, höchst selten hier im Hause erschienen sind, daß Dutzende von Herren anwesend sind, die ich überhaupt nicht mehr erinnern kann, jemals hier gesehen zu haben. (Große Heiterkeit links und sehr richtig!) Ich kann wohl ohne Prahlerei mit mir behaupten, daß ich zu den fleißigsten Besuchern des Reichstags gehöre, wozu der Umstand mit beitragen mag, daß ich in der Nähe von Berlin wohne. Aber ich sehe keinen Grund, daß die Herren, die, wie ich weiter möchte, in den ganzen vier Jahren, die sie dem Reichstag angehören, nicht 20 Tage hier anwesend gewesen sind (Widerspruch bei der Mehrheit), jetzt schon wieder Feiertage gewährt werden. Bis Mai oder Juni, wo wir auseinandergehen müssen, ist nicht mehr viel Zeit. Sie wollen die Tarifberatung im Galopp durchpeilsen, was wir zu verhindern suchen werden, aber je häufiger die Feiertage, desto länger werden die Sitzungen an den Arbeitstagen. Wenn an vier Tagen der Woche zwölf- und mehrstündige Sitzungen stattfinden, so peitscht das die Herren auf und macht ruhige Verhandlungen unmöglich. Gerade die Rücksicht auf die Sachlichkeit und Objektivität der Verhandlungen veranlaßt uns, dem Vorschlag des Präsidenten entgegenzutreten. So wenig man Pferde oder Ochsen überanstrengt, so wenig darf das auch Reichstags-Abgeordnete gegenüber geschehen. (Stürmische Heiterkeit.) Es sind noch sehr viel wichtige Petitionen zu erledigen, es wäre auch wünschenswert, daß von den vielen Initiativanträgen noch einige zur Verhandlung kommen, das Ständeschutz-Gesetz muß verabschiedet werden; wie soll das alles geschehen, da der Etat doch auch seine Zeit verlangt. Die Etatsberatung soll erst nach Weihnachten beginnen; da ist es doch sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, sie bis zum 1. April zu beenden. Auf jeden Fall wird das nicht möglich sein, wenn die Herren Woche

(Sehr richtig! links.) Wir sagen, wenn es irgendwie geht, muß aus verfassungsmäßigen Gründen der Etat am 1. April fertig sein. Ich wünsche, auch Sie (nach rechts) hätten dieses Gewissen. (Rachen rechts, Zustimmung links.) Auch das Phosphorgefäß harret der Erledigung. Es ist ja auch nicht ausgeschlossen, daß die Regierung noch mit einer Vorlage kommt, deren sofortige Erledigung noch durch diesen Reichstag für dringend nötig hält. Die Rücksicht auf diesen immensen Arbeitsstoff veranlaßt mich zu der Bitte, morgen eine Sitzung abzuhalten. Ich bin auch überzeugt, daß Sie heute schon Feiertag machen wollen. (Heiterkeit links.) Am Montag waren Sie nicht beschlußfähig, am Dienstag tagten Sie 8, am Mittwoch 10^{1/2}, am Donnerstag 11^{1/2} Stunden. Heute wurde die Sitzung auf 10 Uhr morgens anberaumt. Es blieb kaum Zeit, nach der ungeheuren Anstrengung und Aufregung dieser Nacht auszuschlafen. (Rachen bei der Mehrheit.) Sie, meine Herren, (zur Mehrheit) schlafen ja allerdings hier im Hause. (Große Heiterkeit.) Wir, die wir es mit unsrer Arbeit gewissenhaft nehmen, haben nicht Zeit zu schlafen. Ich dachte mir, heute wird das recht gemächlich werden (Heiterkeit), es wird gehen, wie den Tag vorher. Und da lassen Sie Vertagung eintreten, nachdem wir erst 5 Tage gearbeitet haben. Nach den Leistungen der letzten Tage ist das doch zu wenig. (Große Heiterkeit.) Ich kann Sie nur dringend bitten, dem Antrag Köstke zuzustimmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Pawlode (fr. Vg.): Auch wir halten durch die Entscheidung des Hauses über die Beratung des Antrages Köstke die Kontroverse, ab Initiativanträge außerhalb der Reihe auf eine Tagesordnung kommen können, nicht für erledigt. Ich halte den Widerspruch, dem Abg. Singer für seine Fraktion Ausdruck gegeben hat, auch unrespektvoll aufrecht. Wir behalten uns weitere Ausführungen darüber vor. Den Vorschlag meines Freundes Köstke, morgen Sitzung abzuhalten, unterlasse ich.

Der Antrag Köstke-Deffau wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Antrag Gröber betr. Abänderung der Geschäftsordnung; Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 5 Uhr.

Parteinachrichten.

Gemeinderatswahlen. In Mühlau bei Burgstädt (Sachsen) siegten die Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvereins in allen drei Klassen. In Canstatt (Württemberg) wurden bei 10 streitigen Mandaten 2 Sozialdemokraten gewählt.

Parteisinnungen. Der sozialdemokratische Verein in Kassel beschloß die Erhöhung des Monatsbeitrages von 20 auf 30 Pf.

Totenliste der Partei. In Solingen starb am Montag ein der ältesten Sozialdemokraten des Rheinlandes, der Bäckermeister Gerhard Meyer im Alter von 76 Jahren. Der Verstorbene hatte schon vor dem Jahre 1848 an geheimen Versammlungen, die vor den Thoren Kölns stattfanden, teilgenommen. Später trat er dem sächsischen Arbeiterverein und dem Kommunistenbunde bei, deren Publikationen er in Merheim, Worringen, Merlesheim bis nach Frühlings hin verbreitete. Fast allen größeren Versammlungen, die in Köln und Umgegend im Jahre 1848 stattfanden, wohnte Meyer bei und er konnte bis an seinen Lebensabend sowohl über die einzelnen Redner als über die Vorgänge, die sich in den Versammlungen abspielten, zuverlässige Auskunft geben. Den Verfolgungen der Kommunisten entzog er sich durch seinen Bezug nach dem Bergischen. Mit dem kaiserlichen Schloss er sich der wiedererstandenen Arbeiterbewegung an, der er unentwegt treu geblieben ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Allelei Ungereimtheiten.

Der Zahlstelle Rienburg a. W. des Fabrikarbeiter-Verbandes war ein Tanzverbot verboten worden mit der Begründung, daß sie nach ihrem thätlichen Verhalten ein politischer Verein sei. In Wirklichkeit ist nun die Zahlstelle dieses Verbandes eine gewerkschaftliche Organisation und außerdem, selbst wenn sie ein politischer Verein wäre, so hat das Kammergericht doch entschieden, daß auch an Versammlungen politischer Vereine Frauen teilnehmen dürfen, wenn diese Versammlungen ausschließlich andern Zwecken als der Erörterung politischer Gegenstände dienen.

Den Beweis für den politischen Charakter der Zahlstelle findet der Regierungspräsident unter anderem in dem Verlauf der Versammlungen im Dezember 1895 und Juni 1896. Diese Begründung freute den Vorsitzenden deswegen so sehr, weil nämlich die Zahlstelle erst 1900 gegründet worden ist und in einer Beschwerde machte er den Oberpräsidenten auf diesen, wie er glaubte, durchschlagenden Umstand aufmerksam. Wie sehr er sich getäuscht, zeigt der Bescheid des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, worin es heißt:

„Daß die angeblich im Mai 1900 errichtete Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands als eine Fortsetzung oder Erneuerung der im Jahre 1895 gegründeten und im Jahre 1897 eingegangenen Zahlstelle angesehen werden muß. Hieraus läßt sich schon der Umstand schließen, daß der frühere Bevollmächtigte der Zahlstelle ... auch jetzt dieses Amt wieder bekleidet, und ferner ergibt sich aus den Statuten, daß die Ziele der Zahlstelle stets dieselben gewesen sind. Der Herr Regierungspräsident war daher durchaus berechtigt, bei der Beurteilung der Zahlstelle den Verlauf der am 8. Dezember 1895 und am 7. Juni 1896 abgehaltenen Versammlungen in Betracht zu ziehen.“

Merkwürdig ist an diesem Bescheide weniger die Behauptung, daß die 1900 gegründete Zahlstelle die Fortsetzung der 1897 eingegangenen sei, als vielmehr die dafür gegebene Begründung, daß die Ziele beider Organisationen die gleichen seien. Sie müssen natürlich die gleichen sein, denn beide Organisationen waren und sind Teile des Verbandes der Fabrikarbeiter; dessen Ziele sind aber rein gewerkschaftliche. Weil nun die alte eingegangene Zahlstelle dasselbe gewerkschaftliche Ziel hat, wie die neue, deshalb soll der neuen Zahlstelle das thätliche Verhalten der eingegangenen zur Last gelegt werden.

Das verstehe wer kann!

Patriarchalisches. Wie tief wir noch im Polizeistaat drin stecken, dafür liefert wieder das Landratsamt Bochum einen Beweis durch folgendes Schreiben:

Bochum, den 21. November.
Die Verweigerung der Erlaubnis zu der Veranstaltung einer Tanzlustbarkeit der Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstelle Herne der Central-Serbe- und Unterstützungs-Kasse der deutschen Zimmerer seitens der Orts-Polizeibehörde zu Herne besteht zu recht.

Mit Rücksicht auf das Ueberhandnehmen der Lustbarkeiten und auf den Umstand, daß gerade derjenige Teil der Holzarbeiter, welcher in den Jagdplätzen über schlechte Löhne und Arbeitsverhältnisse am lautesten klagt, die Feiern veranstalten wollte, sowie in deren Interesse, wurde die Erlaubnis verweigert.
J. V.: Duemalitz, Regierungs-Assessor.
An den Herrn J. D., Zimmermann, zu Herne.
Weniger daß ein Polizeibeamter so denkt, als vielmehr die Thatfache, daß eine Überdosis so handelt darf, ohne daß man ihr sofort sagen darf, sie überdies ihre Befugnisse, das ist so außerordentlich charakteristisch für die Zustände im Deutschen Reich.

Gerichts-Zeitung.

Der erste Hochstapeler seit dem 3. April in Untersuchungshaft sitzende Herr Heinrich v. Reichlich u. Panthen stand gestern wegen wiederholten Betruges und Urkundenfälschung vor der

10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Rats Dieß. Der jetzt 33 Jahre alte Angeklagte, ein offenbar kranker Mann, hat eine an Wechselfällen reiche Lebensgeschichte aufzuweisen. Er ist im Jahre 1869 als Sohn des Rittergutsbesitzers v. Reichlich aus Pribelwitz geboren. Er wurde im Hause seines Vaters durch Hauslehrer unterrichtet und war dazu ausersehen, Offizier zu werden. Das Lernen wurde ihm schwer und er kam schlecht vorwärts. Er kam dann nach Dresden in eine Privatschule und von dort ins Dresdener Kadettenkorps. Der Aufenthalt fand sein Ende infolge einer schweren Krankheit, die ihn dort befahl, nachdem er schon in früheren Jahren wiederholt schwere Krankheiten durchgemacht hatte. Nach seiner Genesung wurde er nach Dels auf das Gymnasium gebracht, es gelang ihm jedoch nicht, das Einjährig-Freigang zu erlangen, und so schickte man ihn denn nach Berlin auf eine Prese. Hier rannte er einmal mit dem Kopfe außerordentlich heftig gegen eine Thür, so daß er sich fast den Schädel spaltete. Später hatte er das Mißgeschick, sich auf einer Jagd den Daumen der rechten Hand abzuschneiden. Damit waren die Hoffnungen auf seine militärische Karriere natürlich ein für allemal begraben. Er ging nun zu einem Verwandten aufs Gut, um Landwirt zu lernen, aber nach einem halben Jahre zeigte sich schon seine Unbrauchbarkeit, und so suchte er denn Zuflucht bei seinem Vater, dessen Gut damals von dessen Gläubigern vermalet wurde. Anstatt nun seinem Vater in der Ordnung der Verhältnisse kräftig Hilfe zu leisten, warf er sich plötzlich aufs Erfinden. So modellirte er denn einen eigenartigen Wilderrahmen, „erfand“ eine Flugmaschine, eine Kartoffel-ausgrabungsmaschine, ein Dusefen, einen Hosenknopf zum Ausschrauben u. dgl. mehr. Schließlich lehrte er nach Berlin zurück und wurde hier Agent und Reisender für Versicherungs-Gesellschaften. Hier kamen einige spekulative Leute auf den Gedanken, ihn auf Grund seines hochadeligen Namens mit einer sehr reichen Wiesbadener Dame zu verheiraten. Es kam auch eine Verlobung zu stande und in seiner Herzensfreudigkeit stellte der Angeklagte den Vermittlern Wechsel in kolossaler Höhe als Vermittlungsgebühr aus. In Erwartung des bei der Hochzeit ihm zuteuernden Goldschiffes begann er ein sehr verschwenderisches Leben und häuften stempellose Schulden auf Schulden. Die Freude dauerte aber nicht lange, denn die Dame in Wiesbaden teilte ihm eines Tages kurz und bündig mit, daß sie das Verlöbniß auflöse. Im August 1900 erschien er bei einem hiesigen Schuhmachermeister, erzählte, daß er sich im November in Wiesbaden verheiratet werde und bestellte sich zu diesem Zweck ein Paar Hochzeitsstiefel für 25 M. und ein Paar Reitstiefel für 80 M. Wälder erzählte er dem Schuhmachermeister, daß seine Braut eine Witwe von 350 000 M. und 40 000 M. Jahresrente erhalte, und wußte den Meister zu bewegen, ihn zum Zwecke der „Hochzeitstiefel“ ein Darlehen von 1500 M. zu geben. Von einem Kaufmann, von dem er Teppiche und Gobelins entnahm, hatte er gesagt, daß ihm seine Braut eine Mitgift von 500 000 M. und ein schönes Gut in die Ehe bringe. Der betreffende Kaufmann hat ihn darauf hin gegen Accepte für 8250 M. Waren geliefert. Von einem Stallmeister kaufte er auf Grund der gleichen Angaben 4 Pferde im Werte von 8-9000 Mark gegen Accept. Der Stallmeister erfuhr dann, daß der Angeklagte mit der Wiesbadener Dame gar nicht mehr verlobt war, er verdrehte die Herausgabe der Pferde und wurde vom Angeklagten verklagt. Er hatte infolge dieses Prozesses Kosten in Höhe von 33 M. zu tragen. Mit Hilfe derselben Hochzeitsgeschichte verlangte er von einem Schneidermeister die Lieferung von Gardetobe im Werte von 300 M. Die Urkundenfälschung betraf darin, daß er einem Geldgeber, bei dem er eine Darlehensschuld zu begleichen hatte, einen gefälschten Wechsel gab. Als ihm hier der Boden zu heiß war, begab er sich nach der Schweiz und wurde dort mit einer Frau Hippo bekannt, die er jetzt seine Braut nennt. Mit dieser war er eines Tages ans Jülich verschwunden und da diese plötzliche Entfernung geistlich mit einem in Jülich verübten Raubmorde an einem Fabrikarbeiter zusammentraf, so lenkte sich der Verdacht der Thäterschaft auf ihn und seine Begleiterin und am 1. September 1901 wurde er auf Antrag der Schweizer Bundesrats-Regierung von den portugiesischen Beamten in Oporto auf dem Luftdampfer „Trier“ verhaftet. Er hatte die Absicht, nach Brasilien auszuwandern, wurde nun aber nach der Schweiz zurückbefördert. Dort stellte sich bald seine völlige Unschuld an der Mordthat heraus. Er kam aber nicht mehr auf freien Fuß, vielmehr wurde er auf Antrag der deutschen Regierung wegen der hier begangenen Hochstapeleien ausgeliefert und ihm nun der Prozeß gemacht. In einem früheren Termin hatte Rechtsanwalt Dr. Alfred Ballien auf Grund ihm bekannt gewordener Thatfachen den Antrag gestellt, den Angeklagten auf seinen Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. Der Gerichtshof gab diesem Antrage Folge und beauftragte den Gerichtsarzt Dr. Puppe mit dieser Untersuchung. — Nachdem der Angeklagte sich im gestrigen Termin ziemlich schwerfällig und unbeholfen über die einzelnen Phasen seines Lebenslaufes ausgelassen, gab Dr. Puppe sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte sich in einem Zustande der Imbecillität, d. h. Geisteschwäche und Stumpfheit befinde und auf Grund des § 51 St.G.B. für seine Thaten nicht verantwortlich sei. Der Gutachter erklärte den Angeklagten gleichzeitig für gemeingefährlich und befürwortete dessen dauernde Ueberführung in eine Irrenanstalt. Gegen letzteren Antrag wandte sich Rechtsanwalt Dr. Ballien, indem er versicherte, daß der Vater des Angeklagten diesen sofort in persönliche Obhut nehmen wolle. Staatsanwalt Lange beantragte auf Grund des Gutachtens die Freisprechung des Angeklagten und die sofortige Ueberweisung der Haftentlassungsorder an die Staatsanwaltschaft, damit diese weitere Maßregeln anordnen könne. Der Gerichtshof entschied in diesem Sinne.

Verführt — Verhoben! Der Roman eines Kindes erregte gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht I allgemeine Teilnahme. Unter der Beschuldigung des Diebstahls in zahlreichen Fällen sah ein kleines 14-jähriges Mädchen auf der Anklagebank. Sie war geständig, im Zandorfschen Warenhaus eine Reihe von Diebstählen ausgeführt zu haben, bis sie eines Tages auf frischer That ergriffen wurde. Es entspann sich nun zwischen dem Vorsitzenden und der Angeklagten folgender Dialog: **Vors.:** Was wolltest Du mit den gestohlenen Sachen beginnen? — **Angell:** Verkaufen! — **Vors.:** Um das Geld zu verkaufen? — **Angell:** Nein, ich wollte meinem Kinde zu essen kaufen! — **Vors.:** Welchem Kinde? — **Angell:** Meinem Kinde! — **Vors. (mit maßlosem Ersinnen):** Was, Du hast schon ein Kind? — **Angell:** Ja! Dabei brach sie in solch intensives Schluchzen aus, daß kein Wort mehr aus ihr herauszubringen war. Ein Arzt, der in der Familie der Angeklagten oft ärztliche Hilfe geleistet und die Angeklagte selbst auch wiederholt behandelt hat und daher als Sachverständiger geladen war, teilte dem Gerichtshof mit, daß die Angeklagte als Schilind von einem verheirateten Mann verführt wurde und — als sie Mutter wurde — vom Vater verstoßen worden sei. Sie dürfe sich im Elternhause nicht mehr sehen lassen. Der Verführer werde ja hoffentlich der gerechten Strafe nicht entgehen, da Anklage gegen ihn bereits erhoben worden sei. Was die Angeklagte selbst betreffe, so sei sie epileptisch veranlagt, und wenn auch nicht angenommen werden könne, daß sie sich bei Begehung der Diebstähle in einem Zustande der Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welche ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen war, so müsse doch erwogen werden, daß die Angeklagte infolge ihrer epileptischen Veranlagung in ihrer geistigen Entwicklung so weit zurückgeblieben sei, daß angenommen werden müsse, daß ihr die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht mangelte. Der Gerichtsarzt Dr. Puppe äußerte sich in demselben Sinne. Auf Grund dieser beiden gleichlautenden Gutachten sprach der Gerichtshof in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt die Angeklagte frei, beschloß aber, sie der Polizei zur Unterbringung in einer Erziehungsanstalt zu überweisen. Mutter und Kind werden daher den Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis mit dem im Erziehungs-hause vertauschen.

Eingegangene Druckschriften.

Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie. Von Karl Rautsch. Berlin, Buchhandlung Bornworts. Preis 0,75 M. Agitationsausgabe 0,30 M.

Aus der Frauenbewegung.

Niedorf. Die Versammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Niedorf findet nicht, wie erst berichtet, am 9. Dezember, sondern Montag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jädel, Walterstr. 27 statt. Herr Dr. Silberstein wird einen Vortrag über „Einiges aus der Entwicklung der höheren Lebensweisen“ halten.

Wilmersdorf. Am 25. November tagte hier in Wittes Volksgarten eine öffentliche Versammlung, in welcher Frau Dr. Hofmann über das Thema: „Warum müssen sich die Frauen am wirtschaftlichen und politischen Kampfe beteiligen?“ referierte. Danach erstattete Genossin Fräulein Ida Altmann zunächst den Bericht über die Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson am Orte, dann den Stellenbericht, worauf von der Versammlung Decharge erteilt wurde. Genossin Altmann sprach ihre Zufriedenheit über die Beteiligung der Frauen an sämtlichen Arbeiten im verflochtenen Jahre aus. Wieder gewählt wurden: Fel. Ida Altmann als örtliche Vertrauensperson, Frau Hauswald und Lüd. als Kreisfrauen. Zum Schluss gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Rechtslosigkeit der Frau als Staatsbürgerin macht es den Genossinnen zur doppelten Pflicht, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen sich an jeder die Wahltagitation fördernden Arbeit zu beteiligen. Denn nur die Nachstärkung der sozialdemokratischen Partei, die Vermehrung der Zahl ihrer Abgeordneten giebt den Frauen eine Gewähr dafür, daß sie endlich die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, vor allem auch das politische Wahlrecht erringen werden.“

Die Gleichberechtigung der Frau in Kristiania. Im Budgetvorschlag des Elektrizitätswerkes der Stadt Kristiania für das kommende Jahr war an Stelle des bisherigen Kassiererinnengehalts von 1600 Kronen ein Gehalt von 2400 Kronen für einen männlichen Kassierer aufgeführt und das wurde damit begründet, daß jetzt eine größere und mehr Einsicht erfordernde Arbeit, als eine färglich besoldete weibliche Kassierin zu leisten fähig sei, verlangt werden müsse. Hiergegen wandte sich in der Gemeindevertretung die Stadtverordnete Fräulein Holten und beantragte, daß diese Stellung sowohl für Frauen als auch für Männer ausgeschrieben werde. Sie wurde hierin unterstützt von ihrem Parteigenossen Chr. S. Knudsen, der hervorhob, daß für

dieser Posten eine Frau ebensowohl die Fähigkeiten haben könnte. Fräulein Holstens Antrag wurde dann gegen 12 Stimmen angenommen.

Witterungsübersicht vom 5. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 17 C. = 63 F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 17 C. = 63 F.
Zwillingen	780 D	3stfölig	—	—	—	Darparanda	775 ND	—	—	Zwillingen	—11
Danzburg	779 D	3bedekt	—	—	—	Bretterburg	771 ED	—	—	5bedekt	—6
Berlin	778 ED	3bedekt	—	—	—	Gort	—	—	—	—	—
Frankf./M.	778 ND	4bedekt	—	—	—	Berdeen	—	—	—	—	—
München	766 D	7bedekt	—	—	—	Paris	771 ND	—	—	5bedekt	—6
Wien	771 ND	3bedekt	—	—	—						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. Dezember 1902.
Zunächst meist heiter, später trübe mit leichten Schneefällen, strengem Frost und scharfen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 6. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Der Freischütz. Schauspielhaus. Im bunten Hof. Deutsches. Der arme Heinrich. Berliner. Mi-Deibelberg. Festung. Das Theaterdorf. Central. Madame Sherry. Neues. Ledige Leute. Residenz. Seine Kammerzofe. (Nelly Rozler).
Reigen. Lindie.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Ballner-Theater.) Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Kabale und Liebe.
Belle Alliance Theater. Die Schröderischen.
Carl Weisk. Die Kömer.
Suisen. Der grüne Karl.
Casino. Der reiche Postkohl.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Die Schräger.
Trianon. Die Liebeshaudel.
Passage Theater. Spezialitäten.
Passage Panoptikum. Spezialitäten.
Reichshallen. Spezialitäten.
Reichshallen. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweiße Negerin von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.
Das Elite-Weihnachts-Fest-Programm.
Liane Leischner
in ihrem Repertoire.
Bajerri als Beethoven
sensationelle musikalische Recitationen.
Georg Kaiser prolongiert.
Kinematograph:
Krupps Leichenzug.
14 neue erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.
Münchener Ensemble. Gastspiel.
Abends 8 Uhr:
Die Schröderischen.
Bürgerl. Volkstheater v. H. Schrötenbach.
Morgen Sonntag: Die Schröderischen.
Montag, 8. Dez., abends 8 Uhr,
zum 20. Male: „Muss 18.“

Buntes Theater
(Ueberbreitl.)
Königsplatz 68. Anfang 8 Uhr.
Vore. — Die Zangfee. — Übergläubisch. — Gr und Cie.
Sunter Teil:
Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Bokken Lason. — Hans Frey. — Emil Justitz. — Carla Lingen a. G.

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr: Neue Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Mit kolossalem Erfolg:
Nakiri's Hochzeit
Ausstattungs-Operette in 2 Akten von P. Lincke.
Im zweiten Bilde (10 1/2 Uhr):
Der sensationelle Spiegeltrick.
Im letzten Bilde (10 1/2 Uhr):
H. Harndins elektrisches Ballett.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Zum 8. Male:
Die zwölf Frauen des Japhet.
Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund. In Szene gesetzt v. Direktor Richard Schula. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas a. G. Josef Joseph. Henry Bender. Hermann Haak. Flora Siding. Hans Reichsberg. Frid-Frid. Junker-Schatz. Wini Grabitz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeshaudel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagsnachmittag: Denise.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volkstheater mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.
Sonntagsnachmittag 3 Uhr:
Sappho.
Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.
Montagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Sonntagsnachmittag 3 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Casino-Theater.
Lohninger Strasse 37.
Jubiläum-Gastspiel Dr. B. Höfner:
Der reiche Postkohl.
Dazu die neuen Spezialitäten **Stille Nacht.**
Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Sonntagsnachm. 4 Uhr: Liebe und Kunst, dazu sämtliche Spezialitäten.
Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Morgen: Nachmittags 3 Uhr: Serenissimus-Zwischenspiele u. a.
Abends 8 Uhr: **Rausch.**

Palast-Theater
Burgstrasse 22. Früher: Feen-Balast.
Das Riesen-Dezember-Programm.
8 1/2 Uhr:
Goldene Jugend.
Gr. Luststättungs-Burleske mit Gesang und Tanz von B. Gerike.
Serenissimus-Fest — Dr. R. Winkler.
Durchweg neue Szenen und Kunstnummern. — Nur Schläger I. Rang.
Sœurs Blanche, Gymn. Rejaneant, Charles Merino, Champion Gymnastik, Mr. Montani, Dr. Dreifuss, Ylang Yau, Gaudier, unerreicht, Aniela Kocowicz, Soubr-Dina, Schwestern Montani, Doppel-Drachstein, Miss Nebula, unsterbliche Kostüm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf.

Bernhard Rose-Theater,
Badstr. 58.
Sonntag, den 7. Dezember:
Die goldene Eva.
Lustspiel in 3 Akten von Schöthan und Koppel-Ellfeld.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Montag, 8. Dezember: Gr. Soiree der Norddeutschen Sänger: Fuhrmann, Horst und Walde.

Stadt-Theater.
Alt-Moabit 47—49.
Höhere Töchter.
Gesangsposse in 4 Akten von Mannstädt und Schott.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Steidl-Theater
an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
Fritz Steidl, Schewerl, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel.
Neu: Am Weihnachtsabend. Lebensbild von Fritz Steidl.
Entrée 50 Pf. (Sonnt. 40 Pf.)
Bei Ruhe, Friedrichstr. 115.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandantenstrasse 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Dezember-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwochs nach der Vorstellung:
TANZ.

Cirkus Busch.
Sonnabend, den 6. Dezember 1902, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung. Dahomey.
Die Strausse als Reispferde. 3 Fröses Moncke.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entrée frei!
5 Künstler-5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Cirkus Schumann
Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
High life Soirée,
besonderes Gala-Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Mr. Diavolo,
die grösste Sensation des XX. Jahrh.
Looping the Loop.
Um 9 1/2 Uhr: Die lustigen **Heidelberger.**

Damen-Capes Jacketts-Saccos
billiger als in jeder Fabrik 55952
Reste zu Kostümen, Damen-Mänteln, zu Mädchen- u. Knaben-Sachen.
Oranienstr. 202, part.

Für 20 Mark
fertige, wer selbst Stoff hat, Anfang nach Maß mit Zubehören. **Weyer, Rosenfelderstr. 67.** Amt III 8524.

Kerren-Moden,
elegante Ausführg., geringe Teilzahl.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
2 Treppen, am Alexanderplatz.

Bett- u. Leibwäsche
direkt aus erster Hand.
in der Wäsche-Fabrik
Z. Alexander
nur eine Tr. durch d. Hansl.
nur eine Tr. durch d. Hansl.
1 Tr. Gr. Frankfurterstr. 102 1 Tr.

Kein Laden!
Durch Ersparnis der Spesen 57602
enorm billige Preise
für die besten Qualitäten.

Engros-Geschäft
Molkenmarkt 5, 1. Etage
verkauft jetzt auch einzeln zu wirklich billigen Preisen: Wollwaren, Tricotagen, Damenwäsche, Tischzeuge, Handtücher, Regenschirme.
Als besonders preiswert offeriere:
Damen-Blusen 65 Pf., Haier-riete 50 Pf., Taschentücher 85 Pf. (Dob.), Schürzen 40 Pf., Damen-Handen 65 Pf. 51/17

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau,
Oranienstr. 30 Ecke Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucktaschen zu bill. Preisen.
Dr. Schünemann,
Specialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 12—1/3, 1/6—1/8, Sonnt. 9—11.

Metallarbeiter-Verband.
(Verwaltungsstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Schmelzer **Franz Grothmann** am 2. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Bartholomäus-Gemeinde, Weihensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. Keine Beteiligung erwartet.
167/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Tischler **Carl Schöning** am 4. Dezember d. J. bei der zweiten Operation in der königl. Klinik sanft entschlafen ist.
Dies zeigen liebetrübt an die trauernden Hinterbliebenen **Wwe. Anna Schöning.**
Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofs aus statt. 8706

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Am 4. Dezember 1902 starb unser Mitglied, Kollege **Karl Schöning.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Dezember er, nachmittags 2 1/2 Uhr von der Halle des Central-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70,5
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schloffer **Eduard Wachsmuth** nach langen schweren Leiden am Donnerstag früh 4 Uhr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.
Um jüdes Beileid bittet
Emma Wachsmuth,
geb. Böhm.
50272

Mittwoch früh verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, der Tischler **Robert Schweitzer** im 62. Lebensjahr.
Martha Schweitzer geb. Dengin nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Krugweg zu Lichtberg, statt.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt **Adolf Ballwitz** im Alter von 60 Jahren. (8815)
Dies zeigen liebetrübt an im Namen der Hinterbliebenen **Clara Ballwitz geb. Dierke** und Kinder, Kottbuser Damm 62.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakob-Kirchhofs am Rollweg aus, statt.

Wer Kohlen braucht, kauft bei **Josef Fischer,** Kohlen-Großhandlung, Hauptgeschäft: **Bronbergerstr. 19.** Zweiggeschäft: **Witte Komminenerstrasse.** 52612
100 St. Senfend. Bohnen nur 0,55
100 „ „ „ „ „ „ „ „ 0,65
1 Str. oberdiesl. Stein 1,10 u. 1,20
1 „ „ „ „ „ „ „ „ 0,70
40 Hambro, borgen pro Stk. 0,10

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en détail

Dresdenerstr. 4 | Hauptstrasse 143
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

Herbst- u. Winter-Paletots in Eskimo, Cheviot und Krimmer von 16,50—42 M.

Gehrock-Anzüge von Mark 27 an	Jünglings-Anzüge von Mark 12 an
Rock-Anzüge 23	Knaben-Anzüge 3
Jackett-Anzüge 15	Winter-Joppen 5
Beinkleider 5	Knaben-Joppen, einzeln Hosen.
Schlafröcke 8,50	Berufskleidung f. jed. Gewerbe.

Bestellungen nach Maß von in- und ausländischen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Streng reelle Bedienung.

Schmidt macht's doch.

Da nützt kein Schreien einer wütenden Konkurrenz, welche das Publikum täuscht, indem sie behauptet, sie giebt etwas umsonst. Niemand giebt etwas umsonst.



Zu Weihnachten

gibt es kein schöneres Geschenk als einen Phonographen. Damit in jeder Familie Weihnachten eifrig Freude ist, verkaufe ich diesen Phonographen mit 12 Walzen mit den besten Aufnahmen bespielt zu 12 Mark.

Auch liefern wir Phonographen und Grammophone bei mässiger Anzahlung an Jedermann auf Teilzahlung.

E. Schmidt, Fabrik Berlin SW., Ritterstr. 75. 2. Hof Quergebäude. Der Verkauf findet direkt in der Fabrik statt. Filiale Friedrichstr. 54 a. u. Krausenstr.

G. R. Zöffel

en détail Schirmfabrik en gros BERLIN

- 1.: NO., Gr. Frankfurterstr. 106. Schirme, Stöcke sowie Herren-Artikel, Hüte, Handschuhe.
- 2.: NO., Landsbergerstr. 83. Schirme. — Stöcke.
- 3.: O., Grüner Weg 39. Schirme. — Stöcke.
- 4.: C., Gertraudenstr. 10/12. Schirme. — Stöcke. 5000L



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 3 Mark.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Seidenfutter 1,35 Mark, mit Atlasfutter 2 Mark.

Oscar Arnold

Grösstes Specialgeschäft

Engros. für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export. nur Dresdenerstr. 116 (Köln Laden).

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine!

Durch Eingehaltung mehrerer Räume habe ich meine Säle bedeutend vergrößert. Dieselben lassen sich:

- 1. Saal I. (mit Bühne) ca. 700 Personen
- II. 300
- III. 100

Ich empfehle sie zu Versammlungen wie Festlichkeiten jeder Art, ebenso haben Vereinsräumlichkeiten verschiedene Größe für Vorstand- und Kommissions-Sitzungen jeder Art zur Verfügung.

ff. Lager- und Versandbier a Glas 10 Pf. Weisbier, gr. 20, kl. 10 Pf. Speisen und sonstige Getränke in bekannter Güte zu soliden Preisen. Garderobe bei Festlichkeiten nur 10 Pf. Um geneigten Zuspruch bitte!

Robert Voigt, Ritterstr. 75. Restaurateur.

Trinkt „Apfelblümchen“

Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk ohne Alkohol.

Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H.

Grünlitzer Ufer 24. Fernsprech-Nr. 4. 1873.

Verantwortl. Redakteur: Carl Feib in Berlin. Informativ verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Albert Rosenhains moderne

Doppelkette



in ganz neuer Ausführung, von echtem Golde nicht zu unterscheiden, unter 5jähr. schriftl. Garantie. Herren-Doppelkette . . . 4,00 M. mit neuem Krystallberloquo 2 M. mehr.

Mod. lange Damenkette . . . 4,50 M.

Albert Rosenhain,

Berlin SW., Leipzigerstr. 73/74 Grösstes Kaufhaus für Luxus- und Lederwaren. Specialität: „Neuheiten“. Gr. illustr. Preisliste gratis u. franco.

Nathan Wand,

129 Stallstr. 129. Die schönsten Herren-Paletots u. Anzüge in neu, sowie speziell 6025 Monats-Garderobe von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in großer Auswahl stets zu höchst billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,

129 Stallstr. 129. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Billigste Bezugsquelle

von Weihnachts- u. Neujahrskarten für Händler und Wiederverkäufer einzlg und allein nur 57882

Kaiser Wilhelmstr. 18 P.,

zwischen Müng. u. Sittenstraße.



Anker-Brikets

finden in der Industrie überall dort vorteilhafte Verwendung, wo keine hohe Dampfspannung benötigt wird.

Friedr. Daniel & Co.

Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29. Telefon: Amt L 355.

Hinaus in die Ferne!

In die Ferne für viele Menschen, sobald es Ihre Zeit erlaubt. Ein Ausflug, ebenso der Besuch eines Theaters gewinnen aber erst an Interesse, wenn man sich dabei eines guten Fernglases bedienen kann. Hervorragend schöne und praktische Modelle, mit nur scharfen Gläsern, bietet in selten großer Auswahl zu billigsten Preisen das allschönste Institut für Präzisions-Optik von



Carl Buttendorff,

in Firma Ernst Rloek, Berlin N., Weinbergsweg 15b, u. Rosenfelder Thor.

Theatergläser mit schwarz. Leder nur 4,50 an.

do. m. Verinnst-Röhren, u. III 7,50 an.

Triumph: Beste Glas mit Glas u. III 8,00

Merkur: nie nachlassende Abbildung mit 8 Gläsern, Komplex III 12,00

Monopol: Beste Glas mit Glas u. III 16,00

Rapid: Beste Kombination für Reise und Theater. Extra scharf. Nr. I 18,00. Nr. II 22,00. Nr. III 28,00.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 15b achten.

bewährteste Nahrung für

Kluseke's Flinder's gesunde, magen-darmkränke Kinder.

Malz-Kaffee

naturell

rein im Geschmacke, feinst. Aroma, gesundes, billiges und nahrhaftes Genussmittel, offeriert an Private in 3 Sorten a 16, 18 u. 20 Pfg. per Pfund, saekfrei ab Bamberg, gegen Nachnahme des Betrages. — Unter 25 Pfund-Packung wird nicht abgegeben. — Muster stehen zu Diensten. 5385L

L. RÜBSAM, Malzfabrik, Bamberg, Bayern.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin SO., Granienstr. 166.

Filiale: Potsdam, Nauenerstr. 23.

Aus meinem reichhaltigen Lager biete ich nachstehende vorteilhafte Offerte:

Winter-Paletots.

Ein- und zweireihige Form, mit Rückennaht, Schlitz und Sammettragen, geraden oder schrägen Taschen.



- Paletot von Diagonal-Cheviot, dunkelgrau . 15,-
- Paletot von marengo meliertem Cheviot . 18,-
- Paletot von haltbarem Double, schwarz . 18,-
- Paletot von gutem Fischgrät-Cheviot, marengo meliert . 20,-
- Paletot von eleg. Velour, marengo meliert . 20,-
- Paletot von schwerem Eskimo, schwarz . 20,-
- Paletot von dunkelgrauem Cheviot . 22,50
- Paletot von Eskimo, schwarz oder blau . 25,-
- Paletot von marengo Melton-Cheviot . 25,-
- Paletot von Marengo-Cheviot, meliert, mit hochmodernem Futter . 25,-
- Paletot von Diagonal-Cheviot, grau oder marengo, haltbarer eleganter Stoff . 30,-
- Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, elegant und dauerhaft . 30,-
- Paletot von Melton-Cheviot, marengo, mit seidnem Steppfutter . 30,-
- Paletot von Diagonal-Cheviot, sehr schwer und solide . 35,-
- Paletot von Eskimo, mit seidnem Steppfutter, sehr elegant . 35,-
- Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo . 35,-
- Paletot von Eskimo, mit bestem Futter 40,- 45,- 50,- u. 55,-
- Paletot von Melton-Cheviot, sehr elegant 40,- 45,- u. 50,-
- Paletot von Eskimo oder Cheviot, mit seidnem Steppfutter, hochfein etc. . 40,- 45,- 50,- 55,- u. 60,-

Kaiser-Mäntel (Reise-Mäntel).

Zweireihige Form, mit Taillengurt und Mufftaschen. Mantel von schwerem Loden und warmem Futter Mark dunkelgrau oder olive . 20,-

Mantel von reinwollenem, extra schwerem Loden mit prima Lamafutter, dunkelgrau oder marengo . 30,-

Pelerinen-Mäntel.

Zweireihige Form, mit vorn abgefütterter Pelerine und Taillengürtel von schwerem Loden, dunkelgrau, marengo oder olive . 20,- 25,- 35,- und 40,- Mk.

Joppen.

- Joppe v. Diagonal-Loden m. warmem Futter, dunkelgrau 8,50
- Joppe von dunkelgrauem Loden mit schwerem Futter 7,50
- Joppe von schwerem Loden mit schwerem Futter, grau, dunkelgrau, braun oder olive . 9,-
- Joppe von olive od. dunkelgrauem Loden m. Lamafutter 10,50
- Joppe von dunkelgrauem Loden mit imitiertem Lammfellfutter 12,-
- Joppe von extra schwerem Trikot-Loden mit schwerem Futter, grau, braun oder olive . 12,-
- Joppe von reinwollenem Loden mit reinwollenem Lamafutter, grau, marengo oder olive . 14,-
- Joppe von reinwollenem grauem Loden mit imitiertem Lammfellfutter 16,50
- Joppe von extra schwerem Loden, mittelgrau, dunkelgrau oder braunolive mit prima Lamafutter . 18,80
- Joppe von reinwollenem Loden, mit extra schwerem imitiertem Lammfellfutter, dunkelgrau . 20,-

Falten-Joppen in verschiedenen Farben

9,- 12,- 16,50 und 20,- Mk.

Knaben- u. Burschen-Joppen

sowie-Paletots in allen Grössen und Preislagen in grösster Auswahl. 5923L

Schlafröcke.

- Kant. Dunkelgrauer Double mit blauem Tuchbesatz . 8,50
- Schiller. Gut, kräftig. Double, grau mit blauem Tuchbes. 10,50
- Gotha. Vorzüglicher Double, grau mit blauem Tuch- oder Sammetbesatz und olivegrau mit olive Sammetbesatz 12,50
- Schelling. Feiner glatter Double, braun u. dunkelbraunem Tuchbesatz oder grau mit blauem Sammetbesatz . 13,-
- Hegel. Weicher Pantaloistoff, dunkelgrau m. marine Tuch- od. Sammetbesatz u. olive meliert m. olivefarb. Tuchbes. 17,50
- Kleist. Prima Satin-Double, grau meliert mit blauem oder braunem Tuchbesatz . 17,50
- Scott. Sehr guter, reibbraun melierter velourartig. Fantasie-stoff mit braunem Sammetbesatz . 20,-
- Dickens. Weich, sammet. Velour, gr. m. marine Sammetbes. 22,50
- Scheffel. Gediegener Velour, mit angewebtem kariertem Futter, dunkelmode mit braunem oder grau mit blauem Tuchbesatz . 25,-
- Freytag. Feinster weicher Velour, mit angewebt. kariert. Futter, grau mit blauem, dunkelreifarb. mit braun. od. mode mit braunem Sammetbesatz . 30,-
- Geibel. Dicker olivefarb. Biber m. olivefarb. Sammetbes. 30,-
- Uhlend. Prima Velour mit kar. Rückseite, grüngrau mit olivefarb. Tuchbesatz oder mode mit braunem Plüsch- und Schnurbesatz . 35,-
- Feuerbach. Feinster, kleinkariert. velourartig. ger. Fantasie-stoff m. kariert. angew. Futter, blaugrau u. blaugrauem od. mode mit moosgrünem seid. Plüsch u. Schnurbesatz 45,-

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung und zu streng festen Preisen statt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 5. Dezember 1902.

Börse. — Roostwells Wirtschaft. — Bericht des amerikanischen Schahfretärs. — Schichtlöhne im preussischen Bergbau.

Die Börse verläßt mehr und mehr in winterliche Schläfrigkeit. Träge und einseitig, durch lange Pausen fast völliger Stodung unterbrochen, vollzieht sich der Geschäftsverkehr, und die wenigsten Umsätze, die zu Stande kommen, entsprechen kaum den allerbescheidensten Ansprüchen. Sogar zur Inzornierung der üblichen Jahresabschluss-Gaule, die sich sonst gewöhnlich gegen Ende November oder Anfang Dezember einstellen, scheint es diesmal an der nötigen Dosis Unternehmungslust zu fehlen. Das anhaltende Profitorientiert wirkt zwar fördernd auf den Kohlenabsatz, und der letzte amtliche Bericht der Essener Börse konstatierte eine recht günstige Lage des Ruhrkohlenmarktes, aber diese günstigen Meldungen aus den Kohlenrevieren boten auch die einzigen Anregungen von einiger Bedeutung. Sonst fehlte es an stimulierenden Momenten; denn selbst das Zustandekommen des Siegerländer Kohleisen-Syndikats, dem nun, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, bald auch die Verlängerung des Schienen-tariffs folgen dürfte, blieb ohne nachhaltigen Eindruck, da dieser erwartete Ausgang der Verhandlungen an der misslichen Situation der Eisenindustrie vorläufig nichts ändert.

Und wie die inneren Wirtschaftsverhältnisse, lieferten auch die großen ausländischen Börsen keinen Anlaß zu freundlicherer Auffassung der Gesamtlage. Die andauernd schwankende Haltung der New Yorker Börse beweist vielmehr, daß der dortige Markt noch immer als unsicher und ungewisshaft gelten muß. Kohlenaktien sind denn auch fast die einzigen Werte, die in der Berichtswache einige beträchtlichere Steigerungen ihres Kursstandes zu verzeichnen haben; auf den anderen Gebieten sind die Veränderungen durchweg äußerst gering, und soweit im einzelnen kleine Verschiebungen stattgefunden haben, kommen sie für die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftssituation nicht in Betracht, da bei der Unbedeutendheit des jetzigen geschäftlichen Verkehrs schon ganz minimale lokale Käufe oder Verkäufe hinreichen, den Kurs zu ändern.

An der New Yorker Börse wurde erwartet, daß die Wirtschaft Roosevelts, von deren Inhalt schon vereinzelte Teile in der Vorkon-junkt bekannt geworden waren, einen günstigen Eindruck auf die Wallstraße üben werde; doch hat der Verlauf der Börse am 3. Dezember diese Hoffnungen durchaus enttäuscht, obgleich die langatmige Äußerung des Präsidenten kaum anders hätte lauten können, wenn die Wirtschaft vorher den Roggen und Konjunktur zur Begünstigung überwiegen worden wäre. Nach der Verbannung eines überauswichtigen Vertrauens in die Fortdauer der „Periode unbegrenzten Gedeihens“ folgt eine Erörterung der „Trist“- und „Joll-tarif“-Frage, der Währungsverhältnisse und der Stellung der Regierung zum Imperialismus, die völlig mit den Intentionen der Hochfinanz übereinstimmt. Zwar wird, um der Bestimmung eines großen Teils der Mittelschichten Rechnung zu tragen, auch in der neuesten Ansprache Roosevelts noch von einer Regelung der Trist- und der wirtschaftlichen Koalitionen gesprochen, doch braucht man nur den vom Wolffschen Bureau übermittelten Text der neuesten Wirtschaft mit der Amtsantritts-Wirtschaft des Präsidenten zu vergleichen, um sofort zu erkennen, um wie viel persönlicher und anpassungsfähiger der smarte „Teddy“ innerhalb eines Jahres auch in diesem Punkte geworden ist. Es sollen nur die Auswüchse des Tristwesens — was darunter zu verstehen ist, wird nicht gesagt — beschnitten werden; doch dürfen die Eingriffe in das Tristwesen, wie Roosevelts erklärt, nicht so weit gehen, daß dadurch irgendeine Eigentumsrechte verletzt, die Entwicklung der Trist- als moderne Organisationsformen des Industrialismus gehindert und der Konzentrisationsprozess erschwert werden. Auch soll die Preispolitik der Trist nicht durch Veränderungen der bisherigen Tarifpolitik bekämpft werden. Mit andern Worten: es soll der Pelz wohl gewaschen, aber weder Seife noch Wasser dabei verwendet werden.

Weit interessanter als die Wirtschaft Roosevelts, deren Inhalt durch allerlei Rücksichten auf die baldige Präsidentenwahl beeinflusst erscheint, ist dann auch der fast gleichzeitig veröffentlichte Jahresbericht des amerikanischen Schahfretärs, der einen außerordentlich günstigen Stand der Staatsfinanzen nachweist. Es beliefen sich danach die gesamten Staatseinnahmen in dem am 30. Juni 1902 zu Ende gegangenen Rechnungsjahr auf 654 326 280 Dollar, die Ausgaben auf 593 088 906, so daß sich ein Ueberschuß von 91 237 375 ergibt. Von den Einnahmen betragen die aus den Zöllen 254 444 708 gegen 238 585 456 im Vorjahre. Die Staatseinnahmen sind gegen das Vorjahr um 14 990 250, die Ausgaben um 88 776 495 zurückgegangen. Für das Rechnungsjahr 1903 werden die Einnahmen auf 694 020 630, die Ausgaben auf 651 020 630 veranschlagt, so daß auf einen Ueberschuß von 43 Millionen Dollar gerechnet wird. Der verfügbare Vorrat des Schahamtes war am 30. Juni größer als je zuvor; er belief sich einschließlich der 150 Millionen Dollar betragenden Goldreserve auf 362 187 361 Dollar, davon waren außer der Goldreserve noch 103 801 290 Dollar Gold oder Goldcertifikate. Größer als jemals früher war auch der Betrag der ausstehenden Goldcertifikate, der Ende September die Höhe von 363 811 089 Dollar erreichte.

Bzüglich der Nationalbanken führt der Bericht aus, daß am 1. Oktober 1902 4678 solche Banken mit einem Kapital von 713 Millionen Dollars vorhanden waren, die 338 Millionen Bonds hinterlegten und dafür 838 Millionen Dollars in durch Bonds gedeckten Noten in Umlauf brachten. Die Zahl der Banken nahm seit dem Vorjahr um 390 zu, das Kapital der Banken um 50 Millionen. Der Umlauf der ausstehenden verzinslichen Staatsschuld war Ende Juni 931 070 840 Dollars gegen 987 141 040 Dollars im Vorjahre. Es wurden 66,07 Millionen Dollars Bonds zum Preise von 70,41 Dollars zurückgekauft. Mit der Amortisierung wird fortgefahren.

Ueber den Gang des auswärtigen Handels teilt der Bericht mit: Die auffallendste Erscheinung des abgelaufenen Rechnungsjahres ist die Abnahme der Ausfuhr und die Zunahme der Einfuhr. Die Ausfuhr sank seit dem Vorjahre um 108 045 590 Dollars (von 1 487 784 991 auf 1 381 739 401), während die Einfuhr um 90 178 783 Doll. (von 823 179 165 auf 903 320 948) stieg. Was die Ausfuhr betrifft, so sank die Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaren um 18,76 Millionen Dollars infolge der gestiegenen Nachfrage des heimischen Marktes, die von Reis und Mais infolge des Ernteausfalls um 67,36 Millionen. Durch den Preisfall der Baumwolle fiel der Wert der Baumwollausfuhr trotz der gesteigerten Menge um 23 Millionen Dollars. Von der Steigerung der Einfuhr entfallen 69,7 Millionen Dollars der Mehreinfuhr auf Rohstoffe für die inländischen Fabriken, 19,7 Millionen Dollars auf fertige Artikel, 11,88 Millionen Dollars auf seine Artikel. Inwiefern ging die Einfuhr von Nahrungsmitteln um 21 Millionen Dollars zurück, während die Einfuhr ganz oder teilweise fertiger Eisen- und Stahlwaren um 9,3 Millionen Dollars stieg und größer war, als sie seit 1893 gewesen ist.

Zu der in der Presse immer wieder auftauchenden Behauptung, daß der hereinbruch der Krise wohl in der Kohlen- und Eisenindustrie die Arbeitslosigkeit vermindert hätte, daß aber die Löhne nur wenig gefallen seien, liefert die soeben veröffentlichte amtliche Statistik der Beschäftigten und Löhne im preussischen Bergbau während des dritten Quartals des laufenden Jahres einen schlagenden Gegenbeweis. Auch gegen diese Statistik läßt sich, wie gegen manche andre, verschiedenes einwenden, besonders was die Berechnung der Schichtlöhne anbelangt; immerhin bietet sie eine weit bessere und zuverlässigere Uebersicht über die Bewegung der Bergarbeiterlöhne als die von einzelnen Werten und Verbänden veröffentlichten Lohnstatistiken. Vergleichen man die Beschäftigten des dritten Quartals mit denen des zweiten Quartals, so ergibt sich, daß die Zahl der im Erzbergbau beschäftigten Arbeiter noch immer im Rückgang begriffen ist, während die Zahl der im Braunkohlenbergbau beschäftigten

Arbeiter auf dem im zweiten Quartal dieses Jahres erreichten niedrigen Stand verharret und in einzelnen Revieren des Steinkohlenbergbaues, vornehmlich im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund und im Saarbrücker Revier (Staatswerke), sogar die Beschäftigten-ziffer zugenommen hat: eine Zunahme, die allerdings noch nicht 1 Proz. beträgt und überdies durch den Rückgang in Niederschlesien teilweise ausgeglichen wird. Dieser Ab- resp. Zunahme des Beschäftigungsgrades entspricht auch die Lohnbewegung; d. h. im Erzbergbau sind die Schichtlöhne noch weiter zurückgegangen — im Mansfeldischen stiegen sie sogar um beinahe 4 Proz. unter dem Durchschnittsstand des zweiten Quartals — während im Steinkohlenbergbau durchweg in den Monaten August-September der Schichtlohn um ein geringes gestiegen ist, wenn auch nur um wenige Pfennige. Nach den amtlichen Angaben ergeben sich, wenn Beamte und Ausseher außer Betracht gelassen und von den Löhnen die von den Vergleichen zu tragenden Arbeitskosten in Abzug gebracht werden, folgende sogen. „reine“ Schichtlöhne:

Table with 6 columns: Bergbauart, Schicht, III. Vierteljahr 1902, II. Vierteljahr 1902, Verdiente reine Löhne auf 1 Arbeiter III. Vierteljahr 1902, Verdiente reine Löhne auf 1 Schicht im II. Vierteljahr 1902, Zahlmittel 1901.

Hinter der durchschnittlichen Lohnhöhe des Jahres 1901 bleiben danach die Löhne des dritten Quartals noch immer beträchtlich zurück, und zwar beträgt im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund, in dem ungefähr zwei Drittel der Gesamtbeschäftigten der preussischen Steinkohlenreviere beschäftigt sind, der Rückgang 7 Proz. Dabei muß berücksichtigt werden, daß auch im vorigen Jahre schon ein Fallen der Löhne stattgefunden hat; im Vergleich zu dem Durchschnittslohn im Jahre 1900 stellt sich der Rückgang auf 10 Proz. Noch schlimmer steht es im Erzbergbau, in welchem schon im Vergleich zum vorigen Jahre sich ein Lohnrückgang von 10 Proz. ergibt.

Es ist die alte Geschichte: in der Aufschwungsperiode steigt der Lohn der Arbeiter ungleich langsamer, als der Profit der Unternehmer, und wenn dann die Krise hereinbricht, sind es zumeist die Arbeiter, die durch Entlassungen, Einlegung von Feiertagen und Lohnreduktionen die Fehler der heutigen Wirtschaftsweise zu kosten bekommen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Heute (Sonnabend) abend 8 1/2 Uhr finden hier selbst zwei Parteiverfammlungen gegen den agrarischen Rechts- und Verfassungsbruch am Reichstage statt, und zwar im Technikischen Saale in Halenselde und im Kunstischen Saale, Südwalderstr. 80. Die Genossen Rosenow und Dr. Viehnecht referieren über das Thema: „Was geht im Reichstage vor?“ Es gilt auch für die Spandauer Bevölkerung, Protest gegen den Staatsstreich im Reichstage einzulegen. Daran: alle Mann zur Versammlung!

In Neu-Weißensee findet Sonntagmorgen 8 Uhr eine Flugblatt-Verbreitung zur Gewerbegehilfe-Wahl statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich in folgenden Lokalen zahlreich einzufinden. 1. Abteilung: P. Helmke, Heinersdorfer Weg 38; 2. Abteilung: C. Stolle, Lehderstr. 28; 3. Abteilung: W. Schmutz, König-Chaussee 38; 4. Abteilung: A. Gary, König-Chaussee 55; 5. Abteilung: H. Sörter, Straßburgerstr. 58. Gleichzeitig sind auch in diesen Lokalen und ferner beim Genossen Schumann, Lehderstr. 118, Wahllegitimationen zu haben. Die Wähler werden ersucht, davon recht regen Gebrauch zu machen. J. A.: C. Schumann, Lehderstr. 118.

Lokales.

Die Wirkung der Gehe,

die ärger als zur Zeit des Schaummels und des Justhausharjes gegen und im Schwange ist, soll heute einmal durch ein paar nüchternen Zahlen beleuchtet werden. Innerhalb drei Wochen hat sich der Stand der festen Abonnenten unseres Blattes um fünftausend vermehrt. Der Straßenverkauf aber hat an einigen Tagen die bis dahin unerhörte Höhe von dreihundzwanzigtausend Exemplaren erreicht.

Dies Resultat eines niederrätigen Feldzuges der Scharfmacher-Prese ermutigt uns, unsere Feinde anzurufen, nur in bisheriger Weise weiter zu wirken. Der Bevölkerung Berlins, vor allem der Arbeiterschaft, aber drücken wir hiermit für ihre auch in diesen erregten Tagen bewiesene Hingebung unsern Dank aus. Das Proletariat wird uns weiter auf dem Posten finden!

Partei, Partei, wer sollte sie nicht nehmen!

Zwei erfreuliche Wirkungen haben die Vorgänge der letzten Zeit gehabt. Erstens die ja gewiß selbstverständliche Erscheinung, daß die Arbeiterschaft, angeleitet von der wüsten geschäftlichen Ausnützung des Falles Krupp durch die Scharfmacher-Prese, angeleitet von den Vergevaltungsversuchen, welche die Jollwüchermehrheit im Reichstage unternimmt, sich um so inniger an ihre legitime Vertretung, an die Sozialdemokratie angeschlossen und durch zahllose Kundgebungen den kapitalistischen Feinden des Volkes ihre Verachtung ausgedrückt hat.

Daß die Massenbewegung Arbeiterschaft angeleitet der kapitalistischen Organe so handelte, schon aus moralischen Gründen so handeln mußte, war, wie gesagt, selbstverständlich. Einigermassen überraschend ist jedoch die zweite Erscheinung, die der Fall Krupp und die Vorgänge im Reichstage im Gefolge haben, nämlich das Bewußtwerden der unparteiischen Presse in Berlin. Der Leser wird staunen. Liegt denn nicht heute noch in jeder Aneipe, in jedem ordentlichen und unordentlichen Bürgerhause der „Lokal-Anzeiger“ aus, ja wird dies Blatt nicht auch von zahlreichen Arbeitern und namentlich Arbeiterinnen vor wie nach gelesen? Das alles schon, aber der „Lokal-Anzeiger“ ist der „Lokal-Anzeiger“ nicht mehr. Er hat aufgehört, unparteiisch zu schreiben, er ist Parteiblatt geworden. Parteiblatt wie die „Post“, die „Neuesten Nachrichten“, die „Germania“. Und das nennen wir einen politischen und ethischen Gewinn, der gar nicht hoch genug anzuschlagen ist.

Offt genug haben wir darauf hingewiesen, daß in Zeiten, wo die Welt sich in zwei Parteien spaltet, wo ein Hüben wie Dräben nur gilt, kein bescheideneres Jammerebild zu denken ist, als ein unpartei-

isches Blatt, dem irgend eine abgeschmackte Sensation höher steht, als die Lebensinteressen der Bevölkerungsschichten, das durch Vortreten von allerhand Klatsch und Tratsch das Hirn seiner Leser zu vergiften, sie für die Beteiligung an politischen und sozialen Kämpfen unfähig zu machen sucht. Die tiefe Wirkung, welche die Vorgänge der letzten Wochen auf unser öffentliches Leben ausübten, läßt sich an der Thatfache ablesen, daß das Scharfblatt seines Wesens Wesenheit aufgegeben hat.

Ein Freund unsres Blattes stellt uns einige Mitlen aus dem „Lokal-Anzeiger“ zusammen. Er weist mit begrifflicher und doch unangebrachter Entrüstung darauf hin, daß diese von ihm bisher für unparteiisch gehaltene Zeitung Klipp und Klar sich in den Diensten der Jollwücher-Mehrheit stellt und die Volksvertreter, welche das Proletariat vor Hunger und Elend schützen wollen, begeistert. Es heißt in Nr. 559 vom 29. November:

„Daß eine Majorität durch eine rücksichtslose Minorität terrorisiert und schließlich ihres guten Rechts (11) beraubt werden sollte.“ Ferner: „Unter der Oberfläche brodelte und garte es, als der Abgeordnete Spahn die Zulässigkeit des Antrages Kardorff mit großer Klarheit bewies.... Herr Liebermann von Sonnenberg, der merkwürdigerweise sich gegen den Antrag Kardorff aussprach, hatte gestern seinen glücklichen Tag.“ Also noch über diesen stockreaktionären Antisemitismus hinaus ist der „Lokal-Anzeiger“ reaktionär und volksfeindlich! Die Rede des Abgeordneten Geher wird folgendermaßen verdreht: „Der sozialdemokratische Abgeordnete Geher sprach mit mehr Leidenschaft als Gefühl und der rote Faden, der durch seine Rede ging, war der Gedanke, daß die Majorität nur anzuerkennen sei, wenn sie der Minorität Gefolgschaft leistet!“ Sodann heißt es: „Die sachliche Art und Weise, mit welcher die Anhänger des Antrages Kardorff ihre Meinung verfochten, reizte die Minorität schärflich.... Herr Stadthagen tobte und wütelte.... Es wäre dringend zu wünschen, daß diese würdelosen Ausschreitungen endlich ein Ende nehmen, die sachlichen Beratungen zu ihrem Rechte kommen und der Jolltarif baldigt unter Dach und Fach gebracht wird!“

Unser Freund entrüstet sich sehr zu Unrecht darüber, daß der „Lokal-Anzeiger“ Parteiblatt geworden ist und beinahe begeistert dem Jollwücher das Wort redet. Wir sind erfreut, daß dies von solcher Stelle aus geschieht, ebenso wie es uns befriedigt, daß das bisher durch Scheinbare Unparteilichkeit zu Namen gekommene Blatt in der Kruppischen Angelegenheit mit aller Schärfe gegen die Sozialdemokratie Stellung nimmt, wie es in Nr. 563 vom 2. Dezember geschehen ist:

Dem Kusse folgend, den Kaiser Wilhelm am Tage der Beisehung Friedrich Krupp an sie erlassen, haben die Kruppischen Arbeiter jetzt eine Kundgebung beschloffen, durch die sie jede Gemeinshaft mit den Urhebern der gegen den Verstorbenen gerichteten Verleumdungen ablehnen. Rechte zu thun, steht kaum in ihrer Macht; man wird aber auch erwarten dürfen, daß sie die hier bekannten Gesinnungen nach Kräften in Thaten umsetzen werden.

Die Kruppischen Arbeiter, welche aus Gründen, die hier an der Hand liegen, ihren Namen unter die ihnen vorgelegte Adresse setzten, gelobten darin beiläufig, daß sie Elemente, die mit dem „Lokal-Anzeiger“ Gemeinshaft halten, also sich zur Sozialdemokratie bekenntende Arbeiter nicht unter sich dulden wollen, und der „Lokal-Anzeiger“ handelt die Essener Proletariat mit einem Eifer, der eines ausgesprochenen Scharfmacherblattes würdig ist, zum thätkräftigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie auf.

Recht so. Das unparteiisch schillernde Sensationsblatt ist schwer zu fassen; von rechts und links verachtet, gleich es den Marxbrüdern, die, weder Feinde noch Freundesland kennend, die Bevölkerung auf jeden Fall malträtieren. Bei dem politischen Gegner, der sich hier als Förderer des Jollwüchers und Feind der Sozialdemokratie zeigt, weiß man jedoch, woran man ist. Er bekennet Farbe, ihn kann man pöden, ihn kann man, wenn er erlich ist, sogar respektieren. Es ist ja möglich, daß das, was uns Tugend auch beim Feinde dünkt, Herrn Scherl eine sehr unangebrachte Eigenschaft scheint, und er, den notorischen Dalles der seiner neuen Richtung gesinnungsüberwandten Scharfmacher-Prese vor Augen, den geschäftlichen Fehler berent, und wieder Befehl zum Einlenken giebt. Das kann ihm aber nichts nützen.

Selbst Götter stiegen von Olymp hernieder und kämpften auf der Finne der Partei! Er, der bis dahin auf der olympischen Höhe seiner Inszenierung thronte, ist hinabgestiegen ins Kampfgewühl, er ist Förderer des Drotwüchers und ausgesprochener Feind der Massenbewegungen Arbeiterschaft geworden. Daran wird jeder Arbeiter sich zu erinnern haben, wenn er bei Seinesgleichen den „Lokal-Anzeiger“ sieht!

Vom „Geisteskampf“ des Centrums.

Ein Gewaltstreich, der nicht nur recht unärrlich, sondern auch im höchsten Grade unanständig ist, wurde am Donnerstagabend von einer Rote von Centrumsleuten unter geistlicher Führung verübt. Wir meinen die unfern Lesern bereits bekannte Sprengung der Volksversammlung, welche unsre Parteigenossen nach dem Lokal Räderdorferstr. 45 einberufen hatten. Die Einzelheiten dieses planmäßig organisierten Gewaltstreiches sind interessant genug, um hier geschildert zu werden.

Am Donnerstagvormittag wurde durch Berliner Centrumsanhänger in ihren Kreisen ein Flugblatt verbreitet, welches den „Christlich gesinnten Männern“ folgende Botsung erteilt:

Damit die Versammlung in unserem Sinne geleitet wird, möchten wir eine möglichst große Zahl von christlich gesinnten Männern bei derselben haben und bitten wir Sie dringend, pünktlich um 1/8 Uhr im großen Saale des Leo-Hospiz, Räderdorferstr. 45, zu sein und möglichst viele Gesinnungsgenossen mitzubringen.

Einige Mitglieder des Windhock-Bundes Berlin Ost: Wiedeberg, Gasse. Modest. Korzenietzki. Stephan.

Zweifellos war auch die Polizei von dem sauberen Plane des Windhock-Bundes in Kenntnis gesetzt und sie sollte wohl nach der Absicht der „Christlichen Geisteshelden“ die aufgebotenen christlichen Sabamacher schützen. Jedenfalls ist es Thatfache, daß die Polizei in Gestalt eines ungewöhnlich starken Aufgebots von Schuppleuten in Civil und in Uniform unter der Führung von zwei Lieutenants zur Stelle war. Auch die christlich gesinnte Sprengkolonne war zur Stelle, sie machte der Zahl nach aber nur ein Drittel der Versammelten aus, und die Absicht, die Versammlung unter die Leitung der Centrumsler zu bringen, war somit vereitelt. Das Bureau wurde durch unsre Parteigenossen gebildet, Genosse Wengels hatte den Vorsitz. Ehe aber der Referent Adolf Hoffmann das Wort ergreifen konnte, begannen die zum Standalmachen kommandierten Windhock-Bündler, zum großen Teil ganz junge Wüchsen, die der geistlichen Führung noch nicht entwachsen waren, einen wüsten Lärm. Ununterbrochen brüllte die Rote: raus, raus! Die Absicht der „Christlich gesinnten Männer“ gelang denn auch sehr bald: die Versammlung wurde durch den Ueberwachenden aufgelöst und die Anwesenden durch die zahlreich erschienenen Schuppleute hinausgedrängt.

So hat denn die von der Reichstagsmehrheit unter Beihilfe des Centrums besetzte Gewalttätigkeit ihre würdige Nachahmung bei denen gefunden, die sich noch von den Centrumsleuten leishammeln lassen. Von den Unterzeichnern des Aufrufs zum Standalmachen ist und Herr Wiedeberg als christlicher Gewerkschaftsführer bekannt, und Herr Stephan wird uns als Geistlicher der katholischen Piusgemeinde bezeichnet. Das sind in der That die rechten Centrumsleute. In eine Diskussion mit unfern Parteigenossen einzutreten, dazu fehlt ihnen der Mut, und vor allem die guten Gründe, um ihre Sache

vor einer nicht durch geistliche Führung verimpelten Bevölkerung zu vertreten. Aber durch willigen Lärm eine Versammlung aufgellakter Arbeiter zu sprengen, dazu reichen die Fähigkeiten der Windhorst-Bändler und sonstiger Centrumsleute grade noch aus.

Der Eifer der Polizei

trat bei den Versammlungen am Donnerstag wohl am offenkundigsten vor dem Gewerkschaftshaus in die Erscheinung. Im Flur eines Nachbarhauses sah man einen starken Trupp von Schulenteuten stehen, des Winkes gewärtig, wo man ihrer bedürfen würde, „um der Bestie den Zaum anzulegen“. Schulenteute zu Fuß und zu Hof waren auf der Straße postiert. Am Eingang des Hauses wurde jeder, der, nachdem der Versammlungsraum gefüllt war, das Thor passieren wollte, von Schulenteuten mit einem Vorhaken: „Wohin!“ angehalten. Im Saale verbot der Liebertwachende zunächst die Verteilung des Extrablatts des „Vorwärts“. Sogleich war jedoch ein Genosse zur Stelle, der die polizeiliche Erlaubnis zur öffentlichen Verteilung von Druckschriften besitzt, diesem Namen konnte natürlich der Beamte die Ausübung seiner Tätigkeit nicht unterjagen, und die Verteilung nahm ihren Fortgang.

Auch sonst war die Polizei am Donnerstagabend auf dem Posten, wenn auch nicht immer so sichtbar, wie am Gewerkschaftshause. Uns wird mitgeteilt, daß auf dem Hofe der Brauerei Königstadt, wo eine Versammlung des sechsten Wahlkreises stattfand, eine große Zahl von Schulenteuten zu Fuß und zu Pferde bereit standen, die nach Schluß der Versammlung in kurzen Zwischenräumen, immer zu zweien, ganz leise und heimlich durch ein Nebenthor hinaus spazierten. So wie hier werden auch wohl in andern Lokalen ganz in der Stille stehende Polizeiwachen errichtet gewesen sein. Wehalb diese Vorsichtsmahregeln für erforderlich gehalten wurden, ist nicht ersichtlich. Die „Bestie“ läßt sich von ihren politischen Feinden ja doch nicht probozieren.

Ueber die Höhe der laufenden Armenunterstützungen

in Berlin, Charlottenburg und Breslau in den Jahren 1900 und 1901 werden in den „Blättern für das Breslauer Armenwesen“ und in den amtlichen Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung einige interessante Daten veröffentlicht. Für Berlin und Breslau liegen die Zahlen der an einem bestimmten Tage vorhandenen Unterstützungs-Empfänger zu Grunde, während in Charlottenburg alle in den ganzen Rechnungsjahren gewährten laufenden, d. h. auf mehr als einen Monat bewilligten Unterstützungen gezählt sind, und zwar so, daß bei Unterstützungen einer Person, deren Höhe im Laufe des Jahres gewechselt hat, nur der höchste Betrag gezählt worden ist. In allen drei Städten zeigt sich gegen das Vorjahr eine Verminderung des Prozentjahres der unteren und eine Steigerung des Prozentjahres bei den oberen Stufen. Die Hauptursache hierfür dürfte in den wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere auch in der wenigstens in Berlin und Charlottenburg eingetretenen Mietssteigerung zu suchen sein. Dazu kommt, daß die allgemeine Hebung des „Standard of life“ auch die Armenverwaltung überall zu Erhöhungen ihrer Sätze genötigt hat, und schließlich, daß mehr und mehr die Ueberzeugung durchdringt, daß es nicht genügt, den Armen gerade nur nicht verhungern zu lassen, sondern daß wirksam geholfen und durch angemessene rechtzeitige Hilfe auch der sonst vielleicht drohenden dauernden Verarmung vorgebeugt werden muß. Vergleicht man die Zahlen von 1901 im einzelnen, so ergibt sich, daß in Berlin und Charlottenburg der Hauptteil der Unterstützungen auf die Stufen zwischen 9 und 24 M. entfällt. Während aber in Berlin die Unterstützungen zwischen 15 und 24 M. fast zwei Fünftel aller Unterstützungen ausmachen, entfallen in Charlottenburg auf diese Stufen nur 17 Proz., also noch nicht halb so viel als in Berlin. Die Stufen bis zu 12 M. dagegen umfassen in Charlottenburg etwa 55 Proz. aller Unterstützungen gegen nur 36 Proz. in Berlin. Größer als in Berlin ist in Charlottenburg der Prozentsatz der beiden obersten Stufen. Ein Schluß darauf, daß in Charlottenburg im allgemeinen höher unterstützt wird als in Berlin, läßt sich jedoch daraus nicht ziehen, denn einmal sind die vergleichenden Zahlen an sich zu klein, und zweitens beruht die Berechnung auf ungleicher Grundlage. Die Charlottenburger Zahlen beziehen sich auf die Zeit bis zum 31. März 1902, während die Berliner Aufnahme ein volles Jahr zurückliegt. Gerade im letzten Jahre ist aber eine Zunahme in den oberen Stufen eingetreten. Auffallend sind die im Vergleich mit Berlin und Charlottenburg verhältnismäßig niedrigen Sätze in Breslau. Noch nicht 5 Proz. aller Unterstützungen am 1. Mai 1902 gingen über 12 M., kaum 27 Proz. über 9 M. hinaus. Worin die Gründe für diese Erscheinung liegen, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Zum Teil ist die niedrige Unterstützung zweifellos auf den Umstand zurückzuführen, daß die Mieten in Breslau geringer sind als in Berlin und Charlottenburg. Die Zahl der laufenden Unterstützten betrug in Berlin am 31. März 1900: 29 458, am 31. März 1901: 30 297, in Charlottenburg im Durchschnitt des Jahres 1900: 2036, im Durchschnitt des folgenden Jahres 2305, in Breslau am 1. Mai 1901: 5939, am 1. Mai 1902: 6131. Also überall eine nicht unbeträchtliche Zunahme, ein Beweis, wie sehr die wirtschaftliche Krise die öffentliche Armenpflege beeinflusst.

Herr Georg Reide ist am Donnerstagabend zum zweiten Bürgermeister gewählt worden. Um nicht den Vorwurf auf sich zu laden, daß die christliche Presse weniger aktuell sei als die der Kinder der Welt, hat der „Reichsbote“, das Organ von und für Pastoren, bereits am Freitagabend seine Denunziation nach oben hin fix und fertig. Den lehrerlichen Konsistorialrat von ehebem hat das Pastorenblatt schon lange nicht berühren können. Bereits im März 1900, gelegentlich der Aufführung von Reides „Freiwillig“, schrieb es, daß der Verfasser mit seinem Stück der Socialdemokratie die Wege ebne, weil er Menschen auf die Bühne stelle, die weder Gott, noch Völkern, noch die göttliche Weltordnung kennen. Und ein solcher Mann sei Konsistorialrat. Die Folge der Denunziation war bekanntlich, daß Herr Reide sehr bald nicht mehr Konsistorialrat war.

Diese Wirkung hat den „Reichsboten“ jetzt offenbar ermutigt, den Feldzug gegen Herrn Reide fortzusetzen. Herr Reide hat neuerdings einen Roman geschrieben, „Das grüne Huhn“. Nach dem frommen Wille läuft die Tendenz dieses Romans auf die Rechtfertigung der Gewaltthat oder des Selbstmordes hinaus: Leben nach radikalster persönlicher Willkür und wenn sich Schwierigkeiten erheben, sich durch die Gewaltthat gegen andre Menschen oder durch den Selbstmord davon zu befreien.

Nach dieser Einleitung geht es los: „Es fragt sich aber, ob ein Mann, der solche Anschauungen öffentlich vertritt, zum Bürgermeister von Berlin qualifiziert ist; denn es ist doch zweifellos: wenn er als Bürgermeister nach diesen Grundbänden die Stadt regieren will, so gerät er in Konflikt mit allen Staatsgesetzen und der öffentlich geltenden Moral über Ehe und Familie. Hält er sich aber als Bürgermeister in dieser Beziehung zurück, so ist doch keineswegs diejenige Kraft des Eintretens für sittlich-soziale Grundbände von ihm zu erwarten, welche von der Berliner Stadtverwaltung gefordert werden muß. Ein Mann, der von Kommunalverwaltung noch keine Probe abgelegt hat und der solchen zerkleinernden naturalistischen Grundbänden huldigt, ist untrüglicherweise zum Bürgermeister unzulänglich geeignet, als er von den Stadtverordneten gerade wegen dieser seiner Anschauungen gewählt und also auch von ihm erwartet wird, daß er in Abhängigkeit von den Stadtverordneten, aber danach sein Amt führt, wodurch er dann in Konflikt mit den Staatsbehörden wie mit den sittlichen Aufgaben der Schule und den öffentlichen Institutionen kommen muß.“

Heute, wo der Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit besonders heftig wieder losbricht, verpönt der „Reichsbote“ sich offenbar einen sicheren Erfolg von seiner Handwerksleistung.

Stadtschulrat Dr. Voigt + Stadtschulrat Professor Dr. Friedrich August Ernst Voigt, der Nachfolger des noch lebenden Schulrats Geh. Regierungsrat Professor Dr. Fürstenau im höheren städtischen

Schulwesen, ist gestern früh um 7 Uhr nach mehrtägigem Krankenlager, verursacht durch eine Lungenentzündung, gestorben. Stadtschulrat Voigt wurde am 10. April 1901 von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt, nachdem der erst kurz vorher zum Stadtschulrat gewählte Gymnasial-Direktor Professor Dr. Schwalbe plötzlich, noch bevor er sein Amt hatte anreten können, einem Schlaganfall erlegen war. Voigt, der am 22. Juni 1843 zu Magdeburg geboren ist, wo auch der Stadtschulrat Vertram herkommt, hat in Halle, Berlin und Greifswald studiert, war jahrelang Direktor des hiesigen Friedrichs-Gymnasiums und wurde 1878 Professor. Längere Zeit war er Leiter einer städtischen Fortbildungsschule und führte auch die Aufsicht an verschiedenen Anstalten über den katholischen und jüdischen Religionsunterricht. In der gestrigen Magistratsitzung ehrte der Oberbürgermeister Kirchner das Andenken an Voigt durch einen warm empfundenen Nachruf. Gleichzeitig mit dem Stadtschulrat ist der Stadtschulrat Gobisch, der kürzlich sein 50jähriges Dienstjubiläum feiern konnte, an Lungenentzündung verstorben.

Die Beisetzung des Verstorbenen findet am nächsten Montag um 12 Uhr, voraussichtlich von der Aula des Friedrichs-Gymnasiums, der Stätte seiner langjährigen Tätigkeit, aus statt.

Der Magistrat hat gestern beschlossen, wegen der starken Belegung der städtischen Irren-Anstalten für Dalldorf, Herzberge und Buhlgarten je einen neuen Oberarzt anzustellen, die dann Aussicht haben, an einer der noch im Bau befindlichen oder geplanten Irren-Anstalten definitiv angestellt zu werden.

Die notleidende Landwirtschaft. Der Teltower Landwirtschaftliche Verein hatte Dienstag im Englischen Hause in der Mohrenstraße folgendes Menu zu bewältigen: Türkische Suppe. Madue-Moränen grilliert mit Colbertsauc. Reh auf Jäger Art. Hamburger Brustl. Salat, eingelegte Früchte. Matronenbombe. Käsebrötchen und Chokoladen.

Leuten, die weniger von der krassen Rot ausgemergelt sind, als die unter dem Milchriegel Herrn Oberamtmann Ring-Düppel organisierten Agrarier mag die Ueberwindung der endlich umfangreichen Speisesolge als jährlicher Ueberwindung erscheinen. Immerhin gönnten wir den Armen diesen kräftigen bürgerlichen Mittagstisch von Herzen, wenn auch sie nach hoffentlich erfolgter Sättigung ein menschlich Mitleiden empfinden und dem Arbeiter nicht sein jener verdientes bißchen Brot durch Bucherzölle verteuern wollten.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendlektüre, die die Verwaltung des Gewerkschaftshauses veranstaltet hat, ist bisher recht hübsch besucht gewesen. Seit Mittwoch ist eine Feststellung der Besucherzahl vorgenommen worden. Am Mittwoch wurden 231 Personen gezählt, am Donnerstag 269 Personen; für Freitag kam die Zahl im Augenblick noch nicht angegeben werden. Die Besucher gehören überwiegend der Arbeiterbevölkerung an. In dieser Hinsicht sind die Wünsche und Erwartungen der Veranstalter der Ausstellung durchaus erfüllt worden. Erstaunlich ist, daß auch Vorstände von Arbeitervereinen, die sich nach passenden Geschenken zu den von ihnen geplanten Weihnachtsbescherungen umsehen wollen, die Ausstellung besuchen und sich hier Rat holen.

Sehr bewährt hat sich der Versuch, Gemeindegullehrer zur Teilnahme an dem Unternehmen heranzuziehen. In jedem Tage stellen sich einige dieser Herren für ein paar Abendstunden zur Verfügung, um unkundigen Besuchern der Ausstellung auf Wunsch als Führer zu dienen. Diese Hilfe kommt nicht nur der Sache zu gute, die durch die Ausstellung gefördert werden soll, sondern trägt sicherlich auch ein wenig dazu bei, die Beziehungen zwischen Schule und Haus zu bessern, indem sie eine Gelegenheit zu einer Annäherung zwischen Lehrern und Eltern giebt. Sie schafft einen neutralen Boden, auf dem beide Teile zusammenkommen können, um sich die Hände zu reichen zu gemeinsamer Fürsorge-Arbeit an der ästhetischen Bildung unserer Jugend und vermindert das gegenseitige Mißtrauen, das auf beiden Seiten besteht.

Die Ausstellung wird leider schon am heutigen Sonnabend geschlossen. Sie ist, was wir hier noch einmal in Erinnerung bringen wollen, von 10 Uhr früh bis 10 Uhr abends zu besuchen und der Zutritt ist unentgeltlich.

Ein Opfer des Verkehrs ist der 32 Jahre alte Arbeiter Karl Wust, Langestr. 38 geworden. Der Unglückliche arbeitete bei den Mohrlegern in Schöneberg und wollte vor einigen Tagen, abends 6 Uhr, zur Heimfahrt am Bahnhof Großgörschenstraße einen Straßenbahnwagen, der dort hielt, besteigen. Hierbei fiel er vom ersten Treittreppchen stützend auf die Straße und schlug mit dem Kopfe gegen die Rückwand des Wagens, so daß ihm das Blut aus dem rechten Ohre lief. Von der Unfallstation in der Bahnstraße wurde er mit einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht. Hier verschlimmerte sich sein Zustand so, daß ihn seine Frau noch in der Nacht in das Krankenhaus am Friedrichshain bringen mußte, wo er schon bevorzugslos anlag. Ohne wieder zur Bewußtsein gekommen zu sein, starb er an einem Schädelbruch, die eine Verletzung des Gehirns zur Folge gehabt hat. Ob der Verunglückte, der seine Frau mit einem Kinde von einem Jahr hinterläßt, im Gedränge vom Treittreppchen gestürzt wurde oder ausglitt, ließ sich nicht feststellen.

In einer Kaskemme ergriffen wurde ein 17 Jahre alter Willy Sebastian, der aus der Zwangszerziehung entwichen war. Der Bursche taugte nie etwas, obwohl sich seine Mutter die größte Mühe gab, ihn ordentlich zu erziehen. Als nichts mehr half und der Taugenichts fortgesetzt Diebereien verübte, ließ ihn die Mutter in Zwangszerziehung bringen. Als man ihn jetzt wieder sah, nachdem er sich herumgetrieben und von Einbrüchen gelebt hatte, fand man bei ihm eine Menge der besten Diebeswerkzeuge: Dietriche, Brecheisen usw. Woher er sie hat, sagt er nicht. Einige Sachen, die er besitzt, rühren ohne Zweifel von Diebstählen her, so auch eine Anzahl Taschentücher, aus denen er die Zeichen entfernt hat. Eins enthält noch die Buchstaben „v. B.“, während der Anfangsbuchstabe des Vornamens beseitigt ist. Zur Aufklärung des ganzen Treibens des Unverbesserlichen wäre es erwünscht, daß sich „v. B.“ bei der Kriminalpolizei meldete.

Eine Einbrecherbande, als deren Führer ein Fuhrherr verdächtigt ist, welcher seine Wagen und Pferde zur Fortschaffung der Beute zur Verfügung stellte, ist durch die Kriminalpolizei aufgehoben worden. Drei Mitglieder der Bande konnten bisher festgenommen werden, während er vierte, wie auch die Helfer, noch nicht ermittelt sind. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß bei einem Diebstahl in dem automatischen Restaurant Münzstraße 16 fünfundsiebzig Automaten erbrochen und beraubt worden waren. Der Bestohlene setzte eine Belohnung von 100 M. auf die Ermittlung der Thäter aus, und bald liefen bei ihm einige Anzeigen ein, durch welche verschiedene Personen beschuldigt wurden. Ein alter Stammgast des „Bouilloniers“, einer Kaskemme in der Linienstraße, teilte mit, daß der Kuischer Verhöpt sich in dieserlei Zustand der Teilnahme an dem Diebstahl selbst beschuldigt habe. Zwei seiner Komplizen, der Fuhrherr Koch, bei dem er in Stellung war, und ein gewisser Kattowert hatten das automatische Restaurant besucht, und Gelegenheiten gefunden, B. durch eine Hintertür einzulassen, und in einem abgelegenen Winkel zu verstecken. Die beiden andern kneipten bis zum Schluß des Lokals, und begleiteten dann den Inhaber desselben bis nach dessen Wohnung. Nachdem sie sich so überzeugt hatten, daß jede Gefahr der Ueberraschung beseitigt war, wurde der „schwarze Adolf“ abgeholt, und die drei begaben sich dann zurück nach dem Restaurant, in welches sie mit Hilfe des inen eingeschlossenen B. ohne Schwierigkeiten gelangen konnten. Verhöpt wurde durch die Polizei alsbald ermittelt. Er befand sich im Gefängnis, woselbst er eine mehrtägige Haftstrafe verbüßte, und wurde von dort sofort nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Auch der „schwarze Adolf“ wurde gleich hinterher festgenommen, und ebenso wurde der bereits mit vier

Jahren Zuchthaus vorbehaftete Kattowert verhaftet. Koch, dem von dem auf ihn gefallenen Verdacht rechtzeitig „gesperrt“ worden war, verkaufte säkularisierte Wagen und Pferde, und ist spurlos verschwunden. Die vier Einbrecher dürften wahrscheinlich ausgedehnte „Fahren“ unternommen haben, da sie in allen Häusern zu arbeiten verstanden. So werden sie verdächtig, einen großen Wäschediebstahl in Charlottenburg ausgeführt, und die Beute auf einem kleinen Wagen nach Berlin geschafft zu haben. Da jedoch keine „Sore“ gefunden werden konnte, wird angenommen, daß die „Chavrusse“ gute Abfahrtsgebiete besaß. Die Verhafteten bestritten natürlich jede Schuld.

Eine giftige Primel. Vor der Primula oboonica, einer jetzt von den Handelsgärtnern vielfach angebotenen Primelart mit hell-lila Blüten, wurde in der gestrigen Sitzung des Gartenbauvereins dringend gewarnt. Die genannte Primel, die sich durch schönen und reichen Blütenstand auszeichnet, hat an der Unterseite der Blätter keine Haare, die, sobald sie mit der menschlichen Haut in Berührung gebracht werden, mehr oder minder heftige Entzündungserscheinungen hervorrufen. Allerdings sind nicht alle Menschen gleich empfänglich gegen das Gift dieser Pflanze und es giebt viele Gärtner, die ohne jeden Schaden mit der Pflanze hantieren können. Bei andern aber erzeugt sie heftige Krankheitserscheinungen. So leidet die Tochter eines Vereinsmitgliedes, wie dieser gestern selbst mitteilte, nun schon seit drei Jahren an den Folgen einer solchen Vergiftung. Bei ihr ergriff die Krankheit auch das Kopfhaar; die Haare gingen aus und die Dame mußte ein Vierteljahr das Zimmer hüten, ehe Heilung eintrat; seitdem aber sind bisher schon sechs Rückfälle erfolgt. Wie eine junge Dame aus der Damen-Gartenbauerschule mitteilte, giebt es in den Wäschungen mit verdünntem Kreolin ein Mittel gegen diese Vergiftung.

Eine Finte. Ein österreichisch-ungarischer Gauner und Ladendieb macht gegenwärtig hiesige Geschäfte unsicher. Der Gauner, ein etwa 35jähriger Mann, der nur gebrochen deutsch spricht, sucht solche Geschäfte auf, in denen sich nur ein Verkäufer befindet, und bittet, ihm Vorschlag über eine bestimmte Adresse zu erteilen. Die auf einen Zettel geschriebene Adresse lautet nach der „Finststraße“, und der gefällige Verkäufer sucht im Adreßbuch vergeblich nach einem so genannten Strahenzug. Während dieser Zeit sucht der Fremde unbenutzt ausliegende Waren sich anzuzeigen und in seine Tasche verschwinden zu lassen, was ihm auch zumeist gelingt.

Herr Quistorp, vor Zeiten bekannt als Gründer von Westend und Gründer vieler verkrachter Unternehmungen, ist, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge gestern morgen gestorben. Seiner Zeit ein reicher Mann, fiel er nach dem Sturz von 1873 dem Elend anheim und irrte arm im Auslande umher. Später lebte Quistorp nach Westend zurück, wo er nun, 66 Jahre alt, gestorben ist. Ein Denkmal er sich zur Zeit seines Glanzes durch die Erbauung des Westender Wasserturms geschaffen.

Glendstatistik. Im Männerzahl des Berliner Asylvereins nächstgenannten während des Monats November 20 164 Personen, im Frauenzahl 5076 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Fäuliserstr. 5.

Feuerbericht. Gestern früh um 7 Uhr hat sich in der Kirchbachstraße 16 ein schweres Brandunglück in einem Keller ereignet. Dort brach angeblich durch die Unvorsichtigkeit einer Frau beim Feueranmachen in der Wohnung Feuer aus. Bei dem Vermähen, die Flammen zu erlöschern, erlitt Frau Gräß geborene Klose so schwere Brandwunden, daß die Feuerwehr sie sofort mit einem Mannschafswagen nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße schaffen mußte. Die Kernstie hat Brandwunden am ganzen Körper erlitten. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Bismarckstraße 44 einen Schaufelständer zu löschen, der ebenfalls durch Unvorsichtigkeit entstanden war. In der Judenstraße 83 hatte die erste Compagnie in der letzten Nacht längere Zeit mit der Löschung eines Brandes zu thun, der um 3 Uhr in einer Destillation ausgebrochen war. In der Fruchtstraße 19 brannte die Balkenlage unter der Centralheizung des Hauses und gleichzeitig am Grünweg 120 in einer Wohnung Spinde, Wäsche u. a. Aus der Vouchostraße in Treptow wurde ein Feuer gemeldet, das in einer Pianofabrik ausgebrochen war und die Pappe und Dachbedeckung erfaßt hatte. Möbel gingen in der Bohnenstraße 39, Rohrverpackungsmaterial u. a. in der Breitenstraße 18, Fußböden und Möbel in der Streiterstraße 18 und Küchen-Einrichtungsgegenstände in der Panstraße 4a in Flammen auf. In der Leipzigerstraße 20/21 brannte eine Bretterwand u. a. Am Urbanhafen war ein Pferd durch das Eis ins Wasser gestürzt. Mit großer Mühe wurde das Tier wieder aufs Trockene gebracht.

Am Freitag wurde die Wehr nachmittags von drei Seiten nach dem Königsgraben 15b gerufen, wo in einem Keller Kisten, Körbe u. a. in Flammen standen. Vorher hatte die 4. Compagnie einen gefährlichen Brand in der Stromstr. 31 zu löschen, wo auf dem Treppentritt Strohverpackungen u. a. brannten. Die Treppentgänge waren schon so verqualmt, daß sie nicht mehr zu passieren waren. Um Luft zu machen, mußten die Feuerwehrmänner an Hause einen Halenleitergang errichten, über den sie dann von Fenster zu Fenster weiter vordrangen. Es gelang, die Hausbewohner zu beruhigen und dann die Gefahr zu beseitigen. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Ebertstr. 21 zu thun, wo in einer Buchdruckerei Stausch u. a. Feuer gefangen hatte. Der Besitzer Brandt hatte dabei Brandwunden im Gesicht, den Armen und Händen erlitten. Samariter legten ihm Rotverbände an. Außerdem waren noch mehrere kleinere Brände zu löschen.

Verfammlungen.

Die Angestellten der städtischen Krankenhäuser (Zentrale XI des Verbandes städtischer Arbeiter) waren am Mittwoch im Gewerkschaftshause versammelt, um Stellung zu der Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen zu nehmen. Von allen Rednern wurde betont, daß sich in den Krankenhäusern bezüglich der gewerblichen Tätigkeit der Angestellten Mißstände ergeben, welche häufig sehr leicht abgestellt werden könnten, wenn eine Institution vorhanden wäre, die diese Zustände sachlich prüft und dann der Direktion unterbreiten könnte. Heute liegt es so, daß infolge der Größe eines solchen Institutes die Direktion nicht von allen Vorkommen Kenntnis hat; eine auf Abänderung dringende Beschwerte einzelner Personen bei den unteren Vorgesetzten wird als Subordination angesehen und meistens mit Entlassung bestraft. Tüchtige und für das Ansehen des Krankenhauses bedächtige Angestellte werden dadurch gezwungen, zu schweigen oder aber aufzuhören. Und den Schaden davon hat die Institution. Selbst der Direktor eines Krankenhauses hat sich vor einiger Zeit für Ausschüsse ausgesprochen. Auch der Magistrat hat durch seinen Vertreter im vorigen Jahre die Vorentscheidung zur Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen erklären lassen. Einstimmig wurde beschlossen, dahingehende Schritte zu unternehmen. — Große Verwunderung rief die Mitteilung des Sekretärs Schubert hervor, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten bezüglich Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 6 Wochen beigegeben wäre. Von allen Seiten wurde konstatiert, daß die Beamten der Krankenhäuser von der Verfügung kaum etwas wissen werden, sonst könnte es nicht vorkommen, daß diesen Kranken diese Differenz nicht ausbezahlt wird. Demgegenüber erklärt Schubert, daß dies kaum möglich sei und ersucht um Thatsachenmaterial, um gegen diese Radiation Protest zu erheben. — Auch über die Wohnungen der Angestellten in den Krankenhäusern wurde lebhaft Klage geführt und sollen diese Mißstände in nächster Zeit zum Gegenstand einer Versammlung gemacht werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. Dezember, vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegemeinde, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10^{1/2} Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehrke: „Dämon der Glaubens und der Auffklärung“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Achtung! Brauerei-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr:
Grosse öffentliche Versammlung
 in Kellers festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Kuratoriums des Arbeitsschweifes der Ring-Brauereien.
 2. Aufstellung der Kandidaten zur Kuratoriums-Wahl. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
NB. Wir erziehen um pünktliches Erscheinen, da der Saal um 4 Uhr geräumt werden muß.
 8215* Die Agitationskommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Sonnabend, den 6. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentl. Konferenz der Vertrauensleute für Moabit
 im Lokale des Herrn Fischer, Waldstraße 8.
 Die Ortsverwaltung.

Verein deutscher Schuhmacher.

Sonntag, den 7. Dezember 1902, abends 6 Uhr,
 im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstrasse No. 12:
Kombinierte

Mitglieder-Versammlung

mit Frauen.
 Vortrag des Fräulein Ida Altmann über:
„Ein rätselhaftes Volk“.

Nach dem Vortrage findet ein gemütliches Beisammensein statt. Wir bitten unsere Mitglieder, besonders zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen.
 [170/10] Die Ortsverwaltung.

Verband der Bauanschläger

Deutschlands. (Ortsgruppe Berlin.)
 Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Wendt's Central-Klubhaus, Am Königsgraben 14a:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
 Die Zahlstellen bezw. Arbeitsnachweise des Verbandes, woselbst auch neue Mitglieder aufgenommen werden, befinden sich Quislinstr. 75 bei Hartmann; Charlottenburg, Blomardstr. 50 bei Hagen; Schöneberg, Feurigstr. 18 bei Pfeiffer; Rixdorf, Delbichstr. 64 bei Dettmers.
 34/9 Der Vorstand.

Achtung! Vergolder. Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Montag, den 8. Dezember 1902, abends präcise 7 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes.
 Nicht eines jeden ist es, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
 237/2 Der Vorstand.

Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.
 Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Robert Voigt, Ritterstraße 75 (großer Saal):

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
 Renewal des Vorstandes, der Revisoren, der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission, der Beschwerde-Kommission und der Mitglieder des Vergütungskomitees. Anträge.
 Die aus der Bibliothek entnommenen Bücher müssen bis spätestens am 31. Dezember d. J. abgeliefert sein.
 100/7 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Gute abend 8-10 Uhr in sämtlichen Zahlstellen Entgegennahme von Beiträgen und Ausgabe der Krania-Billets à 60 Pf.
 Montag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr,
 Engel-Ufer Nr. 15.

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Soll die Unterstützung an die arbeitslosen Kollegen weiter gezahlt werden? 2. Bericht über die Differenz bei der Firma Gault. Große Franzfurterstr. 125. 3. Aufstellung von Delegierten zu den Wahlen der Innungs-Krankenkasse der Tischler. 4. Verschiedenes.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung fällt die Versammlung im Norden aus; das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet
 147/15 Der Vorstand.

Schlager der Saison!

Noch nie dagewesen!
 In Tuchkammgarn für elegante Gesellschafts-Anzüge und Fracks, jetzt 4,70 M. per Meter.
 Gemusterte Anzugstoffe, hochneu im Dessin, 3,00 M. per Meter.

Reste in Tuchstoffen!

spottbillig!
 Tuchfabrik-Niederlage
Koeh & Seeland
 Berlin C. Ross-Strasse 2.

Tanzschule Rich. Heinrich

im Festsaal III des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15.
 Zum Weihnachtsfest sowie zur kommenden Wadtenball-Saison beginnt ein neuer Kursus am Sonntag, den 7., und Mittwoch, den 10. Dezember. Anmeldungen bei Beginn des Unterrichts, sowie in meiner Wohnung erbeten
 Richard Heinrich, Gureystr. 1.

Vorwärts-Buchhandlung

69 Lindenstrasse 69.
 Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir als

Weihnachts-Geschenke

unser reichhaltiges Lager in
 Bilderbüchern, Jugendschriften, Märchenbüchern, Gedichtsammlungen, illustrierten und nichtillustrierten Klassiker-Ausgaben, naturwissenschaftlichen und Geschichts-

Werken.
 Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die reichhaltige Auswahl unserer

im Preise bedeutend herabgesetzten Werke aus allen Wissensgebieten,
 die, in ihrer tadellosen Ausstattung, ein selten günstiges Kaufobjekt bilden.

Special-Weihnachts-Verzeichnisse

auf Wunsch gratis und franco.
 Bilderbücher im Preise von 10 Pf. bis 5 M. Märchenbücher für Kinder von 6-8 Jahr. 25 Pf. bis 6 M. Märchenbücher und kleine Erzählungen für Kinder von 8-12 Jahren 50 Pf. bis 5 M. Erzählungen für die reifere Jugend 25 Pf. bis 10 M. Die im Gewerkschaftshaus ausgestellten Jugendschriften sind bei uns zu beziehen.

Hausfreund.

Unter dieser Marke stellen wir zum Weihnachts-Feste zu Extrapreisen

400 Schlafröcke
 zum Verkauf. Dieser Schlafrock, der bisher in Qualität und Konfektion noch von keiner Konkurrenz übertriften worden sein dürfte, ist aus wolligem, weichem Velour-Gewebe gefertigt, ein dem Körper sich behaglich anschmiegendes Kleidungsstück. Mit Tuch oder Filz besetzt, in sehr vornehmen Façons und Farben, für jede Größe passend.

In Verarbeitung II. Mk. 13,50
 In Verarbeitung I. „ 18,00
 Morgen-Joppen aus denselben Stoffen von 10,50 bis 16 Mk.

Ferner offerieren wir zur Weihnachts-Beisehung
einzelne Muster-Anzüge
 Paletots und Joppen
 für Knaben im Alter von 3-15 Jahren zu ausnahmsweise billigen Preisen.

Paletots von 1,75-10,50 Mk.
 Loden-Joppen 2,75- 6,00 .
 Cheviot-Anzüge 2,75-12,00 .

Auf diese Offerte, die wir natürlich nur so lange halten, wie der Vorrat reicht, machen wir ganz besonders die Herren Schul-Leiter und Rektoren, die Vorstände von Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereinen, sowie Behörden aufmerksam. Der Verkauf dieser Knaben-Anzüge findet nur wochentäglich statt.

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Heberverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellosen Sitz. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation in größtem Maßstabe.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.,
 Berlin, Oranienstr. 40/41.

Müte Pelz-Waaren

Schirme grösstes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2,
 Ecke Skalitzer-Str.

Chapeau claque . . von 7,50.
 Cylinderhüte . . . von 4,00.
 Filzhüte von 1,50.

GRÖSSTE HEIZKRAFT

Henckels Werke
 Berlin-Berlinberg 11

GERINGSTER ASCHEN-GEHALT
 Kein SCHLACKEN-RÜCKSTAND!

General-Vertreter: **C. F. Heinz, NW. 21, Dreysestr. 9.**

Eröffnung

Heute Sonntag, den 6. Dezember:
 einer neuen Filiale
85. Grüner Weg 85.
J. Maeding,
 Butter-Großhandlung.
 Comptoir und Lager: Krautstr. 48.

Orts-Krankenkasse

der Buchbinder zc.
 Bei unserer Kasse ist die Stelle eines
 zweiten 278/2

Kranken-Kontrolleurs

zu besetzen.
 Bewerber müssen Mitglied der Kasse sein und einen eignen Hausstand haben.
 Das Anfangsgehalt beträgt wöchentlich 30 Mk. Daselbe erhöht sich alle zwei Jahre um 1,50 Mk. wöchentlich, bis zum Höchstgehalt von 1050 Mk. jährlich.

Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 15. Dezember an den Vorstehenden Bernh. Jost, Blumenstr. 61, zu senden.
Der Vorstand.

Die schönsten Herren

Paletots, Anzüge, Joppen in neu, sowie speziell

Monatsgarderobe

von Kavaliereen zurückgelagte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

J. Wand,
 nur Prinzenstrasse 17,
 an der Wasserthorstrasse.
 Bitte auf Hausnummer zu achten!

Süd-Eisbahn

Größte Eisbahn Berlins.
Urban-Strasse No. 166/67,
 vis-a-vis der Franzos-Kaserno.

Täglich:
Grosses Militär-Konzert.

Elektrische Beleuchtung
 bis 11 Uhr abends.
 Bochentags nach 8 Uhr abends
 Entree 30 Pf. 822/2

Rote Kreuz-Geld-Lotterie.

Ziehung
 13.-18. Dezbr.
Hauptgewinn: 100,000 etc.

Lose a M. 3,50; Porto und Liste 30 Pf. extra, noch zu haben.

J. Miloslawski, Berlin,
 61 Unter den Linden,
 wo man sein Glück kann finden.

Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest.

Gold-, Brillanten-, etc., gold- u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauder u. Schm., in Gold, perl. Schmuck, etc.
 23 L. Ede Ritterstr.



Sodann erschienen:
Berliner Arbeiter-Kalender 1903.
 9. Jahrg. 112 Seiten. Reich illustriert.
 Preis 20 Pf.

Inhalt: Kalendarium - Ein Unschuldiger von Hans Ostwald. - Ein Gottloser von R. H. Diefenbach. - Gemaltes Gesicht. - Käse Kollwitz, mit vier Bildern der Künstlerin. - Das Stiebt von R. H. Diefenbach. - Das Kreuzer, Dumoreste von Arthur Kochl. - Der Herr Bildhauer von R. Trapp. - Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn. - Partei-Adressen-Verzeichnis zc.

Zu haben in allen Buch- und Papierhandlungen, Zeitungspeditionen sowie beim Verleger

Th. Mayhofer Nachf.,
 Berlin N., Weinbergsweg 158.

Lederer & Kreinberg

Streich-Instrumenten-Fabrik
 Markneukirchen No. 443
 offerirt billigst direkt ab Fabrik

Konzert-Zieh-Harmonikas

garantirt grösstes Tonfülle, solideste Arbeit.
 10 Tast. 2chr., 2 Reg., 50 St., à Mk. 5.- 21 Tast., 108 St. Mk. 11.-, 21.-, 10 " 3 " 3 " 70 " à 7,50 27.- etc. - Schule u. Kiste
 10 " 4 " 4 " 90 " à 9,50 gratis, andre Harmonikas
 10 " 6 " 6 " 150 " à 15.- schon v. Mk. 1,50 p. St. an
Violinen mit Bogen u. Kasten u. Reservebezug etc.
 komplett No. 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95
 zu Mark 9.- 11.- 14.- 16.- 20.- 25.- 30.- 35.- 42.- 50.-
Mund-Harmonikas solidester Qualität
 No. 2705 2710 2712 2714 2715 2718 2717 2716 2719b 2725
 p. Stück zu -30 -50 -85 1.- 1.- 1.20 1.30 2.- 2.50 3.50 M.

Neues Konzerthaus.

Im Grand Hotel am Alexanderplatz.
 Inh.: Alb. Möner. (5880L)
 Sonnabend, den 6. Dezember 1902:
Einmaliges Streich-Konzert
 der gesamten Kapelle der Lübbener Jäger,
 unter Leitung ihres Stabhornisten Herrn Ebert
 Entree 30 Pf. Reserv. Platz 60 Pf. Anfang 8 Uhr.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger.
 Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschaulich billigen Preisen.
 Dutaten-Trauring, 900 gsch., 1 1/2, Dutaten 15,50, 2 Dutaten 20,50.
 Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eicht Rathenower Brillen, Gincenez, Dperngläser.
 52192*
T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Knecht Rupprecht

bringt
für den Vater
 einen modernen Salontopplch

für die Mutter
 hübsche Stoppdecken und Gardinen

für den Sohn
 eine schöne Reisedecke

für die Tochter
 eine elegante Tischdecke und prachtvolles Fell

Alle diese Weihnachts-gaben in grösster Auswahl zu ganz enorm billigen Preisen

Teppichhaus

Adler & Co.
 nur 20-21 Königstrasse 20-21 beim Rathaus.
 Achten Sie gefl. genau auf unser Haus.

feste Preise.

Julius Lindenbaum

Frankfurter Strasse 141

Eckhaus der Frucht-Strasse

Gegründet 1879.

Anerkannt grüßtes Etablissement der Bezirke Ost, Nord-Ost, und Süd-Ost für bessere, tadelloß gearbeitete

Herren- und Knaben-Garderoben.

Grösste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation.

Winter-Paletots

Winter-Joppen

Elegante Anzüge.

Specialität: **Maass - Anfertigung.**

79932*

feste Preise.

Erfindung des Scheinmatts Prof. Dr. Gerold

Wendt's Patent-Cigarren

u. Cigaretten

Cigarren der Zukunft!

Absolut nicotin-unschädlich. Vollkommenster Rauchgenuss.

Direkt zu haben von Wendt's Cigarrenfabriken Aktion-Ges. Bremen in allen Preislagen, Grössen, Qualitäten und Quantitäten (auch Proben). Preisliste und Broschüre gratis.

August Achilles

(früher 7 Jahre bei Baer Sohn thätig.)

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Paul Singer & Co.

BERLIN SW. 68, Lindenstrasse 69

empfiehlt ihre mit den besten und modernsten Maschinen ausgestattete

Buchdruckerei und Buchbinderei

den politischen u. gewerkschaftlichen Organisationen, den Kranken- und Unterstützungs-Kassen, den Konsumvereinen, Genossenschaften, den Gesangvereinen, Turnvereinen, Vergnügungs-Vereinen u. s. w. u. s. w.

zur

Anfertigung von Druckarbeiten aller Art:

Aufrufe, Flugblätter, Handzettel, Jahresberichte, Mitgliederkarten, Eintrittskarten, Festprogramme, Statuten, Abrechnungen, Formulare jeder Art.

Geschmackvolle Ausführung — pünktliche Lieferung — angemessene Preise.

Kaufmännische und gewerbliche Druckaufträge:

Zirkulare, Geschäftskarten, Kataloge, Memoranda, Preiskourants, Rechnungen u. s. w.

werden gleichfalls in sauberster Ausführung zu kulantesten Preisen in jeder Ausstattung geliefert. Besonders empfehlen wir uns zur

Herstellung von Massen-Auflagen!

Nur nach Mass elegante Herren-Anzüge in schwarz und farbig 24 bis 30 M. aus feinsten Herrenstoffen

B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a, 1 Tr.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, per Liter 10 Pfundbottle zu 7,00 M., 5 Pf. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.

E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-Anguststr. 10, Dödenbg.

Benutzen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheren, Bauhaltungen - Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichz. vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen. In Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hochgeschliffen, mit Etuis, fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 497*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Ausstattung von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. *

Hochverehrte Herren-Anzüge, Winterpaletots, aus feinsten Stoffen herrührend, 18-38, Weinfelder 7-11 Markt. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Lagerstr. 63, I. 7928*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 13078*

Winterpaletots, Anzüge, Remontofrauen spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 50/3*

Tricotagen, Wassenmahl, Jabel, halt billige Gelegenheitsläufe.

Kleiderstoffreie, bedeutend unter Preis.

Gardinen, Teppiche, Häuserstoffe, außerordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Leichter mit Feuerzeug, Markis, Reimendochterstr. 7a. 14428*

Schuhwaren kauft man billig und gut bei Louis Kiehl, Wallstr. 14.

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwarz: Kur Wallstr. 1

Kanarienvogel 5,00 an, Vahngel, Vahngel, sofort sprechen, Sonnabend, Dampfaffen, Stieglitz, Buchfinken, Bestige billig Drantenstr. 87, Richter. 7206

Kanarienvogel, große Auswahl, Kiehl, Schöneberg, Bahnhofsstr. 41.

Rahmmaschinen ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Röhrenstr. 60/61, Landbergerstr. 82, 792*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dörfcher Markt 4, Bahnhofsstr. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Kostümreife, Stühle spottbillig Leibhaus Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 50/3*

Zäulenrücken, geschliffen, 40 M., Straußbergerstr. 6a, I. 146/10*

Teppiche mit farbigen Jahresbilderlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 497*

Rahmmaschinen ohne Anzählung, monatlich 1,00, Ringelstr. 6, Hobbins, Adler, Schneidrad. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billig. Linnstr. 39, 2. Geschäft Bernauerstr. 47 B. 13398*

1000 neue Rahmmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzählung. Langschiffchen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Auslastung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Rahmmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Beckmann, Gollnowstr. 29, nahe der Landbergerstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 13898*

Waschmaschinen! 8,00, Gasoch, heizbar! 7,00, Weidmannstr. 11, Bohlener, Ballnertheaterstr. 32

Steppdecken blüht jetzt Große Frankfurterstr. 9, parterre. 497*

Vorjährige zurückgelassene Herrenanzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a. 14476*

Tamenduhren, verfallene, Leibhaus Neue Schönhauserstr. 11.

Gerechtheten, 14farbig, 30,00, Leibhaus Neue Schönhauserstr. 11.

Brillantringe, spottbillig, da verfallen, Leibhaus Neue Schönhauserstr. 11. 124/16

Fahrräder, verfallene, Kisten, auswahl-Qualitätsmarken, Brennab, räder, Adler, Wanderer, Gebr. brauchte Gebrüder 20,00, 30,00. Achtung! Winterpreise! Fahrrad-Leibhaus Neue Schönhauserstr. 11.

Kanarienvogel, Weißer, kauft Vogelhandlung, Rotmilchstr. 6.

Cigarengeschäft (sofort billig) verfallene, Kizdor, Hermannstr. 65. *

Wienener-Konzertsaal, neu, 5,00, Brunnenstr. 58, Strabel. *

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Hosen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstr. 16, August Achilles.

Steppdecken in Seide, Gelegenheits, 3,75, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 8735*

Tamenduhren, Andels, Capes, elegante Reihen odette, 4 bis 8 Mark, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 8745*

Knabenpaletot, 11farbig, Kisten, 14farbig, verkauft Julius, Röhrenstr. 44 III. 8756

Wäsche verkauft Dame ganz billig, wie neu. Marienstr. 18, vorn parterre, Wöllm. 79/10

Wäschgarnitur, Beistellen, Spinde, Panzerstr. 6, ganz Einrichtung, bringen Friedrichstr. 131 d, vorn IV links.

Jugendchriften verkauft Partelpedition, Laufferplatz 14/15. +18

Gegen-Geim, Vorortausstellen, 300 Mark an, 1/2, Anzählung, mündlich. Röhrenstr. 67a, I rechts. +18

Weihnachtsgeschenke in schönen Schreibzeugen, Bronzefachen aus aufgedrucktem Gold! sind zum billigen Verkauf Reubenburgerstr. 30, eine Treppe, bis Neujahr ausgestellt. 8085

Schankgeschäft billig zu verkaufen Kranichstr. 21 (Charlottenburg). +142*

Verschiedenes.

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Eingabengefuche, Interzession.

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengefuche, Interzession, Raif, Brunnenstr. 12, 5385*

Potentbureau Dammann, Oranienstr. 57, Koriolplatz. Bis abends neun. 8165*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnklinik, Zahnärztliche Volkshilfe, Chausseestrasse 1a. 13328*

Der Stoff hat 7 fertige Herrenanzüge mit Futterfächer 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59 III. 8028

Kaufbüropier von Frau Stosch, Steinwegstr. 48, Euergebäude, hauptparterre. 8165*

Fahrräder, Rahmmaschinen, Beileitung Vaulstr. 7, Lagerbecker. *

Disziplin! Wer sich über diese ruhmlose Grausamkeit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Disziplin, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Arbeiterverein, Königgräberstr. 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1815*

Achtung, Vereine, Achtung! Unkündbarer Deal mit Bühne ersten und dritten Feiertag frei, Neue Königstr. 7. 79/5*

Achtung! Parteigenossen, Metallarbeiter, Säger! Beschäftigte das Lokal Wasserstr. 8 zu übernehmen und bitte, mich in meinem Unternehmen durch gültigen Zuspruch zu unterstützen. Vereinszimmer zu vergeben. Achtungsvoll Hermann Neumann, Kolbergerstr. 21. 8865

Rechtsbureau Neue Anst. 16, Langjünger Gerichtssecretär, Gedlängsmittelpfer. 6645

Vermietungen.

Wohnungen.

Kummelsburg, Kantstr. 38, 1, 2, 3 Zimmer nebst Zubehör, zum 1. Januar. Auch Werbestall oder Werkstatt. 51/18*

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobs, Kolbergerstr. 26. 8425*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Gummi empfiehlt sich Vereinen und Gastwirten. Offerten unter D. Rohmann, Weidenweg 68, erbeten.

Romier frei (außer 1. Feiertag). Holzstr. 6, Propiusstr. 7. 8408

Zuvalder Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Zuvaldenreie bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Seher, Walderstr. 40, bei Schmidt.

Blinder Stahlstecher bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Kuladstr. 27, A. Müller.

Stellenangebote.

Tüchtigen Aufseher verlangt Goldbleistiftfabrik Kosenow u. Co., Schmilchstr. 6. 8685

Im Arbeitsmarkt durch

Besonderen Druck hervorgehobene

Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Schlossermeister!

Griffaffige Bettstellen-Fabrik sucht per sofort einen mit der Bettstellen-Fabrikation durchaus vertrauten Schlossermeister. 58860*

Offerten an die Exp. unter T. 7.

Achtung, Holzarbeiter!

Gespart sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer: Gemeinlich, Dörfcherstr. 38. Lux u. Engelbrecht, Köpplerstr. 8. Jache, Juchstr. 8. Bahner, Krausstr. 52 (Geyerhof). Schubert, Rahnstr. 10 (10. 147/14

Die Trüververwaltung.

Möbelpolierer.

In der Werkstatt von **Equitz**, Große Frankfurterstr. 125, haben die Kollegen wegen Wohnabzug die Arbeit niedergelegt. 147/14

Um Zuzug fernzubalten ersucht

Der Vorstand.

Achtung Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt: **Zache**, Fruchtstr. 52 (Geyerhof). **Warner**, Krausstr. 52 (Geyerhof). **Schubert**, Rahnstr. 10 (10. **Jarius**, Dörfcherstr. 17. **Hahn & Metzow**, Weidmannstr. 71. **Hacherein** der Tischler Berlin u. Umgegend.

Jährlicher Post-Abonnement liegt ein Probeexemplar der Verlagsbuchhandlung **Bonack & Gachfeld** in Potsdam bei.

Ginger & Co., Berlin SW.